CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 43 Jahrgang 5 April '88

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Die Ökobank ist da

Red. Nürnberg Am 2. Mai ist Startschuß für die Ökobank. Kein vergleichbares Thema hat in unserer Zeitung zu mehr CONTRASTEN geführt als die Diskussion der vergangenen vier Jahre vor Gründung der Bank. Mit Gefühl und Härte war gestritten worden ... um den Zweck der Bank, um ihre realen Möglichkeiten, ihre Strukturen, ihren Kurs gegenüber Wertkonservativen, ihre tatsächliche Szeneeinbindung ... etc. Und immer mehr Menschen wurden hinterm Ofen hervorgelockt und zunächst Treugeldgeber, dann GenossInnen - heute bereits 12.000 an der Zahl.
Jetzt ist sie da und CONTRASTE bietet zunächst ÖkobankwortführerInnen Gelegenheit, den Startschuß zu geben und ihre Absichten und Ansichten darzulegen. Zur (noch fehlenden) Einlagensicherung und der daraus resultierenden Geschäftspolitik, zu Frauenpolitischen Zielen, zu Kriterien ökologischer Unternehmensführung, werden Vorstellungen geäußert, an denen sich die reale Bank später messen lassen kann.
Natürlich wird es jetzt erst recht wichtig, der Ökobank in den Tresor zu blicken und ihre Wirklichkeit auf den Prüfstand der Szene zu hieven. CONTRASTE fragte daher Aufsichtsratsvorstand Dieter Reincke vorab: „Was wäre die Ökobank ohne die Diskussion um die Ökobank?"
auf den Seiten 6 bis 9

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BAG Netzwerke: Streß bei der Verwaltung von Selbstverwaltung

Im Wechselbad zwischen Pragmatismus imf politischen Ansprüchen sieht Annegret Bötel vom BAG-Vorstand das vergangene Bundestreffen der Netzwerke in Köln. Erhofft wird die belebende Wirkung einer solchen politischen Kneipp-Kur, um dem Streß zu begegnen, mit wenigen Verantwortlichen und noch weniger Mitteln bundesweit funktionierende Zusammenhänge auszubauen. Dabei zeigte sich für Franz-Josef Bartsch, ebenfalls BAG-Vorstand, nach einer Forumveranstaltung mit VertreterInnen der Grünen, daß eigene gesellchaftsrelevante Vorstellungen eines Gesamtmodells von Selbstverwaltung auszubauen sind, um auf Parteien und ihre Programme einzuwirken. Die BAG Netzwerke hat sich weiter viel vorgenommen ...
siehe Seite 5

IWF: Zeit zu reden oder Zeit zu handeln

Ob das abgesagte taz-Symposium zur IWF-Problematik nun zu Recht kritisiert wurde, weil es Weltbankvertretern und damit einer Gläubigermentalität des weißen Mannes Raum geben *wollte, oder ob die Kritik an der taz sektiererisch war*, diese Frage spaltet zur Zeit die IWF-Szene. Die Münchner jedenfalls bedauern die Absage *dieser Veranstaltung und setzen* eher auf Aufklärungsund Überzeugungsarbeit, den auf zentrale Widerstandsaktionen.
So jedenfalls in den Beiträgen auf Seite 3

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

aus: Mitteilungsblatt der Rundfunk-Aktionsgemeinschaft Demokratischer Initiativen und Organisationen e.V.

... und sie senden doch!

Red. Nürnberg Sie senden derzeit immer noch, die Nürnberger Radio-Freaks von Radio Z. Aber das Bangen geht weiter: die Rechtsmittel gegen das Sendeverbot durch den Landesmedienrat verhinderten in den vergangenen beiden Wochen bereits zweimal den „letzten Sendetag", auf den die Nürnberger allemal gefaßt sein mußten. Renate Schorr, Geschäftsführerin des Alternativsenders, berichtet vom bayrischen Mediendrama auf S. 13. Doch unmittelbar nach Ostern stehen neue Überraschungen ins Haus. Dann versammelt sich nämlich wieder der Medienrat. Und kann wieder verbieten ...
So wird eben in Franz-Josefs-Land die „Vielfalt" der Medienlandschaft bewahrt: Medienpolitik wird zu Strauß'scher Familienpolitik (wie bei Vorgängern um „TV weiß-blau") und die positiven Gutachten zum Probelauf des alternativen Senders werden zur Makulatur. Als Groteske beschreibt Matthias Lahmann (vom Münchner Alternativsender LoRa - „natürlich" bislang verhindert und nicht auf Sendung), wie der bayrische Medienrat sein „Wächteramt" wahrnimmt. Richard Herding (vom ID) hingegen gibt einen Gesamtüberblick zur Alternativsenderei in unserm Land und zum bis bisherigen Stand der bundesweiten Diskussion
Alles auf den Seiten 12/13

Zwischen Jargon- und Umgangssprache

Das Berliner Feministische Frauen-Gesundheits-Zentrum klagte Ende 1987 gegen die Deutsche Postreklame. Grund: die Ablehnung eines Werbeeindruckes für Kurse des FFGZ für Mädchen und Lesben auf der Rückseite von Fernmelderechnungsumschlägen. Die Klage wurde von der Richterin am Amtsgericht Frankfurt abgewiesen. Auf **Seite 4** dokumentieren wir die Entscheidungsgründe.
Weiberwirtschaft heißt ein weiterer Beitrag, in dem der gleichnamige Berliner Verein vorgestellt wird, der zur Zeit ein Trägermodell für ein Selbstverwaltetes Gründerinnenzentrum entwickelt, dessen Zweck der Erwerb und Betrieb eines Gewerbehofes für Frauenprojekte und -betriebe sein soll.
auf der Frauenseite Seite 10

Schwerpunktthema im Mai:

Rund um den alternativen Reiserummel

- Reisen in die sogenannte 3. Welt
- Gruppenreisen nach Osteuropa
- Selbstverwaltete Reiseunternehmen

außerdem:

- Fritz Vilmar zum Streit über die Selbsthilfe
- Eckard Holler: Alternative Ästhetik u.a.

DER KOMMENTAR:

In Einigkeit dreigleisig fahren ...!

Die GRÜNEN und ihre Stiftung

Petra Inden, Red. Rhein/Main

Wer noch vor kurzem eine Spaltung der GRÜNEN Partei für unvermeidlich gehalten hat, wurde Ende März auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Ludwigshafen eindeutig eines Besseren belehrt. Im Angesicht der allumfassenden Harmonie, die diesen Parteitag beherrschte, kam einem schon hin und wieder die Frage in den Sinn, was sich in so kurzer Zeit eigentlich so schlagartig verändert hat; ob nicht lediglich die Mannschaften vorübergehend ganz einfach das Spielfeld verlassen haben, um dann kurz vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein in altgewohnter Frische zur 2. Halbzeit anzutreten.

Mit Sicherheit ist die Tendenz zur Harmonie nach den Eskalationen der letzten Zeit zu begrüßen; sollte sich allerdings herausstellen, daß dabei jede inhaltliche Diskussion um des mediengerechten Auftretens willen unterdrückt wird, könnte dies das endgültige Aus der Partei bedeuten. Sie würde sich in keinem Punkt mehr von anderen Parteien unterscheiden. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint auch der Strategiekongreß als öffentlichkeitswirksame Maßnahme, sollte es tatsächlich dabei bleiben, **das Mittel - eben die Harmonie - zum Ziel zu erklären.** Die eigentlichen Konflikte wird man nicht überspielen können; man wird in mühsamer Kleinstarbeit eine Lösung dafür finden müssen. Und ein nur wenige Tage dauernder Kongress wird dies nicht leisten können, sondern lediglich den Einstieg in eine Grundsatzdebatte.

Von daher ist auch die Idee der Manifeste und einer Vorabstimmung nur zu unterstützen. Sie gewährleistet, daß jede Fraktion ihre Vorstellungen ausarbeitet, ohne sich von vornherein in einem Schlagabtausch mit der Gegenseite zu verlieren und wird - hoffentlich - die Basis zum Reden bringen. Dieser Idee wurde bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt; wohl auch, weil sie einen sehr hohen Anspruch an die Partei und ihre Mitglieder stellt zu einer Zeit, wo kaum einer noch so recht weiß, worum es eigentlich ging.

Überraschend klar war auch die Entscheidung der ca. 530 Delegierten bezüglich einer GRÜN-nahen Stiftung. Mit 407 gegen 91 Stimmen wurde der Dachverband „Stiftung Regenbogen e.V." beschlossen, unter dem die „Frauen-An-Stiftung", die „Heinrich-Böll-Stiftung" und die Stiftungen der GRÜNEN-Landesverbände autonom und gleichberechtigt arbeiten sollen und je ein Drittel der Gelder erhalten. Gerade nach dem Oldenburger Parteitag hat wohl niemand mehr mit einer solch schnellen Entscheidung gerechnet, und man kann sich auch hier des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Delegierte das Thema ganz einfach endlich - möglichst „sauber" - vom Tisch haben wollten. Eines ist wohl in der jahrelangen heftigen Stiftungsdebatte klar geworden: nur die Autonomie und Gleichberechtigung ermöglicht eine **sinnvolle** Zusammenarbeit der Stiftungen. Und da die Inhalte der drei Modelle im Grunde gar nicht so weit voneinander entfernt sind, sich oft nur in der Schwerpunktsetzung unterscheiden, müßte es eigentlich zwangsläufig und ganz automatisch zu einer Einigkeit kommen, die dem Dachverband ein eigenständiges, gewachsenes und nicht erzwungenes Profil gibt.

Lediglich der gemeinsame Ausschuß, der über die Auslandsarbeit entscheiden soll, erinnert noch an machtpolitische Interessen der Partei, die sich im Ausland nicht durch drei Stiftungen vertreten sehen will, im Inland aber schon. Und immerhin fließt in diesen Bereich der größte Teil der ca. 60 Millionen. Es bleibt ein Widerspruch, der sich nur durch die Praxis der Stiftungsarbeit aufheben wird.

Sein oder Nicht- Sein

Hat CONTRASTE eine Zukunft?

Kurt Regenauer

Ganz schön rein klotzen wollen die nebenstehenden ca. „40 MacherInnen" mit ihrer Zeitung. Das CONTRASTE Konzept wurde auf den letzten beiden Redaktionsplena weiterentwickelt. Die Ziele wurden hochgesteckt - der bereits im vergangenen Jahr eingeschlagene Kurs auf „Lesbarkeit" und „Öffnung" soll sich eben auch rechnen ...

Mit ca. 50 Neuabos pro Monat fühlt sich das CONTRASTE-Team zwar unterwegs zu neuen Höhen, will aber deshalb auch verstärkt drauf achten, daß ihm ja nicht die Puste ausgeht. Heutzutage ist es nun mal ein Wahnsinnsunterfangen, im siechen linken Blätterwald das Konzept einer offenen Zeitung zu verfolgen. Und bislang geht uns das alles zu sehr auf Kosten der (ohnehin ehrenamtlichen) Redaktion ... und vor allem der Belegschaft in der eigentlichen Zeitungsproduktion.

Gegensätze bilden sich in der heterogen zusammengesetzten Redaktion in ausreichendem Maße. Im CONTRASTE e.V., dem Mitgliederverein unserer FeierabendjournalistInnen, treffen alle erdenklichen Standpunkte und Ideen zu den hehren Zielen von Selbstverwaltung und Ökologie aufeinander - fast alle „linken Lager" sind vertreten. Ehe sich aus diesen Gegensätzen aber CONTRASTE bilden lassen, sind immer mehr Treffen, Recherchen etc. notwendig. Das geht ganz schön ins Geld, und zwar bislang nur zu oft ans Portemonnaie unserer Schreiberlinge.

Und auch die unzumutbar niedrige Entlohnung im CONTRASTE-Kernbetrieb können wir nicht mehr länger so hinnehmen. Wenn z.B. im Vertrieb auch ein gewisser Standard an Zuverlässigkeit hergestellt werden soll, muß auch dafür gesorgt werden, daß die Knete stimmt. Sonst werden unsere Leute immer nur eingearbeitet, weil eine/r nach der/m anderen entnervt das Handtuch schmeißt. Und die Zeitung kommt unpünktlich oder garnicht.

Daher fordert das Team zu Recht einen waghalsigen Entwicklungssprung: 100.000 DM jährliche Mehreinnahmen sind das mindeste, um weiterzumachen. Oder anders rum: wenn diese Summe bis Dezember 1988 nicht erwirtschaftet wird, ist unser Konzept gescheitert. Dann können wir dichtmachen - im Dezember sind wir o.k. oder k.o. Oder erscheinen höchstens noch auf Klosettpapier (was dem ganzen eine neue Gebrauchswertorientierung gäbe) oder mit den Mitteln einer Schülerzeitung.

Die 100 Tsd.DM-Wette auf unsere Zukunft ist zugleich eine Art Nagelprobe auf den realen Stand der Selbstverwaltung. Ist ein „Forum für Selbstverwaltung", wie es CONTRASTE darzustellen versucht, überhaupt existenzfähig? Oder ist die Marginalisierung und Vereinzelung der verschiedenen Projekte angesagt?

Diese Gretchenfrage wollen wir allen ÖkobankgenossInnen (10 Tausend an der Zahl); allen NetzwerkerInnen (5 Tausend allein im Verbund der BAG Netzwerke), und allen Projekten stellen. Hierzu laden wir alle uns nahestehenden Verbände, Verbünde und Drehpunktprojekte auch zum kommenden Redaktionsplenum, Anfang Juni, ein. Der Zaster wird nur zusammenkommen, wenn unsere Abozahlen sprunghaft steigen, bzw. eine ausreichende Zahl von Projekten und Personen Mitglieder unseres Fördervereines werden.
Wir werden berichten ...

CONTRASTE - '86 in Stichworten!

CONTRASTE kann mit einem neuen Angebot aufwarten. Dank der mühevollen Arbeit von Waldemar Schindowski (ID) liegt ein komplettes Register über die CONTRASTE-Inhalte 1986 vor. Es enthält die Auflistungen von Autoren, Institutionen, Personen und Ländern - dazu ein ausführliches Schlagwortregister.

Wer sich dieses hilfreiche Nachschlagewerk nicht entgehen lassen möchte, bestelle bei der CONTRASTE-Redaktion in Heidelberg, Gaisbergstr. 97 und überweise 12,- DM (incl. Versandkosten) auf das CONTRASTE-Konto Nr. 1130 05 - 756 beim Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 691 30 72; **2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ (040) 439 91 22; **2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ (0421) 7 20 93; **5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ (0228) 21 52 90; **Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** blätterwald eg, Jochen Reinalda, Niederurseler Str. 7, ☎ (06171) 7 80 11; **Kassel, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 1 34 02; **8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **Österreich, 1020 Wien,** Sabine Koller, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 36, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Bethaniendamm 25, ☎ (030) 618 30 20; **Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ (040) 44 23 28; **7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik, 8000 München 90,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Kistlerstr. 1, ☎ (089) 691 78 21; **Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franzlusstr. 44, ☎ (069) 43 95 34

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ (0561) 28 37 91; **(Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:

☎ (06221) 16 24 67

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Besser Ihr fördert CONTRASTE... und nicht das Finanzamt

Jede/r SelbstverwalterIn die/der Steuern zahlt, kann mitmachen. Und das funktioniert so:

CONTRASTE ist ein „bundesweiter" Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung. Seine FördermitgliederInnen können den Mitgliedsbeitrag (mind. 72 DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Personen) daher als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen... natürlich nur, wenn sie auch selbständig sind. Aber dafür können nicht-selbständige SelbstverwalterInnen ja ihre ArbeitgeberInnen bearbeiten, Fördermitglied zu werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand: erstmal in Form der monatlichen CONTRASTE, die die FördermitgliederInnen umsonst kriegen (juristische Personen gleich 3 Exemplare von jeder Ausgabe für die ganze Belegschaft).
Zweitens erweitert sich das Forum der SelbstverwalterInnen.
Drittens, weil die Kohle in Heidelberg dringend gebraucht wird, um CONTRASTE noch lesbarer zu machen.

Außerdem: das 100. Fördermitglied bekommt ein Sektfrühstück -das 1.000ste gewinnt einen Urlaub in Spanien - auf Wunsch mit Surfkurs.

Also: nichts wie herein - in den Förderverein. Wir werden berichten.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

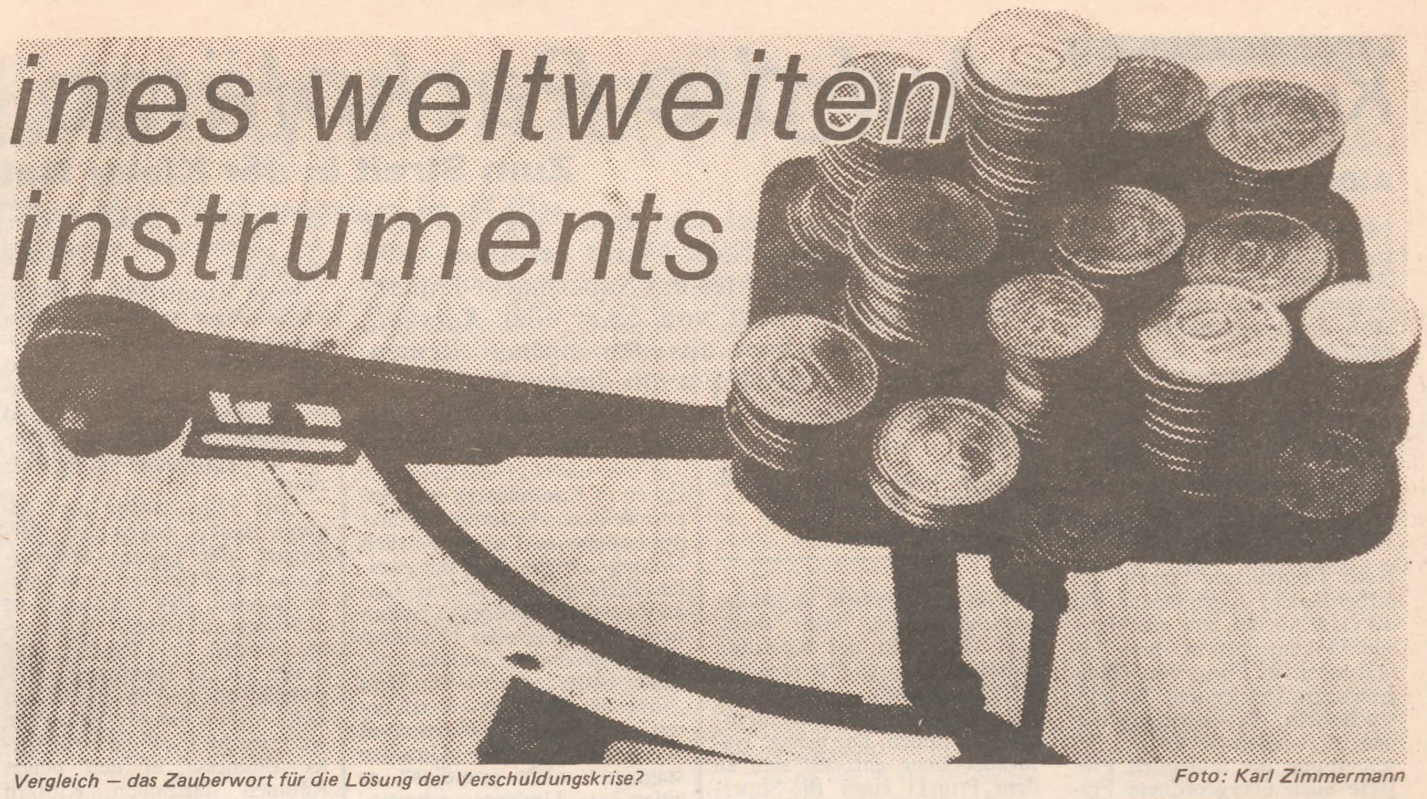
Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Fördermitglieder der CONTRASTE

An dieser Stelle veröffentlichen wir, wie versprochen, die Namen unserer LeserInnen, die sich für eine Fördermitgliedschaft entschieden haben.

Aktion Jugendzentrum Backnang, Backnang; Joachim Behmer, Luxembourg; Claudia von Braunmühl, Berlin; Buchhandlung im Schanzenviertel, 2000 Hamburg; Das Kleine Radhaus - Zweirad GmbH, Heidelberg; Gerhard Fuchs, München; Albrecht Grothey, Braunschweig; DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, Bonn; Gabriele Herbert, 8781 Gräfendorf; ibek GmbH, Karlsruhe; Trudel Karcher, Hamburg; Jürgen Lützel, 6052 Mühlheim 3; H.G. Otto, Weil am Rhein; Klaus-Emil Petersen, Barsfleth; Prof. Winfried Raske, Berlin; Hans-Uwe Rauschenbusch, Maintal; Arno Reibenspies, Karlsruhe; Thomas Riepenhausen, Gondomar (Portugal); Heinz Rieger, Balingen; Hans-Jürgen Schmidt, 6100 Darmstadt; Jürgen Schumacher, Düsseldorf; Wolfgang Spaniol, Saarbrücken; Herbert Schön, München; Reinhard Schuba, 4650 Gelsenkirchen; Gerhard Thiel, Syke-Gessel; Tischlerform GmbH, 3002 Wedemark-Brelingen; Peter Heß, Nürnberg

Anatomie eines weltweiten Herrschaftsinstruments



Vergleich – das Zauberwort für die Lösung der Verschuldungskrise? Foto: Karl Zimmermann

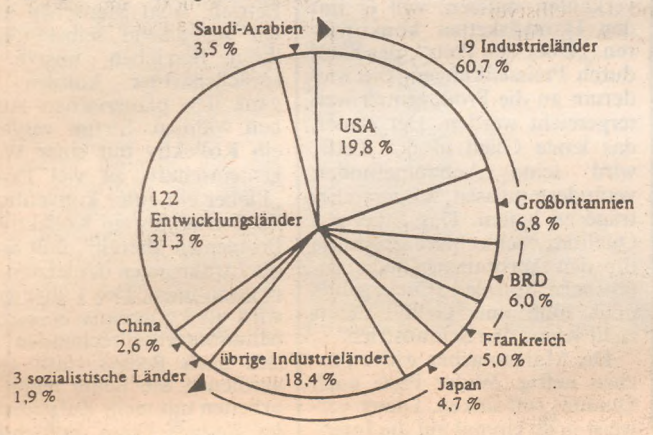
Der internationale Währungsfonds

Es zeichnete sich bereits 1944 ab, daß die USA vor allem auch wegen ihrer intakten Produktionsanlagen als Hauptgewinner aus dem 2. Weltkrieg hervorgehen würden. Zum Ausbau ihrer Vormachtstellung setzten die USA den Dollar als neue Leitwährung durch und steckten in der sogenannten Truman-Doktrin die zukünftige Rollenverteilung in der Weltwirtschaft ab: Europa und Japan wurden als Haupthandelspartner, die „3.Welt" als Rohstoffund Arbeitslieferant geplant. Im Rahmen dieser Neuordnung wurde die schon 1944 beschlossene Institution IWF, in der die USA eine dominierende Rolle haben, im darauffolgenden Jahr gegründet.

Bei der Weltbank und beim Währungsfonds gilt nicht der hehre Grundsatz: ein Mitglied, eine Stimme. Hier verfährt man nach einer Regel, die so alt ist wie die Welt: Wer zahlt, schafft an.

So kommt es, daß die Vereinigten Staaten praktisch ein permanentes Vetorecht genießen.

Abbildung Verteilung der Stimmrechte im IWF (Stand: 1984)



* (Quelle: Körner u. a. 1984: 65)

Aufgaben der IWF

Die Aufgabe des IWF war es, kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite der Mitgliedsländer auszugleichen; allerdings verlor er bis zum Ende der 70er Jahre in dieser Hinsicht immer mehr an Bedeutung.

Um zu erklären, wieso er dann Anfang der 80er Jahre mit einer neuen Aufgabe zu neuen „Ehren" kam, müssen wir ein wenig ausholen:

Anfang der 70er Jahre kam es zu einer Kapitalschwemme, deren wesentliche Ursache zum einen das Ende des „Wirtschaftswunders" war: Es lohnte sich nicht mehr, Profite im produktiven Sektor zu investieren, da die Nachfrage in den meisten Industrieländern weitgehend gedeckt war; zum anderen machten die OPEC-Länder nach den beiden Ölpreisschocks enorme Gewinne.

Diese Gelder vagabundierten auf den sog. Euro- und Petrodollar-Märkten und suchten nach neuen Verwertungsmöglichkeiten. In dieser Situation gingen die internationalen Banken mit einer offensiven Kreditvergabepolitik auf die „3.Welt"-Länder zu. Vor allem Schwellenländer, in denen die Wirtschaft noch Zuwachs erzielte, wurden zur Aufnahme von Krediten verführt. Dahinter steckten zwei wesentliche Interessen: Kapital sollte lukrativ angelegt und neue Absatzmärkte mußten geschaffen werden, um die ins Stocken geratene Wirtschaft der Industrieländer wieder anzukurbeln.

Ab 1979 versuchten die USA, ihre angeschlagene Vormachtstellung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu restaurieren; dazu gehörte vor allem eine Hochzinspolitik, die Kapital auf den US-amerikanischen Markt lockte und es damit den anderen Ländern entzog. Mit diesem Geld wurden u.a. die hohen Rüstungsausgaben der USA finanziert.

Mit dieser Hochzinspolitik, die auch die Zinsen auf Kredite für „3.Welt"- Länder drastisch (bis zu 20%) steigen ließ, geriet die von IWF und Weltbank favorisierte Strategie des schuldenfinanzierten Wachstums ins Wanken. Ausgehend von Mexiko, das 1982 seinen Staatsbankrott erklären mußte, stürzten nacheinander die meisten Länder der „3.Welt" in tiefe Verschuldungskrisen.

Der „neue" Aufgabenbereich des IWF

Hierzu gehört das Management der Verschuldung sowie die Anpassung der Schuldnerländer an das westliche Wirtschaftsmodell. Bemüht sich nun ein Land um neue Kredite oder muß es eine Umschuldung (Stundung) vornehmen, kommt es um ein IWF„Gütesiegel" nicht herum. Erst mit dem grünen Licht dieser Institution sind die Banken bereit, zu verhandeln. Das IWF„Gütesiegel" bekommt ein Land jedoch nur, wenn es sich zur Durchführung eines Stabilisierungsprogramms verpflichtet, das tief in die wirtschaftliche und politische Autarkie eingreift:
Mit Abwertung, Ausgabenkürzungen, Lohnsenkungen und Steuersenkungen soll der Export auf Kosten der Bevölkerung angekurbelt werden. In Wirklichkeit aber werden „terms of trade" diktiert, die den Ausverkauf des unterentwickelt gehaltenen Landes bedeuten.

Die Auflagen des IWF, die in vertragsförmigen Absichtserklärungen - „letters of intent" - festgeschrieben werden, sind äußerst detailiert, es geht dabei um Preise, Steuern, Arbeitsplätze. Einschränkungen aller Art werden gefordert. Dagegen ist bisher kein Fall bekanntgeworden, in dem der Fonds ein Land der Dritten Welt aufgefordert hätte, mit seinen sinnlosen Waffenkäufen Schluß zu machen.

Integration in den Weltmarkt

Obwohl die Industrieländer selbst mit Schutzzöllen und Importkontrollen groß geworden sind und auch heute immer wieder zu protektionistischen Maßnahmen greifen, ist eine Hauptforderung des IWF die Weltmarktintegration, also die Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen und der Abbau von Handels- und Kapitalverkehrskontrollen.

Eine besondere Rolle spielt dies für die transnationalen Konzerne (TNK): Zwar bringen sie Devisen ins Land; doch durch die Liberalisierungsauflagen, d.h. die Erleichterung des Gewinntransfers zurück in die Mutterfirmen, bleibt oft nur wenig des Erwirtschafteten im Land - so transferierte beispielsweise SIEMENS BRASILIEN 1983/84 von seinem Gewinn in Höhe von ca. 43,5 Mio. DM etwa 28 Mio. DM an die Mutterfirma in Deutschland. Laut Unctad-Schätzungen kontrollieren die TNK 40% der Industrieproduktion und 50% des gesamten Außenhandels der „3.Welt".

Des weiteren fordert der IWF im Zusammenhang mit der Weltmarktintegration daß die „3.Welt"- Länder sich beim Export auf die trächtigsten Güter konzentrieren, also auf Güter, die sie am billigsten anbieten können - vor allem Rohstoffe, und Arbeitskraft. Die meisten Rohstoffpreise sind bekanntlich in den letzten Jahrzehnten gefallen - ein Trend, der nach wie vor anhält. Auch an diesem Preisverfall trifft die oben beschriebene Auflagenpolitik des IWF große Schuld: Verlegt sich ein Land auf nur ein oder zwei Exportgüter und wird dieser Export immer mehr angekurbelt, so führt dies zu weltweiter Überproduktion, die „3.Welt"-Länder machen sich teilweise untereinander große Konkurrenz; die ökologischen Folgen von Monokultur, Rodung von Wäldern zur Gewinnung von Anbaugebieten, zunehmendem Pestizid-Einsatz und Grundwassergefährdung sind unabsehbar. Unter diesem Exportdruck wird den „3. Welt"- Ländern die Möglichkeit genommen, eine eigene differenzierte, ökologisch und sozial verträgliche Wirtschaft aufzubauen.

Widerstand

Der Widerstand der „3.Welt" gegen die Ausbeutung ist so alt wie sie selbst. Manche Ansätze zum Widerwstand (z.B. Zinnkartell von Malaysia, Indonesien, Thailand und Bolivien) scheiterten an Gegenmaßnahmen der Industrieländer und an der eigenen Uneinigkeit.

Die Lösung des Verschuldungsproblems kann nicht von einem einzelnen Land erkämpft werden, denn die Verschuldung ist nur ein Aspekt der weltweiten wirtschaftlichen Krise. IWF und die immer bedeutender werdende Weltbank sind wichtige Institutionen, die die Auslandsgeschäfte für ein System organisieren, das uns alle bedroht; nicht nur große Teile der „3.Welt" bluten wirtschaftlich aus, auch wir in den industriellen Zentren sind von der Krise betroffen. Die hohen Arbeitslosenraten sowie die „Stillegung" ganzer Regionen (z.B. Liverpool oder das Ruhrgebiet) sind ein Teil des Tributs, den wir der Krise des Kapitalismus zu entrichten haben - ein Prozeß, dessen Ende noch nicht absehbar ist.

Zur Abstimmung ihres weiteren Vorgehens treffen sich die beiden Institutionen IWF und Weltbank alljährlich mit Geschäftsbanken und Politikern; dieses Jahr erstmals in Berlin - einer Stadt, von der bezeichnenderweise schon einmal, 1894, viel Unheil für die „3.Welt" ausging, als der afrikanische Kontinent unter den Großen der Welt aufgeteilt wurde.

Martin Jung, Martin Schuster, Kikka Kasang

Was läuft - oder auch nicht - in der IWF-Kampagne?

Red. Nürnberg Seit Jahr und Tag gibt es Arbeiterbewegungen, politische Arbeitskreise, „3. Welt"-Gruppen, Solidaritäts-Komitees, Initiativen usw. Außerordentlich engagiert und mehr oder weniger erfolgreich versuchen sie alle, etwas an ihrer oder der Situation anderer zu verbessern. Irgendwann haben alle schon einmal die Macht eines sehr bedeutenden Faktors gespürt, durch oder über den eine jahrelange Arbeit kurzfristig zerstört werden kann. Das Geld. Mit ihm wird gezielt in die gesellschaftliche und politische Entwicklung bei uns in den Zentren und in der „3. Welt", der sogenannten Peripherie, eingegriffen. Dieser gezielte Eingriff geschieht immer im Interesse einzelner privilegierter Gruppen, die oft auch noch gegeneinander arbeiten.

Nun treffen sich, in diesem Jahr zum erstenmal in der BRD, die zwei Repräsentanten dieses Systems, der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank, im September in Berlin (West). An dieser Jahrestagung nehmen Vertreter aller bedeutenden Banken, Politiker der Industrie- und Entwicklungsländer und Journalisten aus 140 Ländern teil. Diese Tagung könnte der Anlaß zu einer großen gemeinschaftlichen Kampagne möglichst vieler Gruppen aus dem kritischen Spektrum sein. Es könnte ein Punkt werden, an dem Öko-, Frauen-, Friedens-, „3. Welt"-Gruppen usw. aus ihrem Bereich heraus den Hebel ansetzen. Es besteht die Chance, vor einer breiten Öffentlichkeit dieses System von vielen Seiten zu beleuchten und die ausbeuterischen Zusammenhänge aufzuzeigen.

Dabei gibt es einige Probleme: Wie soll so ein breites Spektrum von Gruppen, das von den Autonomen bis zu den Pfadfindern reicht, zusammenarbeiten? Probleme, die in den teilweise chaotischen bundesweiten Aktionstreffen oder in dem Konflikt um den geplanten und mittlerweile wieder abgesetzten taz- Kongress zur IWF- und Weltbank-Problematik schon zutagetraten.

Beispiel taz-Kongress: Wie arrogant sind eigentlich die Berliner Autonomen, daß sie die taz und indirekt auch den BUKO so unter Druck setzen? Fehlt ihnen jedes Realitätsgefühl? Glauben sie, auf eine breite Öffentlichkeit verzichten und aus ihren, doch recht kleinen Zirkeln heraus die Revolution starten zu können? Aber auch der BUKO war, meiner Ansicht nach, nicht autorisiert, als Stellvertreter des Aktionsbündnisses den Kongress abzulehnen, da viele der sich beteiligenden Gruppen, wie z.B. wir aus Bayern, überhaupt nicht die Möglichkeit hatten, sich zu dem Konflikt zu äußern.

Tatsache ist, daß es viele Konflikte unter den Gruppen gibt, die noch offen sind und auch sicherlich nicht alle bis zum September geklärt werden können. Doch das Ziel der ganzen Kampagne soll nicht eine übergroße vereinigte Linke sein. Wichtig ist vielmehr, die Möglichkeit zu nutzen, die Verflechtungen und Machtinteressen auf breiter Ebene aufzudecken und publik zu machen. Dabei sollte man nicht gegeneinander arbeiten und sich so lahmlegen, wie in Berlin geschehen, sondern die vielen Aktionen koordinieren und auch einige, über die Konsens besteht, gemeinsam durchführen. Vielleicht kann man an dieser Stelle über CONTRASTE einen Anfang machen.

Martin Jung
(Münchner Koordinationskreis der IWF- und WB-Kampagne)

Deutsches Geld für die 3. Welt - Hilfe oder Profit? Was bayernweit unter diesem Motto geplant ist
in der Mai-Ausgabe

IWF- und Weltbank-Tagung

Wo bleibt die Ökobank?

Reinhard Böttger
Martin Jung

Red. Nürnberg Diese beiden Institutionen tun genau das, wogegen sich die Ökobank, zumindest in ihren Publikationen, stellt. Sie finanzieren Hunger und Elend in der „3. Welt", Umweltzerstörung und Rüstungswahnsinn. Ihr Ziel ist die Kapitalverwertung mit möglichst hohen Gewinnraten. - Folgen werden nicht beachtet! Mit welchem Kapital arbeiten sie? - Auch mit unsern Geldern, die ihnen anonymisiert durch das internationale Banken- und Kapitalnetz zufließen.

Wieso kommen zu diesem Thema von Seiten der Ökobank keine Äußerungen? Hat sie sich schon soweit in der Bankenlandschaft etabliert, daß sie sich nicht mehr traut, ihre Ziele, um deretwillen 13.000 Menschen die Bank mitaufgebaut haben, einzuklagen?

Auf der Pressekonferenz anläßlich des Zulassungsbescheids vom Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen wurden grundsätzliche Fragen nicht mehr gestellt, wie z.B.: Wodurch rechtfertigen sich Zinsen? Muß die Anonymität des Geldes aufgehoben werden? Können die Utopien der Ökobank fortleben, wenn jetzt bereits grundsätzliche Positionen verlassen werden und ein Verdrängungsprozeß einsetzt?

Ein positiver Schritt der Ökobank ist sicherlich die Einrichtung von sogenannten offenen und geschlossenen Ökofonds. Dem Anleger wird dabei die Möglichkeit gegeben, die Verwendung seines Geldes direkt zu beeinflussen. Weiter kann er auf Zinsen ganz oder teilweise verzichten und so das Projekt, das er fördert, noch intensiver unterstützen.

Diese Alternativen, die die Ökobank zu bieten hat, müssen weiter ausgebaut und publik gemacht werden. Dazu sollte sie sich auch in die Diskussion um die IWF- und Weltbank-Tagung einmischen um klarzumachen, was man mit Geld anrichten kann. Gerade weil die Ökobank einen Weg schaffen will, um „mit dem Geld was Neues zu wagen" und es somit den menschenverachtenden Strukturen zu entziehen, ist es wichtig, daß auch sie aufdeckt, was an den alten Strukturen so menschenverachtend ist.

Kurzes...

AIDS und Politik

Der Bremer Gesundheitsladen hat zum Thema „AIDS und Politik“ eine Broschüre zusammengestellt, die zum Preis von DM 4,- angefordert werden kann beim:
Bremer Gesundheitsladen e.V.
Braunschweiger Str. 53b
2800 Bremen
☎ (0421) 498 86 34

OJA-Dokumentation

Nach fünfjähriger Arbeit mit (arbeitslosen) Jugendlichen hat die OJA Aachen eine ausführliche Dokumentation ihrer Erfahrungen in Form von Halbjahresberichten erstellt. Im letzten Bericht, der soeben erschienen ist, werden neben der Beschreibung der laufenden Projekte auch übergeordnete Fragestellungen behandelt: Der Stellenwert von Machtstrukturen, der Begriff des Arbeitsäquivalents, Lernprozesse der Druchläufer und Aussteiger usw., ein interessanter Bericht - nicht nur für Pädagogen/Sozialarbeiter, sondern auch für junge Arbeitslose und Eltern.
Bestelladresse:
Organisation Jugendliche Arbeitslose
Alexanderstr. 69-71
5100 Aachen
☎ (0241) 3 08 50

Wie werde ich Unternehmer?

Seit 1983 führt die „Arbeitsgemeinschaft Unternehmensgründung“, ein Zusammenschluß von ehemaligen WirtschaftsstudentInnen, Unternehmensgründungskurse durch. Die Themenkomplexe reichen von Vorbereitungsmaßnahmen zur Existenzgründung über Finanzierungsmöglichkeiten, Rechtsforminformationen bis hin zu Buchführungs- und Personalwesen-Kursen. Außerdem hat die AG Unternehmensgründung im Rowohlt-Verlag ein Buch herausgegeben, Titel: „Wie werde ich Unternehmer?“ Zu beziehen in jeder Buchhandlung oder direkt bei der

Arbeitsgemeinschaft für Unternehmensgründung
an der Ev. Studentengemeinde Mainz
Postfach 13 52
6093 Flörsheim/Main
☎ (06145) 88 81

Auf die Parkplätze kommt es an

Zum Streit in der Kieler Naturkostszene

Red. Hamburg In Kiel wird dieser Tage der erste norddeutsche Naturkost-Markt eröffnet. Die Gründer dieses Projektes mit Supermarkt-Dimensionen kommen nicht von *Spar* oder *Karstadt*, sondern ausgerechnet aus den eigenen Reihen. Was wollen die Initiatoren mit diesem Marktkonzept? Wie ist die Stimmung bei den anderen Ladnern?

Rüdiger Mannig
Detlef Weiher

In Kiel gärt es! Nicht wegen der Barschel-Affaire, auch nicht, weil Umfragen der Koalition zwischen SSW (Südschleswiger Wählerverband) und den GRÜNEN die absolute Mehrheit einräumen. Die hiesige Naturkost-Szene entzweit sich an dem Projekt eines Bio-Supermarktes, deren Gründer die Betreiber des Naturkost-Ladens „1000 Körner“ sind. Neben der Kieler Woche glänzt die Ostseestadt durch eine nur Insidern bekannte Besonderheit: Kiel ist die Stadt mit dem höchsten pro-Kopf-Umsatz im Naturkosthandel. Bisher war der Umsatz-Vollkornkuchen für alle groß genug, das Klima untereinander leidlich. Die Läden „1000 Körner“, „Schrot und Korn“ und „Folkers Kornkiste“ kauften ausgewählte Produkte gemeinsam bei Bauern und Großhändlern ein, gelegentlich kooperierten sie bei Werbemaßnahmen. Ansätze von *Divi* und anderen konventionellen Lebensmittlern konnten die „wahren Bios“ nicht schrecken. Klar, daß der „1000 Körner-Markt“, wie das Projekt in aller Bescheidenheit genannt wird, mit seinen ungewohnten Dimensionen die eingesessene Naturkost-Szene nicht nur zu Freudensprüngen animiert.

Das Einkaufserlebnis

Ein typischer November- Morgen im Februar. Altstadt- Strassen, zugeparkt, wenige Passanten. Hier residiert der Naturkostladen der Initiatoren des neuen Marktes, der „1000 Körner-Laden“. Dieter und Stefan empfangen uns in ihrem Büro. Volle Schreibtische, das Telefon surrt dezent, großflächige Lagepläne verdecken die Farbdrucke an den Wänden, Impressionisten. Seit zwei Jahren schwebt die Idee in den Köpfen, jetzt läuft der Countdown. Marktanteile sind zu sichern angesichts der wachsenden Bio-Ecken in Kaufhäusern und Supermärkten. Außerdem platzt der bestehende Laden aus allen Nähten. „Wenn du in der zweiten Reihe parkst, ist das Einkaufserlebnis gestört“, Stefan weist auf ein großes Handicap des bestehenden Ladens, der weiter betrieben wird, hin. Und „75% der Bevölkerung ist bereit, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben. *Aldi's* Umsätze stagnieren nicht grundlos“, er zitiert Umfrageergebnisse. Außerdem bestehe noch immer die Bioladen-Hemmschwelle, die nur durch ein neues Konzept gesprengt werden kann. Einkaufen reicht nicht mehr, ein „Einkaufserlebnis“ muß her. Und gereizt hat es natürlich, das Projekt ist einzigartig in der Bundesrepublik.

Bioladen der 3. Generation

In der ehemaligen Käsefabrik an einer Ausfallstraße wird künftig keine Bequerel-haltige Milch mehr in goldgelbe Quader verwandelt werden. Der neue Bio-Supermarkt, die Betreiber nennen ihn lieber den „Bioladen der 3. Generation“, hält auf ca. 300 qm Einzug. „Shop in shop“ heißt das Verfahren, integriert sind Bäcker und Fleischer, ein vegetarisches Restaurant, Baubiologisches und Naturtextiles wird ebenfalls feilgeboten. Dazu großzügige Lager- und Verwaltungsräume, verkehrsgünstige Lage und, die Initiatoren weisen immer wieder stolz darauf hin, 35 Parkplätze, abgesenkt, damit der Blick von der Strasse ungehindert zu dem neuen Bio-Tempel schweifen kann. Stefan rollt den Grundriß aus: Vorn der Selbstbedienungssektor für Nonfood und Abgepacktes, hinten der Käsetresen und die Verkaufsstände von Bio-Bäcker und Öko-Fleischer. Bei einem solchen Komplex möchten die KundInnen geführt werden, erst schräg nach rechts, dann zu Käse und Brot, eine Linkskurve und vorbei an letzten gesunden Verlockungen, schon entlastet die Kassenzone die gefüllten Einkaufswagen. Auf Drehkreuze verzichteten die Planer.

Neue Kundenkreise, Naturkostanfänger sollen hier unbeschwert einkaufen können. Zusätzliche Käuferschichten schaffen den Bio-Bauern größere Märkte, die sie dringend brauchen, betont Dieter. Es gebe Absatzprobleme bei den Erzeugern.

Zwei Jahre wurde hart geplant. Banken ließen sich überzeugen, die Landes-Garantie-Kasse bürgt für eine sechsstellige Summe, das Feedback ist überwiegend positiv. Lieferanten werden um Sonderkonditionen für die Eröffnung angegangen, für die in Funk und Zeitschriften massiv geworben wird. Im Mai soll die erste Kieler Biomesse in den neuen Räumen stattfinden. Klotzen tut not, der „break even point“ (Umsatz, ab dem schwarze Zahlen geschrieben werden) liegt im siebenstelligen Bereich.

Ein freimütiges Gespräch

Szenenwechsel. Unser nächstes Ziel, der Bioladen „Schrot und Korn“ im Kieler Univiertel. Die eine Hälfte der Ladencrew sitzt beim gemeinsamen Mittagessen in der engen Küche. Wir gehen mit Klaus, dem mit Christine zusammen der Laden gehört, in ein nahegelegenes Café. Dort verselbständigt sich unser Gespräch, setzt sich doch unverhofft Dieter von den „1000 Körnern“ an unsern Tisch. Ein tiefsitzender Frust offenbart sich. Beide Seiten reklamieren für sich, daß frühere und noch laufende Kooperationen einseitig ausgenutzt wurden, daß durch persönliche Kontakte der Konkurrent ausgespäht und dann die Leute abgeworben wurden. In der Tat wechselte eine komplette „Schrot und Korn“-Besatzung, sprich vier Leute, zu den „1000 Körnern“. Die unglückliche Informationspolitik, die Konkurrenten erfuhren aus der Fachpresse von dem Großprojekt, hat die Atmosphäre vergiftet. Verbindlich in der Gestik, aber deutlich in den Worten, das schiere Mißtrauen sitzt mit am Tisch. Unterhalb der Anmach-Ebene werden aber die verschiedenen Positionen deutlich.

Marktdenken contra Naturkostphilosophie

„Das Pferd vom Schwanz her aufzäumen“ nennt Klaus die Strategie der „1000 Körner“. Die Menschen kommen durch Schlüsselerlebnisse - z.B. einer Krankheit - zur Naturkost. Bewußtseinsveränderungen werden nicht durch Marketing-Schnickschnack ausgelöst. Außerdem wird die Beratungsqualität leiden. Schließlich soll der pro-Kopf-Umsatz der Beschäftigten doppelt so hoch sein wie im bestehenden „1000 Körner- Laden“. Den Absatzengpaß der Bio-Bauern, wie Dieter behauptet, kann Klaus auch nicht entdecken. Außerdem wird der neue „1000 Körner-Markt“ „über den Preis“ verkaufen müssen, will er mit den Handelsketten konkurrieren. „Über den Preis“, das heißt durch Preissenkungen, die wiederum an die Produzenten weitergereicht werden. Der Bauer, das letzte Glied in der Kette, wird seine Anbaumethoden verändern müssen, um seine Erträge zu halten. Das Ergebnis: Qualitativ schlechtere Produkte für den Verbraucher, eine gefährliche Spirale. „Euch geht's doch bloß ums Geld“, damit zieht Klaus den Schlußstrich.

Die Marktmacher widersprechen heftig. Weder Preis noch Qualität soll sinken. Dieter verweist noch einmal auf die Intension, mehr und neuen Schichten den Zugang zu biologisch hergestellten Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Das ginge schlecht über die bisherige Bio-Laden-Schiene.

Zweifel am Marktpotential

Ganz nüchtern rechnet Klaus von „Schrot und Korn“ mit Umsatzeinbußen von 20%. Das bedeutet den Verlust eines Arbeitsplatzes. Daß das keine Schwarzseherei ist, kann mensch sich ausrechnen. Der Bio-Markt ist so kalkuliert, daß er den doppelten Umsatz des weiter betriebenen „1000 Körner-Ladens“ machen muß. Falls keine Einbußen der Mitkonkurrenten eintreten sollen, muß der Naturkostumsatz sprunghaft um 40 bis 60% wachsen. Damit wäre Kiel das „Bio-Top“ in der BRD. Das können sich nur die Initiatoren selbst vorstellen. Die Reaktionen der betroffenen Naturkostläden reicht von Spott und Ironie - „wir begrüßen diese größenwahnsinnige Initiative“ - bis zu existenzieller Panik. „Folker's Kornkiste“ wird es am härtesten treffen. Sortiment, Präsentation und die Geschäftslage ähneln stark dem Bio- Supermarkt.

Kollektiv - nein danke

Wie hält es die Kieler Naturkost-Szene mit den kollektiven Arbeitsstrukturen? Nein, ein Kollektiv wären sie nicht, meint Dieter von den „1000 Körnern“. Sie hätten es zwar mal probiert, aber das Ganze war so ineffektiv, stundenlange Kollektiv-Sitzungen, in denen über Nebensächliches diskutiert wurde. Leute, die gern mitreden, aber nicht mitverantworten wollten, nein, das hätten sie aufgegeben. „1000 Körner“ ist ein ganz normal organisierter Betrieb. Acht Menschen arbeiten weitgehend selbständig in ihren Bereichen, unsere Gesprächspartner können sich ganz den planerischen Aufgaben widmen. Stefan vergleicht ein Kollektiv mit einer Wohngemeinschaft, zu viel Psycho. „Lieber ein guter konventioneller Betrieb als ein Kollektiv mit Problemen überall“, faßt Stefan die Erfahrungen der letzten Jahre zusammen. Der Führungsstil wird als kooperativ bezeichnet, Mitarbeiterbesprechungen finden nach Bedarf statt. Heute verdienen die Leute mehr und arbeiten mit mehr Zufriedenheit im Laden. Dazu brauchte es aber drei komplette Belegschaften von jeweils vier bis sechs Leuten in den letzten Jahren.

Ein Kollektiv sucht man bei den Konkurrenten auch vergebens. Bei „Schrot und Korn“ werden zwar alle wichtigen Fragen gemeinsam erörtert, aber verbrieft ist dieses Recht, z.B. durch Mitarbeiter-Vereinbarungen, nicht. Stefan vom „Markt“ räumt ein, daß mit einer durchdachten Struktur ein selbstverwaltetes Arbeiten unter Umständen möglich wäre. Für ihn sei dieser Zug jedoch abgefahren. Für die CONTRASTE ein hartes Brot.

Rezension

Dialog mit der Macht

Red. Nürnberg „Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland“ heißt ein Kompendium, das Roland Roth und Dieter Rucht herausgeben. Es erscheint in einer Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung und soll wohl auch bei Campus verlegt werden.

Peter Hess aus Nürnberg beschreibt das Szenepanoptikum. Aus der Sicht von Südlichtern hat „das Heroische“ am Widerstand auch heute noch viele ergriffen. Etliche AutorInnen wie Beywl, Sosna und Pudeck schrieben mit an diesem insgesamt eher buntscheckigen Werk. Der Theoretiker der Postmoderne Guggenberger analysiert Chancen und Grenzen eines Konzepts der inneren Abrüstung. Und zwischen Grünen-Schau und Besprechung aller möglicher Einzelbewegungen von Wackersdorf bis Flensburg bei Müsli oder Mollie kommen auch die Alternativen und ihre Strukturen nicht zu kurz...

Peter Hess

Verschiedene soziale Bewegungen begleiteten die Politik der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland: Die der Studenten, Frauen, Selbstverwalter, Atomkraftgegner und Friedensfreunde. Sie sind „Forschungsgegenstand“ geworden. Dies macht skeptisch und neugierig zugleich.

In der Eile des Zeitgeistes sind es „neue“ Bewegungen gewesen, indem sie eine bewußte Distanz zu staatlichen Institutionen, Alt-Parteien und traditionellen Organisationsformen hatten. In einem Sammelband (Auftraggeberin: Bundeszentrale für politische Bildung) wird der Frage nachgegangen, ob nunmehr Gewöhnungs- und Annäherungsprozesse sichtbar werden. Es ist auch provozierend schon vom „Ende der Alternativen“ die Rede. Die Integration und Vergangenheit im geschichtlichen Prozeß wird - offensichtlich auch bezahlt - analysiert ... Der Preis im Diskurs der Herrschaft?

Ausstrahlung und Konsolidierung?

Institutionelle Politik und Bewegungssektor stehen naturgemäß parallel zueinander. Soziale Bewegungen haben jedoch nach Zeiten besonderer Ausstrahlungskraft die Angewohnheit, abgeschliffen, modifiziert und nicht selten ihres kritischen Stachels beraubt zu werden. Ratlosigkeit und Neuorganisierung wird dies in den jeweiligen Szenen genannt.

Dies hat zwei Gründe: Je nach politischer „Wende“ gab es entweder mehr soziale Reform und Revolutionshoffnung oder reaktionäre Repressionsversuche, die in anfängliche Euphorie oder latente Verzweiflung trieben. Die parlamentarische Demokratie sieht Minderheiten, Organisationsansätze in einem breiten Fächer, was kritsch 'Sozialstaatsillusion' genannt wurde. Es kamen die Parolen des „Langen Marsches“ durch die Institutionen (Dutschke) oder das von Heinrich Heine geprägte „Überwintern in Deutschland“ auf. Dieser Prozeß ist auch aus der langen Geschichte der Arbeiterbewegung bekannt, welche sich aber mehr nach Bewegungsgesetzen der Gesellschaft ausrichtete, als nach Autonomie und Spontaneität. Erkämpfte die Arbeiterbewegung letztlich die Legitimität ihrer Forderungen und die Durchsetzung ihrer Eliten, so wurde den sozialen Basisbewegungen immer ein Hauch von Illegalität und Grenzüberschreitungen angehaftet.

Jedoch ist dieser Prozeß kein unbekannter. Denn es gab auch die 'andere' Arbeiterbewegung und schon immer eine antistaatliche und organisatorische Lebenswelt im Kapitalismus.

Zwischen Abweichung und Anpassung

Gehorsam und Protest, Anpassung und Widerstand gehören gleichermaßen zum Repertoire der Moral, Tugend und Laster sozialer Bewegungen. Die Formen bewegen sich zwischen der Bürgerinitiative mit „Augenmaß“ (Jürgen Habermas), der gewaltlosen Basisgruppe und der terroristischen Guerilla. Die politische Bildung des modernen Staates und ihre Forscher machen eindeutige Bewertungen, und das Interesse gilt unter anderen den Grünen als Partei und ökonomischen Geflechten wie Netzwerk. Die innere Auseinandersetzung in der „Bewegung“ hat zunächst eigene Gesetze; sie stand aber unter dem permanenten Zwang, sich Staat und Gesellschaft gegenüber für **alle** Aktionen zu rechtfertigen. Und so sind die sprachlosen „Bewegungen“ meist sehr marginal und Thema der Sozialarbeit und Kriminalpolitik. Der Staat reagiert schwer berechenbar. Entweder opportun, mit begrenztem Risiko gesetzliche Rahmen überschreitend, oder mit Administration, Polizei und Liquidation.

Dabei kommt es meist zu dem bekannten Aufruf der Bewahrung des sogenannten inneren Friedens. Überreaktionen sind alltäglich und fordern Opfer. Die Erfahrungen zeigen, daß rationale Argumentation und Diskurs oft auf der Strecke bleiben, denn meist geht es um erschreckende Bedrohungen für Umwelt und Gesellschaft. Daß diese unter anderem Ursache sind, vom Staat organisiert und eingefädelt, bleibt in den Artikeln oft außerhalb der Kritik.

Wer andererseits für Stunden besetzte Einrichtungen dann mit realer Macheroberung verwechselt, hat ebenso Realitätstrübungen wie Willkürakte der Staatsgewalt kaum Befriedungserfolge oder Stärke zeigen. Im Gegenteil, Militanz, Frustration und Verzweiflung begleiten die direkten Gegner zwischen Bewegung und Autorität. Demonstranten und Polizei sind keine 'gleichwertigen' Gegner in der Moral oder Ausrüstung

Konflikt zwischen Mensch und Bürger

Die Moderne produzierte in vielen Bereichen den unauflöslichen Konflikt zwischen Mensch und Bürger, zwischen Gewissen, Moral des Einzelnen und den Imperativen des Staates. Schon im „Prozeß des Sokrates“ wurde die fundamentale Frage gestellt, wem im Zweifel mehr zu gehorchen sei, staatlicher Anordnung oder den eigenen Zweifeln: Sokrates wählte den „freiwilligen Tod“.

Das Heroische hat auch heute noch viele ergriffen, da Rationalität und Kampf nicht dieselben Quellen (Wissen oder Emotion) haben.

Für das moderne Widerstandsdenken gibt es keine definitive Antwort. Doch auch keine Gründe für die Suspendierung von Rechten oder das Vorbeimogeln an Menschlichkeit und zunehmender Vergesellschaftung der Probleme. Jeder muß Entscheidungen in der jeweiligen Situation unter Abwägung aller Umstände stets auf's Neue treffen.

Zwischenprüfung ohne Noten

Bundestreffen der Netzwerke in Köln

Acht Monate nach der Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke (BAG) fand vom 19.-21. Februar in Köln wieder ein Bundestreffen der Netzwerke statt. Mit Spannung war zu erwarten, ob und wie sich Ablauf und Inhalte des Bundestreffens durch die Existenz der BAG verändern würden und welche Rückmeldung die Netzwerke geben würden.

Annegret Bötel

Für den äußeren Rahmen sorgte wie immer das gastgebende Netzwerk. Die Kölner setzten die von den Hamburgern eingeführte Geste eines Begrüßungsbuffets fort ... ihnen sei nochmals herzlich gedankt für die Organisation des Treffens. Die inhaltliche Vorbereitung hatten mit einer von keiner Seite angezweifelten Selbstverständlichkeit - Geschäftsführung und Vorstand der BAG übernommen: Mit Beifall wurde dies nicht immer bedacht, wie die nächsten anderhalb Tage zeigen sollten. Einerseits lag es den „MandatsträgerInnen" doch sehr am Herzen, Rechenschaft abzulegen über die Arbeit der vergangenen Monate. Die Halbzeit der Bewährungsprobe für die BAG ist nämlich schon überschritten, im Juni soll über ihre Weiterexistenz beschlossen werden. Andererseits sollte die Tagesordnung bewältigt werden: Neben Formalia und den Themen aus dem Netzwerk- und BAG-Innen und Außenleben stand es an, das Verhältnis, die gegenseitigen Erwartungen und Perspektiven zu und mit den GRÜNEN zu diskutieren. Dies erforderte eine erhebliche Strukturierungsleistung, die der Vorstand hauptsächlich durch eine sehr rigide Diskussionsführung bewältigte. Den gewählten AkteurInnen der BAG war schon anzumerken, daß sie sich einer Bewährungsprobe stellten. Ansätze zu Diskussionen wurden unterbunden und auf spätere Tagesordnungspunkte verwiesen. Der Unmut unter den NetzwerkerInnen regte sich entsprechend früh - so meinten einige, sie seien nich nach Köln gekommen, um sich eine Kurzfassung der BAG-Rundbriefe anzuhören, sondern miteinander über die Politik der Netzwerke zu reden.

Foto: Peter Hebler

Übelgenommen wurde vor allen Dingen, daß mit der Tradition gebrochen wurde, Bundestreffen mit einer Vorstellungsrunde samt Erfahrungsberichten aus den Netzwerken einzuläuten. Der Bedarf nach Erfahrungsaustausch wurde dennoch befriedigt: 18 Netzwerke stellten sich, ihre aktuellen Nöte, Erfolge und Tendenzen vor. Wenn die Muttersau Berlin Trendsetterin sein sollte, so werden die West-Netzwerke bald einige Sorgen weniger haben: In Berlin steigen erstmals seit Jahren die Mitgliedszahlen, und junge AktivistInnen sorgen für eine Herabsetzung des durchschnittlichen Alters der Ideal-Aktiv-NetzwerkerInnen von 33,42 auf 28,3 Jahre! Vielerorts hat die Professionalisierung der Netzwerk-Arbeit zu einem Umbruch in Richtung auf ein Dienstleistungsprojekt, weg von dem ehemaligen Konzept eines Fördervereins, geführt - ein Punkt, an dem nicht nur die Frage nach dem Selbstverständnis viele Fragezeichen hinterläßt, sondern auch ein Wegfall der hauptamtlichen Stellen die gesamte Netzwerk-Arbeit zum Erliegen bringen kann.

Erstaunlich jedoch, daß immer wieder an totgesagten und totgeglaubten Netzwerken erfolgreiche Wiederbelebungsversuche durchgeführt werden. Die Erkenntnis des Bundestreffens hierzu: Der Clou der Netzwerke besteht in der Trägheit der Mitglieder. Netzwerke existieren zumindest in der Form eines Kontos fort, auf dem nach wie vor Mitgliedsbeiträge eingehen. Irgendwann taucht Interesse an dem Geld auf, um es zu mobilisieren und der Vereinsapparat muß wieder in Schwung gebracht werden.

Die Arbeitsgruppe „Zukunft der Netzwerke" bei der BAG wird die vielfältigen Tendenzen dieser Vorstellungsrunde nochmals im Fokus betrachten und mit für ihre Arbeit verwerten: Im Mai ist die Herausgabe einer neuen Netzwerk-Landschaft geplant, die den Netzwerken Thesen für die Perspektivdiskussion präsentieren will.

Ein kräftiger Schnitt im Verlauf des Bundestreffens wurde am Samstagnachmittag gezogen, als es galt, das Denken um das Netzwerk-Innenleben jäh auf die „größere" Politik, auf die Netzwerke und die GRÜNEN, umzuschalten (vgl. Bericht von F.J. Bartsch) - ein zu starkes Kontrastprogramm, wie in der Abschlußrunde kritisiert wurde. Thematisch war dagegen zwar nichts einzuwenden, aber die Podiumsdiskussion hätte die Diskussion untereinander blockiert, es hätte keine Möglichkeit bestanden, politische Positionen der Netzwerke zu entwickeln und zu bestimmen. In einen politischen Willensbildungsprozess einzutreten, sei aber Zweck der Bundestreffen; ihn zu organisieren, sei Aufgabe der BAG.

Diese Betonung und das Einfordern dieser politischen Funktion der BAG überraschte angesichts der Gründungsversammlung im Juni letzten Jahres, als das Dienstleistungsangebot einer BAG für die Netzwerke als ausschlaggebend für die Gründung der BAG herausgestellt wurde und einzelne Netzwerke sich energisch gegen eine Aufgabenbestimmung in Richtung auf die Organisierung eines politischen Willensbildungsprozesses wandten und dies mit Lobbyismus und Polit-Überfliegerei gleichsetzten. Aber so sind nun mal die Wechselbäder der Szene: Auf dem einen Treffen geht's zu pragmatisch zu, auf dem anderen wird zuviel theoretisiert. Langfristig sollen Wechselbäder ja zu Schwung und Stabilität des Patienten führen!

Für das nächste Bundestreffen, das vom 3.-5. Juni in Bremen stattfinden wird, wurde beschlossen, neben der Frage der Zukunft der BAG die „Professionalisierung der Netzwerke" zum thematischen Schwerpunkt zu machen. Vorbereitet wird die Diskussion von den Nürnberger NetzwerkerInnen.

Netzwerk und die Grünen

Red. Berlin Mitte Februar fand in Köln im Rahmen der Bundesversammlung der Netzwerke ein Forum zum Thema „Netzwerk und die Grünen" statt. Anlaß war die Wiederbesetzung der Stelle „Selbstverwaltungswirtschaft", die beim Arbeitskreis Wirtschaft der Bonner Grünen angesiedelt ist.
Von Seiten der Grünen nahmen daran teil Peter Sellin, (AK Wirtschaft, Bundesabgeordneter der AL Berlin), Bernd Rosenbrock (Ökofonds Niedersachsen), sowie Ursula Brockner, die seit Februar auf eben dieser Stelle arbeitet. Regina Mechalik mußte wegen Krankheit absagen.

Franz-Josef Bartsch
BAG-Netzwerke

Wie schon dem Titel des Forums zu entnehmen war, ging es jedoch um mehr als nur darum, was die Netzwerke und andere Gruppen aus dem SV-Bereich von dieser eigens geschaffenen Stelle zu erwarten haben. Es ging um die grundsätzliche Frage, was die Selbstverwaltungs-, Selbsthilfe- und Alternativbewegung überhaupt noch von den Grünen erwarten kann. Damit war weniger die z.Zt. bei den Grünen herrschende innerparteiliche Auseinandersetzung gemeint, und die damit verbundene interne politische Blockierung der Partei. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Entwicklung der Grünen, die - einst Hoffnungsträger der Bewegung für eine radikale gesellschaftliche Veränderung - sich mittlerweile kaum noch von den traditionellen Parteien unterscheiden: der Dialog mit Basis-Initiativen ist weitgehend abgebrochen, das Thema Selbstverwaltung spielt in der politischen Diskussion der Grünen so gut wie keine Rolle, die innerparteilichen Strukturen gleichen sich immer stärker denen der anderen Parteien an etc.

So wurde von den anwesenden Parteivertretern zunächst eine Erklärung dafür erwartet, warum die vorhandenen, und in der Wahrnehmung der NetzwerkerInnen für eine radikale Gesellschaftsveränderung so wichtigen Ansätze aus dem SV-Bereich von den Grünen kaum aufgenommen werden, bzw. hinter anderen, publicityträchtigen Themen zurückstehen müssen.

Ernüchternde Antworten

Die Alternativbewegung ist in den Augen der Grünen ein „marginaler Bereich" (Sellin). Erst wenn aus dem SV-Bereich der Versuch unternommen würde, die erprobten Ansätze auf einen größeren Ausschnitt gesellschaftlicher Realität zu übertragen z.B. Arbeitnehmer-Beteiligungs-Modelle für traditionelle Betriebe -, würde dies nach Einschätzung Sellins bei den Grünen zu einer Diskussion über den gesellschaftlichen Stellenwert der Selbstverwaltungswirtschaft führen.

Allerdings würden solche Konzepte nicht etwa - und dies war doppelt ernüchternd - die politische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner unmittelbar fördern, sondern zunächst allenfalls Gegenstand partei-internen Streits werden. Denn was für einen Teil der Grünen Ansatzpunkte für eine Reform der Marktwirtschaft sind, ist für einen anderen Teil, der die kapitalistische Marktwirtschaft beseitigt sehen möchte, völlig unakzeptabel.

Es steht außer Frage, daß aus dem SV-Bereich bisher kaum Konzepte geliefert wurden, um die eigenen Ansätze auf größere gesellschaftliche Ausschnitte zu übertragen. Die Gründe hierfür liegen zum Teil im eigenen Selbstverständnis (Aufbau einer Gegen-Kultur und Gegen-Ökonomie), zum Teil jedoch einfach in der faktischen Überforderung. Letzteres wird sich wohl so schnell auch nicht ändern.

Wem nützen SV-Konzepte?

Selbst wenn solche Konzepte die partei-internen Auseinandersetzungen überstehen, haben sie bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen doch keine Chance auf Realisierung.

Der Sinn der von Sellin gewünschten Zusammenarbeit, mit der im Kern jedoch Zuarbeit gemeint war, wollte deshalb den NetzwerkerInnen nicht recht einleuchten. Und schon gar nicht, warum sich die Grünen - gerade angesichts der Mehrheitsverhältnisse - nicht den „Luxus" leisten, selbst in diese Richtung und überhaupt grundsätzlich Neues zu denken, anstatt alle Ressourcen auf die Bewältigung des parlamentarischen Alltags zu verschwenden. (An dieser Stelle wurde Regina Mechalik schmerzlich vermißt. Sie hätte möglicherweise andere Akzente gesetzt.)

Andererseits könnte - unabhängig von den Grünen - die Erarbeitung solcher Konzepte zu einem Klärungsprozess innerhalb und zwischen den Netzwerken führen:

Wo ordnen sie sich und ihren Bereich gesellschaftspolitisch ein? und wo liegen die Perspektiven für die Zukunft? Diese Selbstverständnisdiskussion ist zweifelsohne notwendig. Aber hier liegen, wie die Bundesversammlung zeigte, den Netzwerken andere Themen näher, z.B. die Professionalisierung der Netzwerke und die Frage, ob damit ein Funktionswechsel der Netzwerke einhergeht.

Ob die von Ursula Brockner geäußerte Hoffnung auf „gute Zusammenarbeit und Brückenschlag" eingelöst werden kann, muß stark bezweifelt werden.

Was zwischen Basis-Initiativen und Parlamentsfraktion nicht klappen will (und vielleicht auch so nicht klappen kann), ist auf anderer Ebene durchaus Praxis: Zwischen grünen Ökofonds und regionalen Netzwerken findet seit Jahren eine Zusammenarbeit statt. Hier liegen die Probleme eher im Alltag. Bundesweite Anträge z.B. bleiben häufig auf der Strecke, weil die Koordination nicht klappt.

Es wurde vereinbart, diese Fragen auf dem nächsten überregionalen Treffen der Ökofonds zu besprechen. Darüberhinaus wurde in Richtung einer Arbeitsteilung gedacht. Z.B. könnten die örtlichen Netzwerke die Vergabe von Ökofonds-Geldern an SV-Betriebe direkt übernehmen.

Bernd Rosenbrock hielt dies in Niedersachsen für denkbar. Allein, hier fehlt das Netzwerk. In jedem Fall aber sind hier am ehesten konkrete Ansätze für eine konkrete Zusammenarbeit zwischen Netzwerken und Grünen gegeben, und damit möglicherweise auch für gemeinsame politische Initiativen. Diese Ansätze würden sich zwar beschränken auf die jeweiligen Regionen, andererseits dürfte dies den Möglichkeiten und dem Politikverständnis der Netzwerke am ehesten entsprechen.

Hans-Jürgen Lange
BONN AM DRAHT
Politische Herrschaft in der technisierten Demokratie
April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM, ISBN 3-924800-92-8
Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.

Hans-Joachim Schabedoth
Ruth Weckenmann
STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT
Neue Technologien zwischen Fortschrittserwartung und Gestaltungsauftrag
1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM
ISBN 3-924800-91-X
Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).

SP

SP-Verlag
Schüren
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg

Bestellungen:
Direkt beim Verlag oder in jeder guten Buchhandlung

Kurzes...

EG-Sozialfonds auch für Existenzgründungen

Red. Bonn Fördermittel aus dem EG-Sozialfonds können auch zur Gründung selbständiger Existenzen eingesetzt werden. Diesem Vorschlag der EG-Kommission hat das Europäische Parlament allerdings nur zugestimmt unter den Bedingungen, daß dadurch zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt werden und daß die Kommission zwei Jahre nach Ablauf dieser neuen Regelung für Selbständige einen Erfolgsbericht vorlegt. Dahinter steht die Befürchtung, daß durch die Ausweitung des Kreises der Begünstigten des Sozialfonds die Diskrepanz zwischen der Zahl der Anträge und der verfügbaren Fördermittel noch weiter zunimmt.

Weitere Privatisierung der Wohnungswirtschaft

Das Bundeskabinett hat beschlossen, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) abzuschaffen und das bisher nach stiftungsähnlichen Grundsätzen gemeinnützig und gemeinwirtschaftlich gebundene Vermögen von rd. 3,4 Millionen Wohnungen, davon rd. 1 Million in genossenschaftlichem Besitz, zur freien Verwertung in den „freien" Markt zu geben.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, zu dem nichts dringender erforderlich wäre, als eine soziale Wohnungspolitik, die mit nennenswerten Wohnungsbeständen ein Korrektiv zur freien Marktwirtschaft bildet und neben einer ganzen Reihe von unmittelbaren Aufgaben auch eine preisdisziplinierende Wirkung auf den Mietenmarkt hat. Mit dieser Maßnahme werden 100 Jahre privater Gemeinwirtschaftsidee im Wohnbereich zu Grabe getragen.
Die Folgen der Aufhebung des WGG sind Mietsteigerungen durch Fortfall des Kostenmietprinzips, zunehmende Luxusmodernisierungen, verstärkte Umwandlung der Mietwohnungen in Wohnungseigentum und letztendlich hohe soziale Folgekosten.

„Rundschau"-Sterben in Norddeutschland

Red. Hamburg Da war es nur noch eine... Die einst zahlreiche Familie der linksliberalen „Rundschau"-Zeitungen ist vom Aussterben bedroht. Die „Kieler Rundschau", die schon mehrere Konkurse überlebte, muß nach nur 10 Monaten mit neuem Konzept und neuer Besetzung wieder den Gang zum Konkursrichter antreten.

In derselben Woche vermeldete auch die „Stader Rundschau" ihr Ende. Die Zeitung aus dem AtomkraftwerkStandort erschien in der letzten Zeit nur noch zweimonatlich. Jetzt resignierten die MacherInnen endgültig.

Krisenlaute ertönten auch aus den Räumen der „Hamburger Rundschau". Die Chefredakteurin ging und offenbarte damit Probleme im konzeptionellen und personellen Bereich. Ökonomisch ist das Blatt mit über 15 000 verkaufter Auflage hingegen gesund.

Topfschlagen

In Bremen gibt es den „Bremer Topf" - einen Verbund, in dem sich 150 Selbsthilfegruppen und Projekte zusammengeschlossen haben. „Topfschlagen" ist eine 38-min. VHS-Video-Produktion, die lokal dazu dient, für das Bremer Topf-Modell zu werben und überregional die in anderen Städten praktizierte Selbsthilfe-Förderung hinterfragt. Gegen DM 50,- (Vorkasse) kann das Video bestellt werden bei: KOST, Lüneburger Str. 24, 2800 Bremen, Tel. (0421) 70 10 78 (Wolf-Dieter Klein).

Wir haben's geschafft

BAK erteilt Zulassung/Bankeröffnung im Mai

Fast genau auf den Tag vier Jahre nach der Gründung des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." hat das Berliner Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAK) der Ökobank im März 1988 die Bankzulassung erteilt. Mit der Eintragung der Ökobank in das beim Frankfurter Amtsgericht geführte Genossenschaftsregister darf die Ökobank die Bezeichnung „eG" (eingetragene Genossenschaft) führen und danach die Bankgeschäfte aufnehmen. Die Bankeröffnung ist für den 2. Mai geplant. Mit der Zulassung geht ein langer und steiniger Weg zu Ende.

Torsten Martin

Die schriftliche Erlaubnis aus Berlin gibt nun den gesetzlichen Rahmen vor. So darf die Ökobank die folgenden Bankgeschäfte betreiben:

- das Einlagengeschäft
- das Kreditgeschäft
- das Diskontgeschäft (Ankauf von Schecks und Wechseln
- das Garantiegeschäft (Übernahme von Bürgschaften und Garantien für andere
- Das Girogeschäft (Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs)
- das Effektengeschäft (Anschaffung und Veräußerung von Wertpapieren für Kunden
- das Depotgeschäft (die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für Kunden)
- das Investmentgeschäft

Betrieben werden dürfen nicht:

Das Einlagengeschäft darf die Ökobank nur betreiben, wenn sie Mitglied in der Sicherungseinrichtung eines Verbandes der Kreditinstitute ist. Da die Zulassung ohne die Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn (BVR) vom BAK erteilt worden ist, hat das BAK die Ökobank verpflichtet, „alle Kunden, die ein Guthaben unterhalten oder unterhalten wollen, über den Umstand der Nichtmitgliedschaft" zu informieren. Hierzu muß die Ökobank „auf allen Kontoeröffnungsanträgen, in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen und im Preisaushang sowie in den Lageberichten den Hinweis aufnehmen, daß eine Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung nicht besteht." (Welche Konsequenzen dies für die KundInnen sowie für die Ökobank hat, wird im Artikel „Und die Einlagensicherung?" näher erläutert).

Bei der Erlaubniserteilung ist das BAK weiterhin davon ausgegangen, daß die im Geschäftskonzept der Ökobank aufgestellten Selbstbeschränkungen „weiterhin als verbindlich erachtet werden und insoweit Änderungen in den nächsten zwei Jahren nicht" vorgenommen werden. Hierunter fällt z.B. die Beschränkung des Kreditvolumens auf maximal das Dreifache (anstelle des 18-fachen) des haftenden Eigenkapitals. Eine genaue Aufstellung dieser Selbstbeschränkungen findet sich im Anschluß an diesen Artikel.

Außerdem erteilt das BAK der Ökobank die Auflage, „zunächst für eine begrenzte Zeit von zwei bis drei Jahren Zweigstellen im Bundesgebiet" nicht zu errichten und „die Geschäftstätigkeit der Ökobank eG auf den Großraum Frankfurt zu beschränken". Diese Auflage erstreckt sich im wesentlichen auf das Kreditgeschäft, das zunächst bundesweit nicht mehr als 10% des Gesamtkreditvolumens betragen darf. Das Einlagengeschäft darf jedoch bundesweit betrieben werden.

Diese gesetzlichen Bestimmungen geben nun den Rahmen vor, innerhalb dessen die Ökobank ihre Geschäftstätigkeit entfalten wird. Wie vom BAK mehrfach erwähnt, steht dieser Rahmen nicht für alle Zeiten unveränderbar fest. So strebt die Ökobank auf alle Fälle eine bundesweite Tätigkeit - insbesondere im Kreditgeschäft - innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre an. Auch die Selbstbeschränkungen sollen in diesem Zeitraum der Entwicklung angepaßt werden. Dieser gesetzliche Rahmen ist somit ein „Anfangskonzept", das sukzessive in Form eines Stufenplanes und in Abstimmung mit dem BAK erweitert bzw. ergänzt werden muß.

Die Ökobanker 1988 *Foto: Studio Daniel*

Selbsthilfe - Selbstverwaltung - Selbstverantwortung

Die Ökobank in der Tradition des genossenschaftlichen Denkens

Dieter Reincke

Für viele altgediente Genossenschaftsbanker mag es noch provokant klingen, aber in ihrem Selbstverständnis sieht sich die Ökobank tatsächlich in der Tradition jener Ideen, wie sie vor über 100 Jahren Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitsch für ihre Generation wieder neu formuliert und gelebt haben.

Die von ihnen aufgestellten genossenschaftlichen Grundsätze der Selbsthilfe - Selbstverwaltung - Selbstverantwortung bekommen in unserer Zeit, in der ja viele den Vorabend der zweiten oder gar dritten industriellen Revolution sehen, eine neue Aktualität.

So wie damals für viele Bauern, Handwerker und Kleinbetriebe die Selbsthilfe oft die einzige Möglichkeit war, um in den veränderten wirtschaftlichen Strukturen, die die einsetzende Industrialisierung mit sich brachte, die selbständige Existenz zu behaupten, so ist die Selbsthilfe heute für eine wachsende Zahl gerade von Menschen der jüngeren Generation oft genug der einzige Weg, überhaupt Zugang zu einem Erwerbsleben zu finden. Und hier wiederum sind es besonders die Frauen, die aus ihrer generellen Benachteiligung im Berufsleben den Weg der Selbsthilfe beschreiten, da er ihnen zusätzlich die Möglichkeit einer Selbständigkeit aufzeigt, die ihnen im allgemeinen Berufsleben nur selten geboten wird.

Aber hier zeigt sich auch die unterschiedliche historische Ausgangslage beider Bewegungen, und ich vermute, daß deren mangelnde Würdigung auch die Quelle vieler Vor- und Fehlurteile war, die in der Vergangenheit über das Projekt Ökobank gefällt wurden.

Wurden zu Zeiten Raiffeisens durch den Beginn einer neuen wirtschaftlichen Epoche viele Bauern und Handwerker in ihrer Selbständigkeit bedroht, so sieht sich die heutige Generation vor Probleme gestellt, die das Ende einer wirtschaftlichen Epoche kennzeichnen.

Ging es Raiffeisen 1864 mit der Gründung des „Heddesheimer Darlehenskassenvereins" um die Schaffung eines Instruments zur Absicherung der wirtschaftlichen Existenz der Bauern und Kleinbetriebe, so geht es den rund 13000 Gründergenossen der Ökobank 1988 um ein Instrument, das vielen erst den Weg zu einer weitgehend selbständigen und gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit eröffnen soll.

Denn ob der Begriff des „Vorabends der zweiten industriellen Revolution" nun zu hoch gegriffen ist oder nicht, eines scheint doch unumstritten zu sein: Die Notwendigkeit, Wachstum als den entscheidenden Indikator wirtschaftlicher Entwicklung abzulösen (die Biosphäre, der wir unsere Existenz verdanken, ist dabei, hier eindeutige Grenzen aufzuzeigen), wird zu ähnlich schwerwiegenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Beziehungen führen, wie sie die einsetzende Industrialisierung im letzten Jahrhundert mit sich brachte. Zugang zur Arbeit, die Möglichkeit zu einer gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit wird einen eigenständigen Wert bekommen. Die neue Selbsthilfebewegung signalisiert schon dieses neue Verhältnis zur Arbeit. Oft genug steht in den jungen, selbstverwalteten Betrieben die Höhe der Entlohnung, die Maximierung des Gewinns nicht mehr an oberster Stelle. Kriterien wie: Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, Mitbestimmung im Betrieb, Selbstverwaltung gesellschaftlich sinnvoller Tätigkeit haben oft einen höheren Stellenwert, mindestens aber einen ebenbürtigen.

Dies stößt heute noch auf ein erhebliches Unverständnis bei den Gewerkschaften, sehen sie doch die Gefahr, daß hier hart und mühsam erkämpfte Tarifverträge unterlaufen werden. Dies stößt heute aber auch noch auf ziemliches Unverständnis bei den traditionellen Finanzierungsinstrumenten der Selbsthilfebewegung, den Volks- und Raiffeisenbanken. Tritt ihnen hier doch oft genug nicht mehr der gewohnte Schumpetersche Idealunternehmer gegenüber, sondern ein völlig ungewohnter neuer Typus von „Kollektivunternehmer".

Wenn es aber zutrifft, daß die Wirtschaft des nächsten Jahrtausends von einem Ende des Wachstums der Großindustrie mit ihrem Zwang zur Massenproduktion gekennzeichnet ist, dann wird eine Vielfalt von Produktionsweisen und Organisationsformen zwangsläufig entstehen müssen, um ein ausreichendes Angebot von Arbeitsplätzen überhaupt zu schaffen. Sicherlich werden diese neuen Unternehmensformen nicht den „wirtschaftlichen" Stellenwert einnehmen, den jetzt die klassischen Industriezweige innehaben, sie werden aber von wachsender sozialer Bedeutung sein bei der Erfüllung eines der elementarsten Menschenrechte: des Rechts auf ein Leben tätiger Arbeit.

Ob die Ökobank hier einen ähnlich bedeutsamen Beitrag für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens leisten wird, wie das die Darlehenskassenvereine des Friedrich Wilhelm Raiffeisen und die Vorschußvereine des Herrmann Schulze-Delitsch getan haben und in ihrer modernen Ausprägung als Volks- und Raiffeisenbanken mit Sicherheit auch für die Zukunft leisten werden, dies werden die nächsten Jahre zeigen, in der Tradition dieser Institute steht die Ökobank allerdings schon jetzt.

Der Ökobank zum Geleit

Christian Schmidt

Die Ökobank wird das System der deutschen Banken nicht revolutionieren und wird die grundlegenden Strukturen nicht ändern können, aber sie bietet die Chance, Alternativprojekte zu fördern und dafür zu sorgen, daß das Geld nicht für Südafrika, für die Atomwirtschaft oder für Rüstungsprojekte verwendet wird. Dies ist ein Schritt nach vorn, den auch die Grünen begrüßen müssen.

Die Debatten der Vergangenheit, welche Form der Finanzierung von Alternativprojekten die sinnvollste ist, muß nicht im Grundsatz ein für allemal entschieden werden. Ob eine bundesweite Ökobank oder Kreditgemeinschaft auf dezentraler Ebene, lohnt keinen Grundsatzstreit und ist eine eher praktische Frage. Wichtig ist, daß sich Menschen aus dem alternativen und grünen Lager zusammenfinden, um gemeinsam dafür zu sorgen, daß das, was an sinnvoller Arbeit finanziert werden muß, über eigene Institute finanziert werden kann.

In diesem Sinne wünsche ich, daß die Ökobank einen möglichst großen Beitrag dazu leistet, daß solche Ansätze mit Leben erfüllt werden können.

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Frauenförderungspläne in der Ökobank

Gerda Lischke

Wurde 1975 nur etwa jede 10. Betriebsgründung in Deutschland von Frauen ausgeführt, ist es mittlerweile etwa jede dritte. Über die neuen Gründerinnen gibt es bisher nur einige Pilotstudien. Bekannt ist jedoch, daß Frauen im selbständigen Bereich wesentlich weniger als Männer verdienen, und daß es sich bei den Gründungen meist um kleine Betriebe in den Bereichen des Handels und der Dienstleistungen handelt.

Viele Frauen machen sich selbständig, weil sie ihre Qualifikationen und Ideen nicht mehr in ein Arbeitsverhältnis einbringen können. Ein anderer wesentlicher Grund für den Gründungsboom ist jedoch die schlechte Arbeitsmarktlage für Frauen. Sie wollen mit der Gründung nicht „reich" werden, sondern ihren Lebensunterhalt verdienen und mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz haben. Diese „neuen Selbständigen" könnte man besser als Subsistenzgründerinnen bezeichnen.

Frauen haben bei der Gründung geschlechtsspezifische Schwierigkeiten: Da sie im Durchschnitt weniger verdienen, haben sie im allgemeinen ein geringeres Eigenkapital. Hinzu kommt manchmal eine übergroße Vorsicht vor Geschäftsrisiko bzw. vor einer Kreditaufnahme. Frauen bauen den Betrieb im allgemeinen lieber schrittweise auf und denken in Kategorien von Zuverlässigkeit, Produktqualität, ökologischer Verträglichkeit und Solidarität. Potentielle Gründerinnen berichten vielfach, daß sie nur das herstellen oder verkaufen möchten, hinter dem sie auch selber stehen. (Typisch dafür die Frau, die den Süßwarenladen neben der Schule, der seit einem Jahr leersteht, nicht aufmachen will, da sie den Kindern keine gesundheitsschädlichen Produkte verkaufen möchte.) Diese Ansprüche wären an und für sich für alle Betriebe wünschenswert, haben aber natürlich häufig Auswirkungen auf die betriebliche Rentabilität.

Hinzu kommen jedoch auch noch Vorbehalte der Banken Frauen gegenüber: Nicht nur die Frauenbetriebe in Frankfurt berichten, daß es zahlreiche Klagen von Frauen über restriktive und zähe Kreditverhandlungen, übertriebene Besicherung und zu geringen Dispokreditspielraum gibt. Nicht zuletzt finden Frauen bei ihren Gründungsvorhaben nicht immer Unterstützung bei ihren Partnern: Haus- und etwaige Familienarbeit muß nach wie vor meist von den Frauen geleistet werden.

Es gibt also gute Gründe, Frauenbetriebe besonders zu fördern. Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß bereitgestellte Fördertöpfe im selbstverwalteten Bereich von Frauen kaum genutzt werden konnten, da die Kriterien auf die Gründungen der Frauen nicht zutrafen: So wirkte z.B. bei der „Hessenknete" die Regel, daß nur Betriebe ab drei Personen gefördert werden können, als Ausschlußmechanismus, da sich Frauen meist alleine oder zu zweit gründen. Während mehr als 170 Betriebe in den Genuß der Förderung kamen, waren nur vier davon Frauenbetriebe.

In Berlin ist seit einiger Zeit zu beobachten, daß sich die Banken gegenüber Gründerinnen zu öffnen beginnen. Etliche Banken veranstalten Seminare oder Tagungen zum Thema „Frauen und Existenzgründung" oder „Frauen und Geld" etc. Ebenso hören wir in unseren Beratungen, daß Frauen Geld zu günstigen Konditionen geliehen bekommen. Dies geschieht natürlich weniger aus emanzipatorischen als auch kalkulatorischen Gesichtspunkten. Dieser neue Trend hat sich bislang offensichtlich noch nicht in die Bundesrepublik fortgepflanzt.

In der Ökobank besteht ein breiter Konsens, Frauen besonders zu fördern, d.h. nicht nur Diskriminierungen zu unterlassen. So bemüht sich die Ökobank - zugegebenermaßen mit mehr oder weniger Erfolg - um eine andere Einstellungspolitik und Gremienbesetzung.

Wie oben ausgeführt, haben - selbstverständlich nicht alle, aber doch viele - Frauenbetriebe andere Zielsetzungen als die Gewinnmaxime. Trotzdem entsprechen sie nicht unbedingt den Anforderungen an Kollektivbetriebe.

Ich plädiere deswegen dafür, in eine Förderpolitik von Gründerinnen nicht nur selbstverwaltete Frauenbetriebe einzubeziehen, sondern die Kriterien möglichst großzügig zu formulieren, um nicht nur eine geringe Zahl von frauenbetrieben fördern zu können.

Als Frauenbetriebe sollten daher alle Betriebe zählen, die ausschließlich Frauen gehören und in denen ausschließlich Frauen arbeiten.

Als Förderung wären denkbar:
- eingehende Beratung
- Hilfen bei der Besicherung
- zinsgünstige Finanzierung durch Förderkredite

Förderkredite sollten diejenigen Frauenbetriebe erhalten, die mindestens zwei Frauen gründen bzw. gegründet haben. Die Frauenbetriebe müssen nicht unbedingt nicht-hierarchisch sein, sie sollten jedoch hohe Ansprüche an den Umgang miteinander erfüllen. Etwaige Hierarchien sollten transparent sein. (Dies betrifft auch die informellen!) Dabei sollen nicht nur Absichtserklärungen abgelegt werden, sondern konkrete Arbeitsbereiche / Entscheidungswege/Gehälter bzw. Gewinnentnahmen offengelegt werden (bei Gründungen expost-Kontrolle). Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, daß informelle Hierarchien, die offiziell nicht existieren, Gewähr für hohe menschliche und wirtschaftliche Reibungsverluste bieten.

Die Produkte oder Dienstleistungen dürfen weder umweltschädlich noch frauenfeindlich sein. Insbesondere sollten Frauenbetriebe in nicht-traditionellen Praxisfeldern Förderkredite erhalten. Diese Kriterien müssen in Diskussionen mit den Fachfrauen, die in den letzten Jahren Frauenbetriebe beraten oder unterstützt haben, noch genauer präzisiert werden.

Um Förderkredite geben zu können, will die Ökobank verschiedene Fonds, darunter einen allgemeinen Frauenfonds auflegen, die einen geringeren als den marktüblichen Zinssatz haben sollen. Außerdem sollen für konkrete Betriebe eigene Frauensparbriefe ausgegeben werden. Der Zinsverzicht der Anlegerinnen und Anleger wird besonders zinsgünstige Kredite ermöglichen. Wir nehmen an, daß es genügend Menschen gibt, die eine geringere Verzinsung in Kauf nehmen, um eine Frauenförderpolitik zu ermöglichen.

Damit ist jedoch all jenen Frauenbetrieben nicht geholfen, bei denen durch zu geringes Eigenkapital bzw. durch mangelnde Sicherheiten die Kreditwürdigkeitsprüfung nicht positiv ausfallen könnte. Erforderlich sind daher ebenfalls die Vermittlung von Bürgschaften oder der Aufbau von Leihgemeinschaften.

Eine derartige Frauenförderpolitik ist nicht denkbar ohne ein einsprechendes Umfeld der Ökobank: ein regionales Engagement, Netzwerke und Initiativen, die Frauenbetriebe gezielt beraten, vorschlagen oder sich um Bürgschaften bemühen.

Frauenförderung durch die Ökobank setzt auch voraus, daß nach einigen Monaten Bestandsaufnahme gemacht wird, um nachzuprüfen, wieviele Frauenbetriebe aus welchen Gründen abgelehnt worden sind, um eventuell den Kriterienkatalog entsprechend ändern zu können. (Dies wäre sicherlich in einer Form möglich, die den Datenschutz nicht tangiert, trotzdem jedoch nicht beliebigen Ausreden Tür und Tor öffnet.)

Für die Förderung von Frauenbetrieben durch die Ökobank ist es jedoch zweifellos auch wichtig, die Arbeitsstellen in der Ökobank und in den Gremien der Ökobank mit Frauen und mit Männern zu besetzen, die Frauenförderung nicht nur dulden, sondern aktiv gestalten und umsetzen wollen.

Umweltschutz in der Ökobank

Eine Aufgabe!?

Jörg Weber

Als Ökobank würde es uns schlecht anstehen, wenn wir den Aspekt des Umweltschutzes im Betriebsablauf weniger stark beachten würden, als dies schon einige fortschrittliche Unternehmen in der Bundesrepublik tun.

Das Bewußtsein für die Erhaltung natürlicher Ressourcen muß so zu einem Bestandteil der Ökobank werden, wie der Baum ein Bestandteil des Waldes ist. Fehler wie das Versenden der letzten „Ö-Korrespondenz" in einer Plastikfolie, wenn auch aus Polyäthylen, dürften uns nicht passieren und sind auch nicht zu entschuldigen. Trotzdem kann ein solches Mißgeschick vorkommen und ist auch in Zukunft niemals ausgeschlossen. Obwohl wir uns bemühen, möglichst ökologisch zu wirtschaften, muß man immer bedenken, daß auch wir auf diesem Gebiet noch Anfänger sind und sich ein ökologisches Betriebsbewußtsein erst noch ausbilden muß.

Um eine „umweltorientierte Unternehmensführung" aufzubauen, wurde aus unseren Reihen jetzt erst einmal ein „ökologischer Betriebsbeauftragter" benannt. Dieser hat sich um ökologische Belange im Betrieb zu kümmern und das Bewußtsein aller MitarbeiterInnen auf dem Gebiet der Ökologie zu schärfen, denn jede/r einzelne MitarbeiterIn ist ein Teil des gesamten „Betriebsorganismus". Doch was sollen konkret die Aufgaben des „ökologischen Betriebsbeauftragten" sein?

Er soll bei betrieblichen Umstellungsmaßnahmen auf umweltfreundliche Produkte mitarbeiten. Im Rahmen einer umweltgerechten Materialbeschaffung soll er neue Produkte und Entwicklungen beobachten, sie im Plenum vorstellen und gemeinsam mit den anderen MitarbeiterInnen über die Einführung beschließen. Eine weitere Aufgabe könnte sein, daß sich der „ökologische Betriebsbeauftragte" über Fortbildungsveranstaltungen informiert, diese besucht, bzw. ReferentInnen in die Ökobank einlädt, um auch den anderen MitarbeiterInnen und interessierten KundInnen Gelegenheit zu geben, sich in diesem Bereich weiterzubilden.

Auch auf technischem Gebiet und im Bereich der Arbeitsmittel und der Arbeitsplätze muß der Ökologiebeauftragte Stellung nehmen und Einwände geltend machen. Speziell gilt dies auch für den großen Bereich der EDV-Hardware. Hier hat er mit darauf zu achten, daß Bildschirme eine ausreichende Leuchtdichte, Flimmerfreiheit, Entspiegelung, guten Kontrast sowie weitgehende Verstellmöglichkeiten haben.

Eine meines Erachtens auch wichtige Aufgabe gerade jetzt zu Beginn unserer Arbeit ist es, darauf zu achten, daß umweltfreundliche Ausstattungen im Bürobereich, insbesondere Ordnungs- und Ordnungshilfsmittel aus natürlichen Werkstoffen, beschafft werden, z.B. Hefter und Mappen aus Pappe, Briefbögen aus Umweltschutzpapier usw...

Problematisch könnte es bei der Beschaffung von Scheckkartenhüllen werden. Diese Hüllen müssen eine bestimmte Stärke haben, um die Scheckkarte auch wirklich zu schützen. Überlicherweie sind sie deshalb aus Hartplastik (wohl PVC). Da wir jedoch nur in wirklichen Ausnahmefällen auf diese herkömmlichen Materialien zurückgreifen wollen, erkunden wir gerade die Möglichkeit, den Werkstoff Polypropylen zu verwenden. Polypropylen ist wie auch Polyäthylen ein Kunststoff, der gegenüber PVC sowohl bei der Erzeugung und Verarbeitung als auch bei der Entsorgung weniger gesundheitsschädlich und wesentlich umweltfreundlicher ist.

Wenn dies vielleicht ein schlechter Kompromiß zu sein scheint, so bleibt uns doch manchmal nichts anderes übrig, denn erst wenn noch mehr Unternehmen umweltfreundliche Büromaterialien fordern, werden die Hersteller auf umweltfreundliche Produkte umstellen. Auch bei der Renovierung und beim Ausbau bemühen wir uns, umweltfreundliche Materialien zu verwenden. So bestehen z.B. die Trennwände und Ausbauten aus Holz und Glas, im vorderen Bereich wird es einen Holzfußboden geben, und im hinteren ist der Boden mit Platten aus Naturkautschuk ausgelegt. So versuchen wir auch auf diesem Gebiet, dem Umweltschutz Rechnung zu tragen.

Und die Einlagensicherung?

Auch ein neuer Umgang mit Geld muß sicher sein

Torsten Martin

Die Ökobank wird den Geschäftsbetrieb ohne die Mitgliedschaft in der Einlagensicherung des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn (BVR) aufnehmen. Der am 3.11.1987 gestellte Aufnahmeantrag von der Ökobank ruht. Aus diesem Grunde hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin (BAK) die Bankerlaubnis zwar erteilt, allerdings mit der Auflage versehen, daß die Ökobank alle Anleger und AnlegerInnen ausdrücklich auf die Nichtmitgliedschaft hinweisen muß. Was bedeutet dies für die Ökobank? Welche Überlegungen hat die Ökobank angestellt, um die Sicherheit der Einlagen auch ohne Mitgliedschaft in der Einlagensicherung zu gewährleisten?

Umfangreiche Selbstbeschränkungen

Die Ökobank hat im Geschäftskonzept eine ganze Reihe von Risikobegrenzungen verbindlich festgelegt, die weit über die im Kreditwesengesetz (KWG) genannten Begrenzungen hinausgehen. Die Obergrenze für Einzelkredite beträgt 750.000,-- DM. Möglich wären nach dem KWG etwa 4.000.000,-- DM. Die Obergrenze für überregionale Kredite liegt bei 200.000,-- DM. Überregionale Begrenzungen kennt das KWG nicht.

Darüberhinaus gibt es weitere Regelungen für die Anlagenpolitik der Ökobank. So sind mindestens 10% des Bilanzvolumens im genossenschaftlichen Bankbereich anzulegen. Der Rest der Mittel, die nicht im Kreditgeschäft angelegt werden können, ist in festverzinslichen Wertpapieren zu investieren, deren Verwendung im Sinne der Satzung der Ökobank ist.

Politik des hohen Eigenkapitals

Die Ökobank wird entsprechend der geplanten Bilanzsumme am Jahresende ein Eigenkapital in Höhe von 25 - 30% der Bilanzsumme haben. Im Durchschnitt haben Kreditinstitute ein Eigenkapital von 3-5% der Bilanzsumme (mit Haftsummenzuschlag bei Genossenschaftsbanken maximal 6-8%). Dem Eigenkapital kommt eine ganz wesentliche Haftungsfunktion zu. Aufgrund des hohen Eigenkapitalanteils der Ökobank wird daher ein großer Teil des Kreditgeschäftes durch haftendes Eigenkapital abgesichert. Hierin liegt ein ganz wesentlicher Einlagenschutz. Es ist daher auch ganz wichtig, im Laufe des Jahres weiteres Eigenkapital (Genossenschaftskapital) zu werben.

Einlagensicherung nur sekundäre Maßnahme

Grundsätzlich kann der Schutz der Einlagen über die Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung immer nur eine sekundäre Maßnahme zur Einlagensicherung sein. Im Vordergrund muß immer eine solide und risikobewußte Geschäftspolitik jeder einzelnen Bank stehen. Fast alle Fällen haben die jeweiligen Einbankpleiten der letzten 20 Jahre gingen zurück auf eklatante Managementfehler oder kriminelle Machenschaften. In diesen lagensicherungen immer die Rückzahlung der Einlagen garantiert.

Verantwortliche Geschäftspolitik

Auch die Ökobank kann und wird keine überdurchschnittlichen Risiken eingehen. Alle Finanzierungen müssen bankwirtschaftlich vertretbar sein. Das heißt aber nicht, daß die Ökobank sich nur auf traditionellen Finanzierungswegen bewegen wird. Ganz im Gegenteil: Die Entwicklung und Suche nach neuen Formen der Geldanlage und der Finanzierung ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftspolitik. Dies hat aber nur dann eine Chance, wenn diese neuen Formen im Umgang mit Geld ebenso die Sicherheit der Einlagen vor Augen haben. Die neuen Finanzierungsformen wie Bürgschafts-, Leih- ud Tilgungsgemeinschaften gehen genau in diese Richtung. Fazit: Auch ohne die Mitgliedschaft in der Einlagensicherung des BVR wird die Ökobank gegenüber ihren EinlegerInnen ein Maximum an Einlagensicherheit gewährleisten. Neue Finanzierungs- und Anlageformen werden nur praktiziert, wenn dies risikopolitisch vertretbar ist. Jegliche Abänderungen der uns selbst auferlegten Begrenzungsregelungen werden nur nach Abstimmung mit dem BAK vorgenommen.

Zur Alternativen Ökonomie

(Hrsg.) Arno Huber/Rolf Schwendter
DIE ÖKOBANK
Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft?

Neuerscheinung

ISBN 3-923 126-47-6
148 Seiten
M 80 — DM 18,-

Noch bevor das alternative Geldinstitut gegen den Widerstand der Genossenschaftsbanken und Aufsichtsbehörden seinen Betrieb aufnehmen kann, hat es Geschichte.
Obwohl sich das Projekt auch in den eigenen Reihen viele Gegner geschaffen hat, läßt die Kontinuität und Intensität der Anstrengungen auf ein Gelingen der »eigenen Bank der Bewegung« hoffen. Immerhin sind die mindestens 6 Mio. DM gesammelt und ein dezentrales Netz von Finanzierungsinitiativen im Entstehen, das die Gegner eines »zentralistischen« Konzeptes in die Arbeit mit einbeziehen kann. Es geht um den Aufbau einer Infrastruktur für Finanzierung, Beratung und Unterstützung von Ansätzen ökologischen und selbstverwalteten Wirtschaftens. Die Ökobank ist ein Baustein hierfür.

AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

INTERVIEW

Was wäre die Ökobank ohne die Diskussion über die Ökobank?

Dieter Reincke (52 Jahre, Geschäftsführer des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank e.V., außerdem im Aufsichtsrat mit der Funktion eines Vorsitzenden) im Gespräch mit CONTRASTE

CONTRASTE: Was macht ihr für die alternative Kultur?

Die Ökobank selber ist ein Bestandteil alternativer Kultur, und inwieweit sie ein *lebendiger* Bestandteil dieser alternativen Kultur ist, wird sich zeigen. Es wird sich zeigen, inwieweit die linke Kulturszene mit dem Instrument Bank, das sie sich da geschaffen hat, so umgehen kann, daß es die Funktionen und die Aufgaben erfüllt, die wir uns alle erträumen.

Der „alternative Bankdirektor" oder zumindest Aufsichtsratsvorsitzende, trägt ja gar keine Turnschuhe. Dabei heißt es doch immer „die Turnschuhbanker" ...

Das ist eine andere Generation ...

Was ist denn alternativ an der alternativen Bank?

Erstmal würde ich sagen, daß die Ökobank die erste demokratische Bank in der BRD ist, es gibt sonst keine Bank, wo man hingehen kann und sagen kann, ich habe hier Geld, das möchte ich anlegen, ich möchte aber, daß sie mit dem Geld in dieser Richtung arbeiten. Und außerdem möchte ich auch noch die Konditionen mitbestimmen unter denen mein Geld ausgeliehen wird. Daher lege ich fest, wieviel Zinsen ich haben will und beeinflusse damit die Zinsen für Darlehen, die aus diesem Fonds gegeben werden.

Ein Bauernhof in der Oberpfalz hat sich z.B. an euch gewandt, der biodynamische Landwirtschaft betreibt und auch psychisch kranke Menschen betreut. Ihr habt geantwortet, ihr könnt bald Kredite vergeben und der Zinssatz und die Modalitäten werden über „marktübliche Konditionen" laufen. Was heißt das?

Eben über marktübliche Konditionen, ich meine, unter den wirklichen marktüblichen Konditionen, so wie sie normalerweise die Kredite bezahlen müssen, bei einer anderen Bank. Später soll es einen Fonds geben, aus dem Darlehen speziell für solche Bereiche zinsgünstiger vergeben werden können, weil die Einleger in diesen Fonds auf einen Teil ihrer Zinsen verzichten, bzw. nicht die vollen Höhe der Zinsen beansprucht haben.

Wie sammelt sich dieser Fonds an?

Über Sparbriefe, wir sind dabei, Sparbriefe zu entwickeln. Und wenn ich sage „wir", dann meine ich eben nicht die Bank, sondern dann meine ich eben diese kulturelle Szene, in der diese Bank eingebettet sein muß, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen will. Die ist dabei, solche Sparbriefe zu entwickeln. Es hat sich hier, in Frankfurt, ein Beirat aus diesen ganzen Projekten, aus der Kulturszene und aus der Arbeitsszene, zusammengesetzt. Aus deren Reihen kam z.B. der Vorschlag, einen Psychiatrie- oder „Irrensparbrief", wie sie ihn genannt haben, zu kreieren. Dieser Beirat sitzt zur Zeit dabei und arbeitet die näheren Vorstellungen aus. Aufgabe der Bank wird es dann sein, diese Vorstellungen in banktechnisches Know-How umzusetzen. Also das läuft, und wenn dieser Fonds aufgelegt ist, und diese ganzen alternativen Psychiatrie-Projekte machen da z.B. Werbung mit, dann wird man sehen. Dann können wir, aus diesem Fonds, zinsgünstige Kredite vergeben. Ich hoffe, daß es so läuft.

Grundlage ist aber doch, daß ihr diese Projekte auch politisch bewertet. Wie wollt ihr dann z.B. einem Projekt in Buxtehude in die Bude schauen?

Also, die Grundlage ist, daß die Bank auf keinen Fall die Projekte politisch bewertet, sondern Grundlage ist, daß die „kulturelle Szene", nennen wir sie mal so, in den Regionen, aus denen die Anfrage kommt, dieses Projekt bewertet. Die Ökobank wird immer ein pluralistisches Instrument sein, oder ein Instrument einer pluralistischen Szene und deswegen kann sie niemals den Anspruch erheben, daß sie politische Entscheidungen trifft, oder Urteile fällt, sondern das muß die kulturelle Szene vorort machen.

In eurem Antwortbrief an das besagte Projekt heißt es auch, ihr fördert „Firmen, Einzelpersonen und Projekte". Wie trefft ihr dann eine Auswahl?

Es gibt ja erst mal ein Grobraster, nach dem diese Bank grundsätzlich arbeitet. Das besagt, daß sie geschaffen worden ist, um in einem ökologischen oder selbstverwalteten Bereich tätig zu werden. Wenn jetzt also eine normale Firma einen Kredit beantragt, dann geht es erstmal nach den üblichen Kriterien, d.h. nach denen marktüblich Darlehen vergeben und Zinsen erhoben werden. Wenn jetzt ein Projekt ankommt und sagt, also wir möchten gern einen Förderkredit haben, dann greift dieses anderer Moment - daß man sagt o.k., da müßte jetzt die Szene, in der dieses Projekt eingebettet ist, ihr Urteil abgeben. Ob das tatsächlich so ein Bestandteil dieser kulturellen Szene ist, daß es einen Förderkredit kriegen soll, das kann die Bank nicht beurteilen.

Das heißt, normale Kredite an Normalos, und Förderkredite an alternative Projekte?

Normale Kredite an normale Betriebe, wenn sie den Kriterien der Bank entsprechen. Wie heißt es doch so schön, „wenn sie dem Satzungsziel der Bank nicht widersprechen", dann können normale Firmen oder Projekte zu normalen Bedingungen Kredite bekommen, das heißt, sie müssen dann auch normal abgesichert sein.

Und wie steht's dann mit den Frauen in den Firmen, wenn sie z.B. weniger verdienen als Männer, unterstützt ihr die Firmen dann trotzdem?

Der Frankfurter Beirat hat gestern Abend eine weitere Frau für den Aufsichtsrat vorgeschlagen, es ist die dritte Frau im Aufsichtsrat der Ökobank. Von ihnen wird erwartet, daß sie ihre spezifischen Erfahrungen in die Gestaltung der Bankpraxis einbringen. Dieser Beirat hat sich auch für einen Frauensparbrief ausgesprochen. Die Bank wird also einen Sparbrief auflegen, der speziell für Frauenprojekte gedacht ist - was natürlich nicht heißt, daß alle anderen Sparbriefe Männersparbriefe sind. Diese Fonds stehen den Frauen ebenso offen wie jedem anderen Projekt.

Gelder in Süd-Afrika oder die Rüstungsmillionen waren ja auch ein Ausgangspunkt dieser ganzen Bewegung, deren Ausfluß jetzt die Gründung der Ökobank ist. Wie kann sich da die Ökobank aus der IWF-Kampagne vollkommen raushalten? Ist es nicht so, daß jetzt hier ein neuer Ansatzpunkt gegeben ist, die Leute davon zu überzeugen, ihr Geld auch alternativen Zwecken zukommen zu lassen?

Es kann ganz sicher nicht die Aufgabe der Ökobank sein, Politik zu betreiben. Politik betreibt die Szene, die sich die Ökobank zum Instrument ihres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens gemacht hat. Der Wunsch, meinem Leben einen adäquaten kulturellen Ausdruck zu geben, das ist für mich der Kern jeder Politik, zumindest der, die ich ernst nehmen kann. Und zu diesem kulturellen Ausdruck gehört für mich die Art, wie ich arbeite, wie ich anderen Menschen begegne, wie ich mit ihnen kommuniziere, welche Tauschbeziehungen ich mit ihnen eingehe, wie ich liebe und und und ... Die Bank selber hat nur eines zu sein, ein erstklassiges professionelles Instrument.

Ich meine ja auch weniger die Bank als „Subjekt" einer Politik, was sie ja wohl auch immerhin bis jetzt auch schon war. Was wäre die Ökobank ohne die Diskussion um die Ökobank?

Die Diskussion über die Ökobank haben Leute betrieben, die die Ökobank gegründet haben. Nicht die Bank selber ... Also wir haben hier nicht gesagt, wir haben einen Bankvorstand und dieser Bankvorstand ist das politische Subjekt mit dem wir über die Ökobank diskutieren, sondern wir haben darüber diskutiert, ob es vernünftig oder unvernünftig ist, eine Bank zu gründen. Brauchen wir überhaupt eine Bank, oder sollen wir gleich das Geld abschaffen. Das Ergebnis dieser Diskussion war, daß es die Ökobank gibt. Aber die Ökobank selber ... Ich fände das schrecklich, wenn die jetzt anfangen würde, über die Funktion, die sie als Bank hat, Politik zu betreiben. Da wäre ich einer der ersten, der eine Bombe reinschmeißen würde.

Das Interview führten Ilona Volz und Kurt Regenauer

ÖKOBANK – VEREINSNACHRICHTEN

Quo vadis Ökobank - Verein?

Der Bonner Delegierte spricht sich für ein Fortbestehen der Ökobank aus. Der neue Name muß den erweiterten drei Schwerpunkten gerecht werden.

Winfried Damm, Bonn

Morgendämmerung setzt ein - nach 4 Jahren Arbeit wird die Bank endlich am 2.5.88 eröffnet. Ein Gedanke, ein Traum wird wahr. Ein wichtiges Ziel ist erreicht. Jetzt muß es darum gehen, die Ökobank zu benutzen, um eine andere Wirtschaft (von unten) zu fördern, entwickeln und entstehen zu lassen. Ökonomische Möglichkeiten sind durch die Bank z.T. geschaffen worden - sie müssen „nur noch" politisch ausgefüllt und umgesetzt werden.

Die sieben (oder mehr) Ökobankler werden von dem normalen Bankbetrieb in Frankfurt vollständig aufgesogen werden. Von außen muß die Bank kritisch begleitet sein - nicht nur zur Unterstützung der Regionen, der Regionalfirmen, der Kontrolle der Hauptstelle, sondern gerade auch zur Entwicklung neuer Ansätze, neuer Ideen und neuer Produkte. Dies kann nur dem alten Verein "Freunde und Förderer der Ökobank e.V." mit seinen weit über 2.000 Mitgliedern gelingen. Eine Ökobank ohne theoretische Fortentwicklung und externer Kontrolle wird über kurz oder lang ein normales Bankinstitut werden.

Die Aufgaben des neuen alten Vereins sind dreierlei:

1. **Kontrolle der Bank durch die politische Schwerpunktsetzung und Entscheidung über die Geschäfts- und damit Wirtschaftspolitik vor Ort.**
2. **Vernetzung und Förderung von Theorie- und Konzeptionsarbeit in z.B. folgenden Arbeitsfeldern:**
   - a) **Der Entstehung, Steuerung und Auswirkung von Geld und Zins**
   - b) **Der Bedeutung, Steuerung, Lenkung, Beeinflußung und Verhaltensmöglichkeit von Banken**
   - c) **Der Förderung und Entwicklung regionaler und dezentraler Wirtschaftsstrukturen**
   - d) **Der Vernetzung von Ökologie und Ökonomie**
   - e) **Der Entstehung, Analyse, Entwicklungs(-möglichkeiten) und Verhalten der Selbstverwaltungswirtschaft und einzelner selbstverwalteter Projekte**
   - f) **Möglichkeiten der Finanzierung von Projekten und Betrieben.**

Es soll kein konkurrierendes Forschungsinstitut aufgebaut werden, sondern der Informationsfluß zwischen den Elfenbeintürmen der Forschung, den interessierten Personen/Gruppen und der Öffentlichkeit dramatisch verbessert werden.

Notwendige Wirtschafts(theorie)diskussionen finden nur noch in wenigen Gruppen statt - alternative Ansätze tun große Not.

3) **Wahrnehmung der Bankziele auf europäischer Ebene. Zunehmend bedeutendere Entscheidungen werden in Brüssel gemacht oder blockiert.**

Eine Geschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer und einem funktionsfähigen etwa dreiköpfigen Sprecherrat haben viel zu tun, um der ökonomischen Möglichkeit die politische Realität zu ermöglichen.

Für Kollektive, Teams, selbstverwaltete Betriebe:
KOMMUNIKATIVE BRUCHLANDUNG – PLEITE IM BETRIEB?
Finanzielle und betriebswirtschaftliche Probleme fördern Psycho-Streß im Betrieb, Kommunikationsstörungen in der Gruppe blockieren die Arbeit. Oft schaukelt sich beides gegenseitig auf, bis nichts mehr geht. Um den Teufelskreis zu durchbrechen, müssen beide Problemfelder gleichzeitig bearbeitet werden. Wir tun das.
Broschüre bestellen oder anrufen:
»Organisation und Feeling«
Supervision, Betriebsberatung
D. Bruchschmidt (Dipl. HdL)
G. Beck (Dipl. Supervisor)
Wolfsgangstr. 84, 6 Ffm. 1
Tel. 0 69 - 59 37 91

ÖKOBANK – VEREINSNACHRICHTEN

Protokoll der letzten Mitgliederversammlung

1. Der Vorstand stellt die ordnungsgemäße Einladung fest und läßt eine Teilnehmerliste erstellen. Zu Versammlungs- und Diskussionsleitern werden Norbert Ortlieb und Michael Berger gewählt. Nachdem längere Zeit niemand bereit ist, das Protokoll zu führen, erklärt Michael Berger, ein Ergebnisprotokoll zu erstellen.
2. In Abänderung der verschickten Tagesordnung wird die Tagesordnung einstimmig wie folgt festgelegt:

- Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Aussprache
- Finanzbericht und Aussprache
- Wahl des Revisors
- Festlegung des Termins und der Vorgehensweise der nächsten MV
- Zukunft des Vereins

TOP 1
Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes (Redaktion Andrea Goymann) wird verlesen und mit Beifall aufgenommen. Anschließend werden Fragen gestellt und beantwortet. Die fehlende Würdigung der Regionalgruppen und die fehlende Schilderung der Rückzugsgründe einiger Vorstandsmitglieder werden bemängelt.

Jens Reuter (Hamburg) wünscht auf der nächsten MV Beantwortung der Frage nach der Praxis der Adressenweitergabe des Büros an die Regionalgruppen.

TOP 2
Der Finanzbericht von Helmut Richter wird vorgetragen und erläutert. Durch den Revisor sollen auf der nächsten MV folgende Fragen schriftlich erläutert werden:

- Verbindlichkeiten
- Beratungskosten
- Buchführung und Bilanz
- Treugeldverwaltung
- Wurde sparsam gewirtschaftet?

Nach ausführlicher Debatte um die Kosten von CONTRASTE in Höhe von 48.000,- DM beschloss die Versammlung, diese Kosten je hälftig auf die Landesverbände und den Bundesverein aufzuteilen (29:13:4)

TOP 3
Nach kurzer Debatte beschloss die Versammlung, es bei dem satzungsgemäß vorgesehenen einen Revisor zu belassen, und nicht mehrere Revisoren zu wählen. (35:8:3)
Als Revisoren wurden vorgeschlagen:
Leonard Rupprecht
Bernd Steyer
Bäbel Dirks
Michael Wunsch
Nach Vorstellung von Leonard Rupprecht wurde er bei fünf Enthaltungen einstimmig gewählt und nahm die Wahl an.

TOP 4
Die Tischvorlage Punkt 2 a-d Andrea Goymann wird besprochen und beschlossen, die nächste MV spätestens am 25.06.1988 oder, wenn wichtige Gründe dagegen sprechen, am 24.09.1988 abzuhalten. (einstimmig)

TOP 5
Die versandten Unterlagen (M. Berger, Winfried Damm) und Tischvorlagen VCD, Baden-Württemberg werden ausführlich debattiert.

Die MV fasste folgende Beschlüsse:

Es bildet sich eine Kommission, die unter Berücksichtigung der vorgelegten Papiere und weiterer Vorschläge aus den Regionen einen Satzungsentwurf für die nächste MV erarbeiten soll. Die Kommission soll am 20.03.1988 erstmals zusammentreten. (13:12:8, nach Wiederholung der Abstimmung 18:15:0)

In die Kommission meldeten sich mit Zustimmung der Versammlung: A. Goymann, K.H. Brendgen, J. Kemmler, W. Neumann, Michael Hilt, J. Mende, H. Richter, M. Berger.

Der Antrag, die Satzung solle auf jeden Fall so gestaltet werden, daß die Gemeinnützigkeit des Vereins gewährleistet sei, wird mit 9:19:5 Stimmen abgelehnt.

Die Tischvorlage Baden-Württemberg soll im Satzungsentwurf mit Ausnahme des Delegiertenschlüssels berücksichtigt werden (14:6:8)

Weitere Beschlüsse fasste die Versammlung nicht.

Vorstandsbericht für die Mitgliederversammlung

Dem Verein und damit insbesondere seinem Vorstand waren durch vorangegangene Mitgliederversammlungen folgende Aufgaben gestellt:
- alle erforderlichen Vorbereitungen zur Gründung einer Genossenschaftsbank zu treffen
- dabei eine Konzeption mit alternativer Programmatik und dezentralen Strukturen zu entwickeln
- gleichzeitig eine Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen im Verein zu bewirken und diesen - mit einem neuen Namen versehen über die Bankgründung hinaus arbeitsfähig zu machen.

Es läßt sich kaum sagen, welche der drei Aufgaben die schwierigste war und ist. Vielfach bedingten sie sich gegenseitig in einem zähen Prozeß des Herausfindens sachlicher Erfordernisse, Vermittlung derselben an gutwillige, kritische, unerfahrenere Aktive, die, wenn von ihnen aus demokratischen Gründen eine Entscheidung gefordert wurde, kaum anders konnten, als sich noch Bedenkzeit auszubitten, aber auch wenig Verständnis dafür aufbrachten, wenn erläutert wurde, daß dies einmal nicht mehr möglich sei.

Vorgenossenschaft

Die zunächst überstürzt wirkende Gründung der Vorgenossenschaft Ende 1985 hat sich m.E. als richtig erwiesen. Erstens konnten wir einzelnen Gesprächen entnehmen, daß die personelle Zusammensetzung mit Hinzuziehung von Personen mit Schirmherrschaftsfunktion tatsächlich bei einigen Menschen mehr (oder zumindest früher) das erforderliche Vertrauen geweckt hat. Zum zweiten war endlich etwas real vorhanden. Die Diskussionsprozesse konnten konkreter werden. Die Arbeit am Bankaufbau ging von da an sehr zügig voran. Leider konzentrierte sie sich auch mehr oder weniger darauf. Von Vorträgen und Aktionen, die die Notwendigkeit ökologischen und friedensfähigen Wirtschaftens begründeten, konnte kaum die Rede sein. Es ging um Mitbestimmung der Bankkonzeption.

Nach Gründung der Vorgenossenschaft wurde also ein Seminar angesetzt, das alle bis dahin eingegangenen Anträge zur Änderung der zunächst undiskutiert verabschiedeten Vorgenossenschaftssatzung behandelte. Dabei wurden u.a. einige Rechte der Mitglieder erweitert (in Bezug auf die Mitgestaltung der Vertreterversammlung), die besonderè Förderung auch des Genossenschaftswesens (zwar knapp aber explizit) aufgenommen und die Sollbestimmung der paritätischen Besetzung der Gremien mit Männern und Frauen bestätigt.

Prüfungsverband

Es ist dem genossenschaftlichen Prüfungsverband kaum zu verübeln, daß er in seinem zweiten, positiven Gründungsgutachten suffisant darauf hinwies, daß diese Soll- Bestimmung bei der derzeitigen Besetzung des Aufsichtsrates mit nur einer Frau (eine zweite ist regelmäßig zu Gast) wohl nicht erfüllt ist.

Was aber wirklich Furore machte, war das erste, ablehnende Gründungsgutachten des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes. Hierin lehnte er gemäß Kreditwesengesetz jede direkt festgeschriebene Beeinflussung des Bankvorstandes durch Dritte, nämlich den Förderverein und seine vor Ort aktiven Förderbeiräte ab. Eigentlich hatten wir diese Entscheidung des Prüfungsverbandes von Anfang an erwartet. Wir wollten es trotzdem versuchen und bekamen die Quittung.

Die Aufregung darüber unter den Delegierten der Landesverbände legte sich erst wieder, als eine neue Perspektive ganz anders gearteter Kooperation ins Gespräch kam: Die Gründung regionaler Firmen mit einem vielfältigen Leistungsangebot für die Ökobank, das diese gern als Geschäftspartnerin nutzen wird. Das Leistungsangebot selbst wird mit jeder Firma einzeln vereinbart, sei es nur Werbung oder auch Anlageberatung etc., was selbstverständlich auch von den Qualifikationen der dort arbeitenden Menschen abhängt. Entsprechende Firmen befinden sich derzeit im Aufbau.

Eine weitere Konsequenz aus dem ersten Gründungsgutachten drohte die Diskussion auf Delegiertensitzungen und die Geduld der Aktiven vor Ort zu sprengen: Der Prüfungsverband traute uns die ursprünglich von Anfang an bundesweit geplante Geschäftsaufnahme nicht zu. Zu fragen war hier auch, inwieweit eine starke Begrenzung des überregional zu vergebenden Kreditvolumens (10 % des Gesamtkreditvolumens) den TreugeberInnen zuzumuten war.

Nachträglich läßt sich sagen, daß der Prüfungsverband uns sicherlich keinen Gefallen getan hätte, hätte er das ursprüngliche Konzept mit dem dafür vorgesehenen Personal- und Finanzaufwand durchgehen lassen. Die starke Begrenzung des überregional zu vergebenden Kreditvolumens und auch der Kreditobergrenzen wird unserem eigenen Interesse, gesicherte Bankgeschäfte zu betreiben, entgegenkommen. (Das gilt insbesondere jetzt, wo wir hoffen, die Bankzulassung bis April zu bekommen, auch wenn der BVR noch nicht über unsere Aufnahme in seinen Sicherungsfond entschieden hat.)

Inzwischen war die Verlängerung des Treuhandvertrages erforderlich geworden. Die hohe Rücklaufquote mit Verlängerungszustimmung (über 90 %) war ein ermutigendes Zeichen, daß die TreugeberInnen engagiert und solidarisch hinter der Initiative stehen.

Nach der Verlängerung des Treuhandvertrages ging es sehr zügig und mit verstärktem professionellen Einsatz darum, das Geschäftskonzept umzuarbeiten und zu vervollständigen.

Die Gründungssatzung vom 18.12.1985 wurde am 29.04.87 von einer außerordentlichen Generalversammlung noch einmal geändert. Sie wurde einerseits einer Mustersatzung für Kreditgenossenschaften entprechend geändert, zum anderen wurden die Anregungen des o.g. Vereinsseminars berücksichtigt. Allerdings wurde z.B. auch die Zahl der für die VertreterInnenversammlung zu wählenden VertreterInnen um die Hälfte reduziert. Dies geschah wohl, weil man einerseits personelle Knappheit befürchtete und zum anderen sicher auch eine gewisse Trägheit zu großer Versammlungen.

Aber eine weitere Anmerkung im zweiten Gründungsgutachten galt dann auch der Anzahl der zu wählenden VertreterInnen: sie schien dem Prüfungsverband sehr gering, da man leicht unter die erforderliche Zahl von 50 rutschen könne. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Prüfungsverband dabei von gut 10.000 GenossInnen ausgeht, während wir zum Stichtag mit 14.000 gerechnet haben. Aber leider wurde dieses zweite Gutachten schon nicht mehr diskutiert, jedenfalls nicht vom Vorstand des Vereins oder anderen auf Bundesebene Aktiven. Wenn wir uns schon so auf die Bank konzentrieren mußten, hätten wir das wenigstens tun sollen.

Bei der weiteren Vervollständigung des Geschäftskonzeptes wurde die Verabschiedung einer Wahlordnung für die VertreterInnenversammlung intensiv diskutiert: Aus den Erfahrungen mit dem ersten Gutachten des Prüfungsverbandes heraus, war man schließlich zum einfachsten Verfahren bereit: den GenossInnen werden eine oder mehrere vollständige Listen von VertreterInnen und Ersatzvertreter-Innen zur Abstimmung vorgelegt. Der Wahlausschuß, dessen personelle Besetzung im übrigen ausnahmsweise völlig unkompliziert verlief - wird für ein ordentliches Verfahren zum Zustandekommen der Einheits-Liste Sorge tragen. (z.B. Aufruf in Ökorrespondenz zur Kandidatur etc.)

Aufsichtsrat

Viel Trubel löste dann noch einmal die inzwischen erforderlich gewordene Ergänzung des Aufsichtsrates aus: Politiker wie Wolfgang Roth und Jo Müller wurden von etlichen Aktiven halt so hingenommen. Ich selbst stand der Hereinnahme von soviel Polit-Prominenz zunächst auch sehr skeptisch gegenüber, obwohl ich sie unterstützt habe. Nachträglich muß ich aber zugestehen, daß es tatsächlich sinnvoll war, insbesondere aufgrund ihrer Erfahrungen im Umgang mit Verhandlungssystemen zwischen Verbänden, also genau das, was wir brauchten.

Als es dann aber auch noch darum ging, einen kompetenten Menschen aus dem Kreis der christlichen Arbeitnehmerschaft wie den Berliner Sozialsenator Fink in den Aufsichtsrat zu bitten, war jegliche Toleranz vorbei. Bereits auf der Vorgenossenschaftssitzung, die die Wahlordnung verabschiedete, wurde gefragt, was davon zu halten sei, wenn wir die zweifellos im Treugeberspektrum vorhandene Gruppe auch in Gremien wie dem Aufsichtsrat einbeziehen würden: keine Reaktion bis verhaltene Ablehnung. Auch der Vereinsvorstand konnte sich zu keiner Stellungnahme durchringen, obwohl die Frage mehrfach auf der Tagesordnung stand. Die Delegierten beschäftigten sich auf mehreren Sitzungen damit und kamen schließlich zu dem Ergebnis, daß sogenannte Wertkonservative, auch wenn sie einer entsprechenden Partei in herausragender Position angehören, in Gremien der Ökobank willkommen seien, nur nicht Herr Fink. Warum? Weil der Berliner Landesverband des ökobankvereins für diesen Fall mit seinem Austritt gedroht hat. Als Grund wurde die kritikwürdige Politik von Herrn Fink insgesamt angeführt. Die Idee, daß ein Gremium, in dem man andere Ziele gemeinsam verfolgt, als quasi-neutraler Boden am besten geeignet sein könnte, politisch unterschiedliche Vorstellungen mal am Rande zu diskutieren, wobei ja durchaus beide Seiten ihre Meinungen ändern könnten, blieb unbeantwortet.

Eine grundlegende Demokratisierung der Arbeits- und Entscheidungsstrukturen im Verein erfolgte dahingehend, daß alle Delegierten der Bundesländer regelmäßig über den aktuellen Stand und anstehende Entscheidungen informiert wurden (u.a. durch Protokolle der Vorstandssitzungen). Wichtige Entscheidungen wurden nach Gründung der Vorgenossenschaft trotz aller zeitlichen und sonstigen Schwierigkeiten immer erst im Delegiertenrat auf die Tagesordnung gesetzt. Auch wenn es manchmal mühsam war, klarzumachen worum es ging und daß diese oder jene Entscheidung nicht vertagt werden konnte.

Öffentlichkeitsarbeit

Einer allzu freien Entfaltung des Vereinslebens mußte insbesondere an einer Stelle entgegengewirkt werden: Öffentlichkeitsarbeit. Nicht nur, daß alle örtlichen Gruppen einheitliche Werbemittel verwenden sollten, sie waren auch darauf angewiesen, Pressearbeit nur nach Rücksprache mit dem Büro vorzunehmen und selbst in der jedem Vereinsmitglied zugehenden Zeitung CONTRASTE war es unmöglich, die Gestaltung der Ökobank-Seite an Leute zu delegieren, die nicht täglich im Frankfurter Büro auf den neuesten Stand kamen. Solange die Bank mit dieser CONTRASTE-Seite identifiziert wurde, mußten Beiträge darauf überprüft werden, daß kein Prüfungsverband oder wer auch immer sie uns mit dem Hinweis auf irgendwelche Verstöße unter die Nase halten konnte. Dies kann nach Bankzulassung anders werden. Die Ökobank-Genossenschaft hat die ihr eindeutig zugeordnete Ökorrespondenz und kann sich ggf. von allem anderen distanzieren. Ein wie auch immer weitergeführter Verein kann der CONTRASTE-Seite eine neue Note geben.

Aufgrund eigener Schwierigkeiten des Vorstandes, die neuen Erfahrungen der Hauptamtlichen im Büro immer gleich nachvollziehen zu können, waren die Delegiertenratssitzungen eine zeitlang schlecht vorbereitet. Eine "Selbsthilfe-Initiative" von Delegierten, die eine Vorbereitungsgruppe einrichteten, konnte dies gut auffangen.

Über den relativ langen Zeitraum hinweg haben einige Vorstandsmitglieder ihre Mitarbeit sehr zurückgeschraubt. Die dadurch fehlende Arbeitskapazität wurde durch kontinuierlich mitarbeitende Gäste ausgeglichen.

Kaum noch der Rede wert erscheint es heute, 6 Mio DM unverzinsliches Treugeld zusammenzubekommen. Nachdem vor Ort etliche Flugblätter verteilt waren und die Idee der Ökobank immer konkreter in den Medien dargestellt werden konnte, kam das Geld wie von selbst. Vielleicht hat der Vorstand die Dringlichkeit dieser Frage zu Beginn überschätzt. Allerdings auch unter der Prämisse, daß wir den zunächst gesetzten Bankgründungstermin - April 1987 (?) - einhalten wollten. Vielleicht hätten einige DM für Werbung gespart werden können. Doch läßt sich nicht beurteilen, ob der eingetretene Zahlungsschub ohne die diversen Anzeigenkampagnen zu Beginn (noch vor der Zeit dieses Vorstandes, der sich schon mit einem neuen Erscheinungsbild der Bank in allen Veröffentlichungen befaßte) dann auch so eingetreten wäre.

Bankleitung

Erst nachdem die 6-Mio-Grenze in greifbare Nähe gerückt war, wurde die Bankleitersuche intensiviert. Nun schien dies das eigentliche Problem zu sein. Sieben von uns vorgeschlagene Bewerber lehnte das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ab, bis es endlich für drei die Zustimmung signalisierte, von denen einer sofort eingestellt wurde und der zweite zum 1. Januar 1988.

Konzepterstellung

Wie bereits gesagt: Die Konzepterstellung im Detail erfolgte von da an im Affenzahn. Ehrenamtlich war kaum noch mitzukommen, oder zumindest nicht mehr diskutierbar in breiterem Rahmen. So habe ich z.B. selbst auch ohne Rücksprache mit anderen Aktiven etliche Änderungs- und Streichungsvorschläge zu dem vorgesehenen Orientierungsrahmen für die Kreditvergabe gemacht, weil die inzwischen hauptamtlich speziell für die Bankgründung arbeitenden Leute mangels brauchbarer Vorlage und in der gebotenen Eile dabei etwas oberflächlich vorgegangen waren. Der weitere Ausbau dieses Orientierungsrahmens kann sinnvollerweise erst im Laufe der Erfahrungen im Bankalltag vorgenommen werden, anhand konkreter Anlässe. Darüberhinaus wäre es sinnvoll, wenn hierzu dann auch Meinungen und Positionen aus unabhängig von der Bank arbeitenden Gruppen und Organisationen zurate gezogen würden!

Darüberhinaus werden MitarbeiterInnen und Vorstand der Bank als Betrieb nur Erfolg haben, wenn sie sich dessen bewußt bleiben, daß sie nicht nur ein interessanter Betrieb, sondern auch DienstleisterInnen einer Genossenschaft sind. Insbesondere für die rasche Entwicklung in der Anfangsphase ist es erforderlich, jede neue Entscheidung (und ihre möglichen Folgen) verantwortungsbewußt auf ihren Zusammenhang mit dem bisherigen Diskussionsprozeß zu überprüfen. Dazu bedarf es zweifellos eines qualifizierten Aufsichtsrates. Aber auch eines Vereins, der völlig frei von Wettbewerbs- und anderen Arbeitsbedingungen der ÖkobankGenossenschaft vielfältige Kontakte unterhalten und Gespräche führen kann, Möglichkeiten und Bedingungen eines ökologischen und friedensfähigen Umgangs mit Kapital erforschen, darüber informieren und mit entsprechenden Stellungnahmen zum Nachdenken anregen kann.

Region

Durch die Gründung von Regionalgesellschaften sind alle Aufgaben wie Werbung etc., die sich direkt und ausschließlich auf die ÖkobankGenossenschaft beziehen, abgedeckt. Übrig bleiben für einen Verein Informationssammlung, Bildungs- und Überzeugungsarbeit für einen ökologischen und friedensfähig-emanzipatorischen Umgang mit Kapital, also Aufgaben, deren Erfüllung der ganzen Gesellschaft dienen und die sich im Grunde an alle in ihr Handelnden richten, nicht zuletzt auch an andere Banken. So ergibt sich jetzt auch - d.h. sobald die Bank zugelassen ist - die Chance, den Verein auf den gemeinnützigen Teil seiner Aufgaben zu beschränken und dafür die entsprechende Anerkennung zu beantragen.

Andrea Goymann

Einladung zur Mitgliederversammlung am 25.06.1988

(voraussichtlich in Frankfurt, von 10-20 Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Aktuelle Berichte
3. Bericht des Rechnungsprüfers und Aussprache
4. Entlastung des Vorstandes
5. Künftige Aufgaben und Ziele des Vereins
6. Satzungsänderungen
7. Vorstandswahlen
8. Wahl der Rechnungsprüfung
9. Verschiedenes

Diese Mitgliedsversammlung (MV) wird die ihr gestellten Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie von allen Beteiligten gut vorbereitet wird. Deshalb bitten wir alle interessierten Mitglieder:
1. Schickt Eure **Anträge** an die MV bis spätestens Mittwoch, den **25.05.88** an:
   Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
   Franziusstr. 44, 6000 Frankfurt/Main 1 und
2. Meldet Eure **Teilnahme** bis ebenfalls 25.05.88 bei der gleichen Adresse an.

So können allen TeilnehmerInnen die Unterlagen rechtzeitig zugehen, in den Regionalgruppen besprochen und ggf. noch Änderungsanträge eingereicht werden

Termine

Bonner Ökobank-Initiative
trifft sich am 11.04. und 25.04. jeweils um 20 Uhr in der Gaststätte „Gambrinus" (Kaiserstraße/Bonn-Südstadt)
Interessenten aus Bonn und Umgebung sind herzlich willkommen.
Informationen bis zur Einrichtung eines Büros auch (abends) bei:
Dieter Braecker
☎ (0228) 22 00 00
oder Winfried Damm
☎ (0228) 23 82 78

Freunde und Förderer der Ökobank Berlin e.V.

Einladung zur Mitgliedervollversammlung
am Dienstag, den 10.05.1988
um 20.00 Uhr
Ort: Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Versammlungsraum im 2. Stock
vorläufige Tagesordnung:
- Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Aussprache
- Finanzbericht und Aussprache
- Entlastung des Vorstandes
- Zukunft des Vereins
- Stand der Vernetzung mit Berliner Finanzierungsinitiativen
- Satzungsänderung
- Neuwahl des Vorstands
- Verschiedenes

Ökobank

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Zwischen Jargon und Vulgärsprache

Zum Prozeß des Feministischen Frauen - Gesundheits-Zentrums gegen die Deutsche Postreklame

Wir Frauen vom Feministischen Frauen-Gesundheits-Zentrum (FFGZ) Berlin-West hatten uns Anfang 1987 entschlossen, die von der Deutschen Postreklame angebotene Werbung auf der Rückseite von Fernmelderechnungsumschlägen u.a. für unsere „Kurse auch für Mädchen und Lesben" auszunutzen.

Da die Post keine Werbung machen könne, „deren Inhalt gegen die guten Sitten und den Anstand verstoße", könne unsere Anzeige nicht erscheinen. So die telefonische Mitteilung.

Die offizielle Begründung lautete, die Deutsche Postreklame mache nur Wirtschaftswerbung, und da wir kein Gewerbebetrieb seien, könne diese Anzeige nicht erscheinen.

Diese offenkundige Diskriminierung von Lesben wollten wir auf keinen Fall schweigend hinnehmen und klagten gegen die Deutsche Postreklame.

Unsere Klage wurde am 26.11.87 vom Amtsgericht Frankfurt/Main abgewiesen, und die Kosten des Verfahrens wurden uns auferlegt.

Die Richterin Hecker-Hafke am AG Frankfurt/M. lieferte folgende Entscheidungsgründe:

„Die Klage ist nicht begründet. Der Kläger hat gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Abdruck der Werbeanzeige, in der unter anderem Kurse für „Lesben" angeboten werden. Die Beklagte war gemäß Ziffer 2 ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt, nachdem ihr der Inhalt der vom Kläger gewünschten Veröffentlichung durch Übersendung der Druckvorlage zur Kenntnis gekommen war.

Der Text dieser Druckvorlage verstößt ganz speziell im vorliegenden Fall durch die Verwendung der an der Grenze zwischen Jargon- und Vulgärsprache angesiedelten saloppen Formulierung „Lesbe" gegen das in Artikel 2 des Grundgesetzes als Grundrecht deklarierte Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung derjenigen Frauen, die in ihrem erotischen Empfinden sich zu weiblichen Partnern (frau achte auf die Sprache, Anm. d. V.) hingezogen fühlen.

Die Zahl dieser Frauen ist nach durchaus ernstzunehmenden Schätzungen relativ hoch. Alfred C. Kinsey hat in seiner statistisch ausgewerteten Datensammlung „das sexuelle Verhalten der Frau" bereits 1953 ermittelt, daß etwa 13% der erwachsenen Frauen feste Beziehungen zu Frauen haben, und daß es bei weiteren 8-10% zu gelegentlichen derartigen Kontakten kommt. Zu einem fast gleichen Ergebnis (11% und 7%, in bestimmten Altersgruppen bis 24%) kommt die Amerikanerin Shere Hite, deren Report „Frauen und Liebe" 1988 bei Bertelsmann in München im Umfang von ca. 850 Seiten auch in deutscher Sprache erscheinen wird.

Dieser erhebliche Anteil erwachsener Frauen hat nach Artikel 2 des Grundgesetzes einen Anspruch auf entsprechende Achtung in der Öffentlichkeit. Dieses Grundrecht wird hier durch die Formulierung „Lesbe" verletzt:

Die „lesbische Liebe" mit der bislang üblichen Bezeichnung „Lesbierin" für eine Frau mit gleichgeschlechtlichen Empfindungen ist von der griechischen Insel Lesbos abgeleitet. Dort lebte um 600 v. Chr. die griechische Lyrikerin Sappho, deren Lieder und Götterhymnen ihr eigenes Denken und Fühlen für Mädchen zum Inhalt hatten. Die Formulierung „Lesbierin" hat mithin eine sehr ernstzunehmende und achtbare Herkunft. Selbstverständlich steht nichts im Wege, innerhalb bestimmter Schichten oder sozialer bzw. weltanschaulicher Gruppierungen eigene Varianten zur Bildung salopper Abkürzungen zu schaffen. Solche heute meist zweisilbige Abkürzungen werden alsdann in die Alltagssprache auch übernommen. (vgl. Meyers Grosses Taschenlexikon 1981, Band 21, Seite 19 zum Stichwort „sprachliche Vielfalt"). Auch in den betont auf die Verwendung der weniger anspruchsvollen Umgangssprache ausgerichteten Wochenzeitungen und Wochenillustrierten findet man derartige saloppe Abkürzungen, unter anderem auch die Formulierung „Lesbe".

Hier bleibt es jedoch der freien Entschließung jeder Frau überlassen, ob sie solche Zeitungen oder Zeitschriften käuflich erwerben und mit Wortformulierungen, durch welche sie sich in ihren Persönlichkeitsrechten beeinträchtigt fühlen könnte, konfrontiert werden will.

Völlig anders liegt aber der Fall, wenn die abwertende Saloppformulierung „Lesbe" durch eine Werbeanzeige auf 123.000 Fernmelderechnungsumschlägen den Fernsprechteilnehmern (!) zwangsläufig mit einer monatlichen Telefonrechnung übersandt wird. Nach dem Anteil der gleichgeschlechtlich empfindenden Frauen sehen sich dann hunderte von Frauen in ihrem als durchaus ethisch empfundenen sexuellen Verhalten durch eine als anzüglich oder als ironisierend empfundene Formulierung herabgewürdigt.

Diese Frauen können sich gegen die Übersendung des als kränkend empfundenen Briefumschlages auch nicht wehren, da sie als Telefonkunden (!) keinen Einfluß auf die Gestaltung der Telefonrechnung und des verwendeten Briefumschlages haben.

Solche Überlegungen müssen die Beklagte zwingend davon abhalten, die von dem Kläger formulierte Druckvorlage als Werbung auf den Umschlägen für Fernmelderechnungen der Deutschen Bundespost zu verwerten.

Da die Verletzung von Grundrechten das Gericht von amtswegen zu berücksichtigen hat, kommt es nicht mehr darauf an, ob die von dem Kläger formulierte Druckvorlage inhaltlich auch aus sonstigen Gründen der Beklagten ein Recht zur Kündigung des Auftrages geben würde ..."
(Originaltext)

Es ist kaum zu fassen. So viel Mühe und Arbeit von einer Richterin, um herauszufinden, daß wir selbst mit dem Wort „Lesbe" die Lesben diskriminieren?! Was hat sie sich dabei wohl gedacht?

Wir wollten diese Entscheidung nicht akzeptieren und gingen in Berufung. Hierbei stellte sich das Problem der Streitwerthöhe, die mit DM 660,- knapp unter dem Betrag von DM 700,- lag, der als rechtliche Voraussetzung für ein Berufungsverfahren festgesetzt ist. Unsere RAin A. Klein legte beim Landgericht Frankfurt Beschwerde ein gegen den Kostenfestsetzungsbeschluß mit dem Antrag, den Streitwert auf 1.160,- DM zu erhöhen.

Das Landgericht wies diese Beschwerde zurück. Dies bedeutet, daß wir keine Möglichkeit haben, in Berufung zu gehen.

Auch wenn zu diesem Zeitpunkt auf juristischem Wege nichts mehr zu machen ist, so werden wir uns zumindest weiter dafür einsetzen, daß eine breite Öffentlichkeit von diesem Urteil erfährt! An dieser Stelle appellieren wir an alle, die sich wie wir über die Ungeheuerlichkeit dieser gerichtlichen Argumentation ärgern, sich mit uns zu solidarisieren!

Die Frauen des
Feministischen Frauen-Gesundheits-Zentrums
Bamberger Str. 51
1000 Berlin 30
☎ (030) 213 95 97

Genossenschaften - verlorenes Terrain?

Ricarda Buch

Während selbstverwaltete Betriebe sich zunehmend als Genossenschaften gründen, bleibt die Genosssenschaft für Frauenbetriebe und -projekte hierzulande ein Fremdwort. Im europäischen Ausland sieht das anders aus. In vielen Ländern der EG hat sich die Genossenschaft als praktikable Rechtsform für Frauenbetriebe erwiesen.

Genossenschaften - verbindet frau damit lediglich den gescheiterten Versuch des „Befreiten Besens", einen Partyservice als Genossenschaft zu gründen, oder schreckt uns der Skandal um die „Neue Heimat" ab? Gründen Frauen hier keine Genossenschaften, weil die Rechtsform nicht an den Bedürfnissen von Frauenbetrieben orientiert ist? Zumindest gibt es wenig Frauen in den Entscheidungsgremien der großen Genossenschaften, die sich für die Belange von „Gründerinnen" einsetzen könnten.

Die Genossenschaft war nicht immer eine Männerdomäne. Im Gegenteil! Genossenschaften leisteten einen wichtigen Beitrag zur Behebung wirtschaftlicher Not von Frauen und wurden auch von ihnen gegründet.

Die Anhänger der Freilandbewegung gründeten vor dem Zweiten Weltkrieg die Stadtrand - Wohn- und Gartensiedlung „Schatzacker" nahe Zürich. Einnahmen aus den in Erbpacht vermieteten Häusern der Siedlungsgenossenschaft wurden zur Förderung des natürlichen Landbaus, für Bildung und Erziehung sowie als Unterhaltsleistungen für Mütter und zur Einrichtung von organisierter Kinderbetreuung verwendet.

Bereits 1901 schlug Lily Braun die Gründung von Haushaltungsgenossenschaften vor, um die unmenschlichen Belastungen der Proletarierin als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter zu lindern.

50 - 60 Wohnungen, ausgerüstet mit einer modernen Zentralküche, Eßsaal, Spielzimmer und Waschküche sollten gegen Bezahlung bewirtschaftet werden.

Lily Brauns Vorschlag löste einen Sturm der Empörung aus, da er die herrschende Rollenverteilung in der Kleinfamilie infrage stellte. Zwölf Jahre später wurden Haushaltungsgenossenschaften im Gefolge von Siedlungs- und Konsumgenossenschaften verwirklicht.

1897 gründete Lida Gustava Heymann das erste Frauenhaus in Hamburg. Aus diesem heraus entstand 1898 „Industria", eine Berufsgenossenschaft für weibliche Handelsangestellte. Diese Organisation setzte sich für bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildungslehrgänge ein.

Ab 1933 wurde diesen Entwicklungen ein Ende bereitet. Auf Anordnung der Nazis wurden Frauenorganisationen mit Ausnahme der NS-Frauenschaft verboten oder unterwandert und die Zwangsverschmelzung unterschiedlicher Genossenschaftsverbände unter NS- Führung durchgesetzt.

Und heute? Für viele Frauen, die Betriebe gründen wollen, scheidet die Rechtsform der Genossenschaft bereits im Vorfeld aus: einerseits gründen Frauen meist kleine Betriebe, während zur Gründung von Genossenschaften sieben Personen benötigt werden, andererseits gibt es kein Informationsangebot seitens der Genossenschaftsverbände, das auf die speziellen Bedürfnisse von „Gründerinnen" zugeschnitten ist.

Trotzdem könnten gerade durch Genossenschaften günstige Ausgangsbedingungen für Frauen geschaffen werden, die sich selbstbestimmte Arbeitsplätze mit für sie maßgeschneiderten Arbeitsbedingungen und entsprechenden Qualifikationsangeboten wünschen. Denn die Genossenschaft bietet die Möglichkeit der sozialen Zweckbindung von Überschüssen. So könnten Fonds für Beratung, Weiterbildung, Kinderbetreuung etc. angelegt werden, über deren Mittel die Frauen autonom bestimmen.

Ein weiterer Vorteil liegt in der relativ leichten Eigenkapitalbeschaffung. Viele Frauen besitzen nicht die nötigen Eigenmittel, um einen Betrieb gründen zu können. Sie sind auf Unterstützung von Freunden und Verwandten angewiesen. Doch was, wenn frau nicht die entsprechende Verwandtschaft hat? In diesem Fall könnte über eine Genossenschaft die Lobby für Fraueninteressen aufgebaut und das fehlende Kapital beschafft werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Weiberwirtschaft

Heute residiert auf dem ehemaligen Gelände der AEG das BIG (Berliner Innovations- und Gründerzentrum). Die TU und der Berliner Wirtschaftssenator standen Pate, um dem jungen (meist männlichen)technologieorientierten Nachwuchs den unternehmerischen Start zu erleichtern. Unweit des BIG wird derzeit auf 80.000 qm Fläche mit dem entsprechenden finanziellen Aufwand ein Technologie- und Industrie**park** (TIP) angelegt, in welchem statt Spielplätzen mittelständische High-Tech-Betriebe und praxisnahe Forschungseinrichtungen angesiedelt werden. In der Industrielandschaft mit Gründerzentrum gab es unlängst noch einen Frauenbetrieb. Heute arbeitet bei den Ted- Writers auch ein Mann mit.

In Anbetracht der hohen Frauenarbeitslosigkeit und der enormen Summen, die das BIG und TIP gekostet haben, fragt frau sich, was das Gründerzentrum für Frauen abwirft. Meistens haben Frauen mit der hightech nichts am Hut. An guten Ideen mangelt es ihnen allerdings nicht und für diese hätten sie auch gerne solche hervorragenden Ausgangsbedingungen.

Unser Gründerinnenzentrum soll selbstverwaltet sein, damit Frauen die Möglickeit erhalten, ihre Vorstellungen von Erwerbsarbeit zu verwirklichen.

Das Erwerbsleben, so hoffen viele Frauen, werde ihnen neue Bildungsmöglichkeiten, finanzielle Unabhängigkeit, Selbstbewußtsein und Aufstiegschancen eröffnen. Dies ist sicher richtig, denn das Abdrängen von Frauen in die Isolation des Haushalts besonders in Krisenzeiten und der Charakter häuslicher Betreuungsarbeit fördern eher die Anpassung an gesellschaftliche Normen wie Hingabe und Opferbereitschaft. Allerdings kann die ökonomische Benachteiligung von Frauen nicht nur auf dem Wege der Gleichstellung im Bereich der „produktiven" Arbeit beseitigt werden. Ausgangspunkt jeder Veränderung der ökonomischen Situation von Frauen ist vielmehr die Forderung nach Entlohnung der heutigen unbezahlten Arbeit, wie Betreuungsarbeit im Haushalt, ehrenamtliche Dienste bei der Reparatur sozialer Schäden und der Kompensation kultureller Defizite.

Gerade heute werden Frauenprojekte in zunehmendem Maße von Sparmaßnahmen und Privatisierungsbestrebungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich betroffen. Umso wichtiger ist es, Fantasie zu entwickeln und uns auf die Suche nach unabhängigen Finanzierungsquellen für soziale und kulturelle Leistungen von Frauen zu machen.

Einnahmen aus Mieten und Pachten können als Zuschüsse für soziale Zwecke vergeben werden. Derzeit fließen in der Bundesrepublik jährlich etwa 60 Mrd in die Taschen von privaten Grundeigentümern und ermöglicht etwa 10% der Grundeigentümer und Spekulanten ein leistungsloses Einkommen in Milliardenhöhe. Renditen aus Grund und Bodengenossenschaften können für Zwecke der Frauenbewegung abgeschöpft werden.

Projektbeschreibung

Der Verein „Weiberwirtschaft" entwickelt ein Trägermodell für ein selbstverwaltetes Gründerinnenzentrum in Berlin. Dieses Zentrum soll die Rechtsform einer Genossenschaft erhalten. Ihr Zweck wird im Erwerb und Betrieb eines Gewerbehofes bestehen. Dieses Gebäude wird Raum bieten für Frauenprojekte/- betriebe und selbständige Frauen aus Gewerbe, Handel und Dienstleistungsbranchen.

Ein solches Zentrum wird durch Gemeinschaftseinrichtungen (Kinderbetreuung, Veranstaltungsräume, Cafeteria, technische Infrastruktur) und durch dort angesiedelte Beratungs- und Weiterbildungsangebote die Ausgangssituation von Frauenbetrieben und -projekten verbessern. Die Voraussetzungen für Kommunikation und Vernetzung untereinander sind gegeben. Hier wird Frauen Raum zugestanden zur Verwirklichung ihrer Wünsche nach wirtschaftlicher Autonomie.

Aber nicht nur wirtschaftliche Autonomie, auch kulturelle Entfaltung und politische Aktivitäten gehören zum Ausdruck der eigenen Identität von Frauen. Neben wirtschaftlich arbeitenden Betrieben ist daher im Gründerinnenzentrum auch Platz für politische, kulturelle und soziale Frauenprojekte.

Die Gewerbemieten sollen „ortsüblich" und angemessen sein. Langfristig wird die Genossenschaft aus den Mieteinnahmen Überschüsse erwirtschaften, die satzungsgemäß nicht-erwerbswirtschaftlich orientierten Frauenprojekten zugute kommen. Auf diese Weise entsteht ein eigenständiges, neuartiges Finanzierungsmodell, das die Autonomie der Frauenprojekte stärkt.

Die Idee eines Gründerinnenzentrums hat in Berlin schon seit Jahren viele Anhängerinnen. Daß der Verein „Weiberwirtschaft" sich jetzt die Verwirklichung dieser Idee vorgenommen hat, stößt daher auf breite Zustimmung. Die „Weiberwirtschaft" ist aus einer Arbeitsgruppe auf dem 1: Berliner Frauenarbeitskongreß im Janaur 1987 hervorgegangen. Der provokante Name „Weiberwirtschaft" spielt auf die nachrangige Stellung von Frauen im Wirtschaftsleben an, mit der wir uns nicht abfinden.

Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Autonomie brauchen wir Unterstützung!
Spenden sind erwünscht!
Weiberwirtschaft e.V.
Hasenheide 54
1000 Berlin 61
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ: 100 205 00
Kontonr.: 30 776-00

FFBIZ

Das neue **Sommerprogramm** des FFBIZ (Frauenforschungs-bildungs- und Informationszentrum e.V.) ist erschienen und kann wie bisher gegen Zusendung eines frankierten und adressierten Rückumschlages angefordert werden beim FFBIZ, Danckelmannstrasse 47,
1000 Berlin 19.

Die **Samstagsrunden** bieten eine bunte Folge von Themen: vom ersten Berliner Hurenball über Handschriftdeutung und Dias zu Tansanias Tierreservaten bis hin zu Problemen mit Mieterhöhungen durch Einführung des Weissen Kreises oder Wahlrecht für ImmigrantInnen oder Geschichte der GEDOK.

Der sehr erfolgreiche **„literarische Salon"** wird weitergeführt. Höhepunkt wird sicherlich die Matinée am 24.04., an der **Daniela Dahn** (DDR) aus ihrem neu erschienenen Buch „Kunst und Kohle" bzw. „Prenzlauer Berg-Tour" (DDR-Titel) liest.

Erstmals wird ein Wochenend-Workshop zu den Techniken des **Theaters der Unterdrückten** (nach A. Boal) angeboten.

Last but not least:
Das FFBIZ feiert dieses Jahr sein **zehnjähriges Bestehen** und zwar am 11.06.1988 - wie immer und alles im FFBIZ von und für Frauen nach dem Motto: gemeinsam lernen und verändern - und auch feiern.

FFBIZ Frauenforschungs-, bildungs- und -informationszentrum e.V.
Danckelmannstr. 47
1000 Berlin 19
☎ (030) 322 10 35

Lernen zum Abitur in Frauenklassen in selbstverwaltetem Projekt

Es sind noch Plätze frei für Frauen in Frauenklassen. Beginn des nächsten Semesters ist der 01.06., die Orientierungswoche (Aufnahmebedingung) ist am 16.05.88
Nähere Informationen:
GFE, Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
☎ (030) 693 70 49/8

Auf dem Weg zur ganz normalen Firma? (Teil II)

Die Gefährdung der Produktivgenossenschaften - Ansätze zu ihrer Überwindung

Red. Freiburg Vieles deutet darauf hin, daß das von *Oppenheimer* schon früh formulierte „eherne Transformationsgesetz" von Produktivgenossenschaften (selbstverwaltete Betriebe scheitern oder passen sich an) so falsch nicht ist. Ist es aber auch wirklich eine universale Gesetzmässigkeit, der man sich nur tatenlos zu beugen hätte? Das wäre wohl eine Verzerrung. Sinn dieses „Gesetzes" kann nur sein, uns vom Wunschdenken zu befreien und die Realität möglichst genau zu analysieren, um herauszufinden, wo die typischen Schwierigkeiten dieses Organisationstyps liegen.

Deswegen war in der vorigen CONTRASTE-Ausgabe viel von Grenzen, Barrieren und Restriktionen die Rede. Wenn wir die gravierenden Finanzierungsprobleme hier einmal einklammern, dann helfen uns vielleicht folgende drei Ansatzpunkte weiter:

Robert Hettlage

Direkte Handlungschancen

Wie wir wissen, ist volle Mitglieder-Partizipation in der Realität nicht unmittelbar bei der Reform der Eigentumsverhältnisse mitgegeben. Andernfalls wäre die unbestreitbare Mitgliederapathie auch in diesen Betrieben nicht erklärbar. Deswegen muß es auch Aufgabe der Theorie und Praxis von Produktivgenossenschaften sein, die erforderlichen Strukturpotentiale zu stärken.

Ein erstes ist sicherlich die Kontrolle der *Betriebsgröße*. Je größer der Betrieb, desto breiter naturgemäß die Kluft zwischen Mitgliedern und Leitungsorganen bzw. zwischen den Mitgliedern untereinander. Damit sinkt auch die Relevanz von Partizipation. Betriebstransparenz und Erfahrung von Selbstverwaltungsgelegenheit (Planung, Selektion, Durchführung, Kontrolle) hängen nicht unwesentlich mit der Größenordnung des Betriebs zusammen. Dies erfordert, wenn nötig, Reorganisationen von Betrieben in Untereinheiten, Arbeits- und Projektteams, in denen Kommunikation, direkte face-to-face-Kontakte und konsensuelle Entscheidungen noch möglich sind. Natürlich muß der Zusammenhalt dieser Gruppierungen durch repräsentative Einheiten gewährleistet werden.

Kombiniert werden muß die Größenkontrolle durch die systematische Analyse von Möglichkeiten für **Mitunternehmerschaft.** Dazu darf beispielsweise das Kontrollorgan des Verwaltungsrats nicht schon strukturell dadurch geschwächt werden, daß es wegen zu knapper Rotationstermine sich nicht die nötige Sachkenntnis erwerben kann.

Einen interessanten und beispielhaften Weg zur Stärkung des Unternehmerpotentials haben die Produktivgenossenschaften von Mondragón mit der „Caja Laboral Popular" beschritten. Durch diese ist es prinzipiell möglich geworden, daß sich ein Betrieb von innen heraus in immer neue Teilbetriebe ausdifferenziert, sofern eine Produktidee, eine Gruppenträgerschaft und ein Management gefunden werden können.

Verschiedentlich kann man feststellen, daß in der Anfangsbegeisterung für Kooperation und Selbstverwaltung vergessen wird, für den Konfliktfall vorzusorgen. Dem kann durch die Gründung einer *Schlichtungsstelle* Rechnung getragen werden. Hierfür sind verschiedene Schiedsverfahren, von der externen bis zur rein internen Lösung, denkbar.

Wichtiger scheint jedoch, das Institut des „Sozialrats" aufzuwerten, wie er sich in manchen Betrieben findet. In den Mondragón-Kooperativen wird z.B. jeweils von einer Abteilung (10-20 Mitglieder) ein Mitglied für eine mehrjährige Amtsperiode in dieses Gremium entsendet, um eine Beratungsfunktion in allen Personal-, Arbeitsplatz-, Lohn- und Wohlfahrtsangelegenheiten zu übernehmen. Die Abteilung trifft sich einmal wöchentlich mit „ihrem" Beauftragten. Dieser Sozialrat könnte auch die Funktion eines **Partizipationsbeirats** übernehmen, dem es ausdrücklich obliegen würde, jeweils die Frage der Teilnahmemöglichkeiten der Mitglieder zu prüfen und Lösungen zu erarbeiten.

Ein weiterer Aspekt ist die **Mitgliederauswahl.** Je größer die Ähnlichkeiten in den Überzeugungen, Einstellungen, Lebenslagen und Werte sind, desto intensiver prägt sich auch die Erfahrung und der Sinn für gemeinsame Interessen aus. Vielfach zeigt sich allerdings, daß eine der Hauptschwierigkeiten partizipativer Organisationen die Spaltung in der Zielorientierung der Mitglieder ist.

Soziale und wirtschaftliche Interessenlagen werden als unterschiedlich wichtig erachtet und führen demgemäß zu heftigen Spannungen im Kreis der Mitglieder. Diese Bedürfnisspaltung in der Genossenschaft läßt sich dadurch verringern, daß man ein besonderes Augenmerk auf die Homogenität der Mitglieder legt.

Je größer die gegenseitige Nähe erlebt wird, desto förderlicher wird auch die Zusammenarbeit erfahren. „Erlebte" Kooperationsbeziehungen haben die Tendenz, sich zu intensivieren. Dies bedarf einer Neudefinition der Kriterien von Offenheit des Mitgliederzugangs, ohne der Versuchung der gespaltenen Mitgliedschaft (in Vollmitglieder und Lohnarbeiter) zu erliegen.

Stärkung der Reaktionsfähigkeit

Damit die Selbststeuerungsgelegenheiten in Produktivgenossenschaften auch ergriffen werden können, muß sich das größte Bemühen darauf richten, die Fähigkeiten der Mitglieder zu stärken. Anders kann das Auseinanderdriften des Einflusses zwischen Experten und Nicht-Experten kaum verhindert werden.

Immer wird auf die Notwendigkeit von Bildung, Ausbildung und Erziehung, Schulung etc. hingewiesen. Die konkreten Anstrengungen stehen dazu jedoch häufig in einem krassen Mißverhältnis. Als vorbildlich kann hier die Bemühung im *Hoppmann*-Modell gelten. In jahrelangen Bemühungen hat der ehemalige Besitzer zusammen mit einem Beraterstab versucht, den Betrieb nach Lerngesichtspunkten in neue Gruppen und Gruppenaktivitäten (Grund-, Aufbau- und Feedback-Seminare) aufzuspalten. Von der Mühsal solcher Arbeit ist in einem Erfahrungsbericht viel zu lesen. Zugleich wird deutlich, wie grundsätzlich man ansetzen muß, wenn Selbstverwaltung wirklich für alle erfahrbar werden soll.

Ein weiterer zentraler Ansatzpunkt für die Reaktivierung von Selbstverwaltung ist das Reaktionspotential der Geschäftsführer. Auch hier führt das Postulat der „Dienstgesinnung" der Manager oder die Klage über deren Fehlen konkret wenig weiter. Da der Erfolg der Betriebe so wesentlich von einem guten Management abhängt, ist anzunehmen, daß auch der Erfolg der Selbstverwaltung nicht unerheblich von den entsprechenden Fähigkeiten des Managers auf dem Gebiet der „Partizipationsförderung" mitbeeinflußt wird. Hierfür ist aber erst in jüngster Zeit die Sensibilität gestiegen.

Bei weitreichender genossenschaftlicher Unternehmensreform bedeutet das nämlich, daß sich die Managementfunktion nicht nur nach ökonomischen Kriterien allein bemessen kann. Vielmehr müssen zusätzlich neue Kriterien der Mitgliederführung gleichgewichtig Anwendung finden: Solche Kriterien *„partizipationsorientierter Unternehmensführung"* sind eigens auszuformulieren. Sie erschöpfen sich keineswegs in einem „partizipativen Führungsstil".

Stützungspotentiale in der sozialen Umwelt

Damit diese Reaktionspotentiale angemessen gefördert werden können, bedarf es der Unterstützung einer dritten Ebene.

Längerfristig funktionierende Beispiele produktivgenossenschaftlicher Betriebe zeigen, daß ein wesentlicher Teil ihrer Überlebensfähigkeit einer geschickten Verflechtung in ein organisatorisches und *soziales Netzwerk* zu verdanken ist. Hierdurch können wichtige Erfahrungen ausgetauscht, technische Hilfen angeboten, Personal vermittelt und Kontakte geknüpft werden. Dieser interorganisatorischen Verflechtung ist von Anfang an große Aufmerksamkeit zu schenken.

Noch direkter wirkt in dieser Hinsicht eine **Stützungsorganisation,** die als Advokat einer Gruppe von SV-Firmen wirkt, indem sie technische Beihilfe, die Finanzierung, die Management-Beratung etc. entweder selbst übernimmt oder diese organisiert. Die englischen „cooperative development agencies" (CDA) sind hier beispielhaft tätig.

Am wirksamsten und unabhängigsten scheint aber die Hilfe organisiert werden zu können, wenn sie aus den Betrieben selbst herauswächst. Dies ist im Komplex der 85 Produktivkooperativen von Mondragón der Fall. Ihre „Caja Laboral Popular" ist eine Kombination aus Sparkasse, Finanzierungsinstitut für Kooperation und Managementberatungsdienst für die Mitgliederfirmen. Sie ist eine Sekundärgenossenschaft aus Individual- und institutionellen Mitgliedern. Neben der Finanzierungsleistung ragt insbesondere ihre Erziehungs- und Beratertätigkeit heraus, die ihresgleichen sucht. Sie gilt als „factory factory", d.h. als Prototyp einer neuen Art von ökonomischer Entwicklungsorganisation, die die Funktion der Mit- Unternehmerschaft durch 10 Unterabteilungen (Gebietsstudien, Promotion, Beratung, Marketing, Export, Produktion, Personal, Verwaltung, Kontrolle und Bauplanung) unterstützt.

Noch ein weiterer Unterstützungsfaktor ist von Bedeutung: Die allgemeine Verankerung eines demokratischen und **kooperativen Bewußtseins** als moralische Basis der SV-Bewegung. Im Zusammenhang mit dem Genossenschaftswesen ist der sog. „Kooperativgeist" vielfach belächelt worden. Anhand aller erfolgreichen Kooperativbetriebe kann man aber zeigen, daß die kollektiven Wertbindungen ein unverzichtbarer Baustein sind. Aus ihnen erklärt sich, warum dieser Firmentyp überhaupt ins Leben gerufen wird und warum er fähig ist, trotz zum Teil widrigster äußerer Umstände zu überleben. Die Kooperativ-Idee wirkt als „innerer Befestigungsring" gegen Enttäuschungen, Entfremdung und Stress.

Je kooperativfeindlicher die umgebenden Sozialstrukturen sind, desto schwieriger ist zweifellos die Lage für ein so voraussetzungsreiches Reformunternehmen wie die Produktivgenossenschaft, da ihr gewöhnlich im Wettbewerb keine Schonfrist eingeräumt wird. Dem entgegen wirkt das *Thomas-Prinzip:* Wenn Mitglieder Selbstverwaltung und Kooperation für real (und realistisch) halten, wird sie im Endeffekt real. Damit die Mitglieder zu einer solchen intensiven Überzeugung gelangen, bedarf es aber schon lebendiger, tatsächlicher *Kooperativerfahrungen,* die in entsprechenden partizipativen Strukturen gelernt werden müssen. Wer den Erfolg dieses Unternehmenstyps will, muß die Arbeit in Zukunft hier ansetzen.

Helden der Arbeit

MOSKAU, 4. März (dpa). Ein privater Genossenschaftsbetrieb mit zuviel Gewinn mußte jetzt in Moskau schließen. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Sozialistitscheskaja Industrija" verdiente jeder der drei Teilhaber des Betriebes „Experiment" monatlich die für sowjetische Verhältnisse riesige Summe von etwa 18 000 Rubel netto (rund 50 000 Mark) - soviel wie ein Durchschnittsbürger mit etwa 200 Rubel im Monat erst nach siebeneinhalb Jahren zusammenbringt.

Die überaus erfolgreiche Genossenschaft produzierte Warn- und Hinweisschilder für Autos wie „Vorsicht, Spikes" und „Anfänger". Die drei Teilhaber hätten in keiner Weise gegen Gesetze verstoßen, schrieb das Blatt. Sie hätten gehofft, die Schließung durch die Bitte beim Finanzministerium um progressive Besteuerung zu umgehen. Ein derartiges Steuersystem gibt es in der UdSSR aber nicht.

Genossenschaftsprojekt „Bremer Erzeuger-Verbraucher-Initiative"

Red. Bremen **„Von der traditionellen Konsumgenossenschaft zur ökologischen Erzeuger- Verbraucher-Gemeinschaft - Entwicklung und Perspektiven von Lebensmittelgenossenschaften"**

lautet das Thema dieser Seminarreihe. Veranstalter sind, neben der Landeszentrale für politische Bildung, Gruppen und Initiativen, die sich seit längerer Zeit für die Belange des ökologischen Anbaus, für die Kommunikation zwischen Stadt und Land, für die Vollwert- Ernährung und den Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzen.

Gemeinsam mit interessierten TeilnehmerInnen sollen Strategien und konkrete Möglichkeiten für den Aufbau einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft in der Bremer Region entwickelt werden. Ein fester Zusammenschluß zwischen Erzeugern, Verbrauchern und Umweltschützern soll dazu beitragen, umstellungsbereiten Bauern eine Existenzgrundlage zu schaffen, die Versorgung umweltbewußter Verbraucher mit naturbelassenen Lebensmitteln zu sichern sowie sinnvolle und selbstbestimmte Arbeitsplätze in der Stadt zu verwirklichen.

Die Bremer Erzeuger- Verbraucher-Initiative befindet sich noch in einem Lern- und Entwicklungsprozeß und ist an der Mitarbeit engagierter Personen interessiert, damit das Projekt von einer breiten Basis getragen wird.

Im Oktober soll im Bürgerhaus Weserterrassen eine Wochenendtagung stattfinden. Hier werden die Ergebnisse der Veranstaltungsreihe zusammengefaßt und ausgewertet. Erzeuger und Verbraucher werden zusammen mit Experten aus Umwelt-, Landwirtschafts- und Genossenschaftsbereich an der konkreten Umsetzung des Genossenschaftsprojektes arbeiten, und ein Konzept für die Gründung einer Erzeuger- Verbraucher-Genossenschaft soll der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Veranstaltungen:

1. Von solidarischer Selbsthilfe zur Aktiengesellschaft - Entstehung und (Fehl-)Entwicklung traditioneller Konsumgenossenschaften.
   Referent: Burghard Flieger, Dipl.-Volkswirt, Freiburg
   Termin: Mittwoch, 27.04.88, 20 Uhr
   Ort: Landeszentrale für politische Bildung, Raum 10/11, Osterdeich 6
2. Entstehung, Entwicklung und Perspektiven neuer Lebensmittel-Kooperativen (Food-Coops u.ä.)
   Referent: Thomas Albrecht, Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen, Berlin
   Termin: Freitag, 6.5.88, 20 Uhr
   Ort: Kultur- und Bildungsverein, Ostertor (KUBO), Beim Paulskloster 12
3. Agrarpolitische Konzeptionen der Bauernopposition
   Referent: Karl-Heinz Hanken, Bio-Bauer und Sozialwissenschaftler, Goldenstedt
   Termin: Mittwoch, 25.5.88, 20 Uhr
   Ort: Landeszentrale für politische Bildung, Raum 10/11, Osterdeich 6
4. Beispiele einer ökologischen Ökonomie: die Erzeuger- Verbraucher-Genossenschaft „Wurzelwerk" in Gütersloh e.G. und Öko- Markt Bremen
   Referenten: Mitglieder der beiden Projekte
   Termin: Freitag, 3.6.88, 20 Uhr
   Ort: Kultur- und Bildungsverein, Ostertor (KUBO), Beim Paulstor 12
5. Wochenendtagung: Auswertung der Veranstaltungsreihe und Entwicklung eines Konzepts zum Aufbau einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft in Bremen
   Termin: Oktober 1988, den genauen Termin und das Programm bitte der CONTRASTE entnehmen
   Ort: Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70

Auskünfte erteilt:
Eckard Möller
Atelierhof
2800 Bremen
☎ (0421) 7 77 03

Genossenschaftsförderung

Vorstandssitzung

Am 9. März 1988 hat eine ganztägige Vorstands- und Beiratssitzung des *„Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V."* stattgefunden. Es wurde u.a. über Aktivitäten des Vereinsbüros berichtet, die Tätigkeiten des Vereins im Raiffeisenjahr 1988 besprochen und über interessante Neugründungen von genossenschaftlichen Betrieben informiert. Der Vorstand nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß das Handbuch *„Wir helfen uns selbst" - Gründungshilfen für neue Genossenschaften* außergewöhnlich guten Absatz findet. Dies sei auch eine Bestätigung der bisherigen Vereinsarbeit. Wir werden an dieser Stelle in nächster Zeit noch einmal ausführlicher über die Beratungen des Vorstandes berichten.

CECOP

Am 1. März hat der *CECOP-Arbeitskreis* in Bonn getagt. Die CECOP ist ein europäischer Zusammenschluß der Produktivgenossenschaften. Ein nationaler Arbeitskreis will in Zukunft mit der CECOP in Brüssel zusammenarbeiten. Wer Interesse an einer Mitarbeit oder den Protokollen des Arbeitskreises hat, wende sich bitte an das Vereinsbüro. Das nächste Treffen wurde für den 6. April 1988 in Bonn festgelegt. Wir werden auch darüber demnächst ausführlicher in der CONTRASTE berichten.

Genossenschaftsberatung

Das Vereinsbüro hat im Rahmen seiner Arbeit u.a. eine bundesweite Beraterkartei aufgebaut. Wir können daher den Service anbieten, bei der Neugründung von Projekten und Betrieben speziell bei Rechtsformfragen im Bereich der „eingetragenen Genossenschaften" nach inhaltlichen und regionalen Schwerpunkten geordnet an entsprechend qualifizierte Berater oder Beratungsinstitutionen zu vermitteln. Interessierte Einzelpersonen oder Projekte wenden sich bitte an die untenstehende Vereinsadresse. Wir möchten auf diesem Wege auch die Vereinsmitglieder bitten, sich mit Anfragen und Anregungen an die Mitarbeiter des Vereinsbüros zu wenden.

Genossenschaften in Israel

Wir möchten darauf hinweisen, daß der *Arbeitskreis „Genossenschaften" in Weiden/Oberpfalz* in Zusammenarbeit mit der Raiffeisen-Touristik GmbH, München eine Studienreise nach Israel durchführt. Schwerpunkt wird der Besuch und die Besichtigung von Kibbuzim sein. Es sind Diskussionsveranstaltungen und eine Baumpflanzaktion in Kooperation mit dem jüdischen Nationalfonds e.V., München geplant. Die Übernachtungen werden in den Gästehäusern der Kibbuzim stattfinden. Der Termin für die Reise ist der 27. Mai bis 08. Juni 1988. Ein ausführliches Programm und Informationen über Preise können angefordert werden bei folgender Kontaktadresse:
Motl Cymbalista und Franz Kilchert
c/o Raiffeisenbank Marktredwitz eG
Zweigstelle Wunsiedel
Maximilianstr. 31
8592 Wunsiedel
Für Mitglieder des *„Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens"* gelten Sonderpreise.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Querfunk

Grabenkrieg über Werbung, Politik und die legendäre Basis. Oder wann lernt man hören?

I eat scandal for my breakfast
I spit gossip late at night...
...Feel my body's under radio control
(Mick Jagger)

Red. Heidelberg Berlin im Herbst 1987. Während unter dem Funkturm noch die Internationale Funk-Ausstellung tobt, der Strom der Massen auf schwindelerregende Weise entlang der digitalen Errungenschaften der Branche treibt, beschallt und gelockt von Hunderten von HiFi-Türmen und Videowänden, um nach wenigen Schritten im Gedränge einer der zahllosen Live-Shows stecken zu bleiben - just während dieses kabylonischen Gewusels findet fernab vom Trubel in einem Kreuzberger Stadtteilzentrum mit Kinderspielstube und Streichelzoo der alternative „Querfunkratschlag" statt. Es geht um die Zukunft grüner und alternativer Medienpolitik.

Sybille Bartscher
(ID, Frankfurt)

Bis heute nicht weitergekommen versteinerter Prinzipienstreit

Die Auftaktveranstaltung ist der Frage gewidmet: **Radio 100** oder **Radio Dreyeckland,** Berlin oder Freiburg - wie geht es weiter mit den Freien Radios?

Traudel Günnel von **Radio Dreyeckland** eröffnet die Debatte. Traditionsbewußt und prätentiös schnurrt die Selbstdarstellung des Phänomens RDL ab. Beschworen wird die Verankerung in der Region und mit der Bewegung. Über tausend Sendestunden „live" (?) aus Freiburg wurden bisher ausgestrahlt, Peildiensten und Staatsanwälten zum Trotz. Verfolgung und Kriminalisierung haben dem „Sendungsbewußtsein" keinen Abbruch getan. RDL versteht sich als Gesellschaftsfunk in Selbstverwaltung, der die Hörer aktiv einbezieht. Alle können und sollen sich einmischen, per Telefon oder auch direkt durch Beteiligung im sogenannten „Gruppenradio", Sendezeit für Initiativen und Gruppen ist fester Bestandteil des Programms. Öffentliche Redaktionssitzungen, Hörer- und Mitgliederversammlungen sind die organisatorischen Säulen gesellschaftlicher Kontrolle. Was den Finanzierungsmodus betrifft, so sind ausschließlich Mitgliedsbeiträge und Spenden zur Deckung der Betriebskosten zugelassen und erwünscht. Lieber tot als Werbespot.

Eher defensiv, aber ehrlicher klingt die Schilderung von **Radio 100.** Das „älteste Lokalradio Berlins", seit März 1987 auf Sendung, ist während seiner kurzen Lebensdauer schon von allerhand Krisen heimgesucht worden. Interne Zerrüttung, Geldprobleme, anhaltender Überlebenskampf im Mediendschungel der Großstadt kennzeichnen die Situation. Vier Stunden tägliche Sendezeit auf einer privaten Frequenz stehen den Alternativen zur Verfügung, um „anderes" Radio zu machen. Im Gegensatz zu RDL nutzen sie die Zeit allerdings nicht als Forum und Verlautbarungsorgan für Initiativgruppen. Zugeständnisse an die Hörgewohnheiten erklären, daß man auf sperrige Betroffenenberichterstattung und verlesene Kommandoerklärungen verzichtet. Radio 100 will journalistisch pointierte Beiträge senden, Konflikte zuspitzen, frech und chaotisch sein: „Ich wäre gerne Kommunikationsapparat", gesteht ein Mitarbeiter, doch würden da oft so unzumutbar langweilige Beiträge eingereicht, die man beim besten Willen nicht als anhörbar einstufen könne. Die Selbstkritik bringt jedoch auch alternative Schludrigkeit ans Licht, durch die bisweilen Beteiligungs-Bemühungen unter die Räder kommen.

In der Diskussion kommt wenig Sympathie mit den Berliner Radiomachern auf. Der moralische Punktsieg im Saal scheint zu Gunsten der Dreyeckländler auszufallen. Die „Fundis" der Radiobewegung und ihre Position als Verwalter des Reinheitsgebotes gestatten den Frontalangriff auf das Privatfunkexperiment, das der Mittäterschaft im kommerziellen Einerlei bezichtigt wird. Kommerzbetrieb ist gleich Abhängigkeit von unlauteren wirtschaftlichen Interessen, Sicherung von Marktanteilen, Profitorientiertheit, Nachweis von Höreranalysen, Anpassung des Programms an Erfordernisse der Breitenwirkung, Abweichung von klaren politischen Inhalten und Positionen. Hier legt sich der **Linksrheinische Rundfunk** ins Zeug: Die Werbung habe keinerlei Einfluß auf das Programm, werde in abgetrennten Blöcken gesendet und sei nun mal notgedrungen zur Finanzierung erforderlich, überdies als Quelle gewinnbringender Umsätze sowieso untauglich. Bei einem Preisverfall bis auf 1,20 DM pro Werbesekunde würde mit Sicherheit niemand Millionär, und ein Programm ohne Einschaltquoten könne wohl niemand ernsthaft anstreben wollen. Werbefrei oder kommerziell, Betroffenheitsgequassel oder Semiprofessionalität, dies sind die Gegensatzpaare, um die beständig die Kontroverse kreist - und letztenendes stagniert. Womöglich, gibt schließlich jemand zu bedenken, würde gerade Unvergleichbares miteinander verglichen :Ein Umfeld von Großstadt hier und Provinz dort, sowie die unterschiedlichen Bedingungen eines legal betriebenen und eines Piratenradios.

Als ginge es um Artenschutz, werden die Grundsätze der Freien Radios (kein Kommerz auf Megahertz!) und ein Stück Ätherpiratenromantik zum Maßstab aller „Radio-Aktiven" erhoben. Im Dunkeln bleibt, wie sich die jeweiligen Sendungen eigentlich anhören, über die da so eifrig gemutmaßt wird, ob sie besser oder schlechter seien, weil mit oder ohne Reklamespots ausgestrahlt. Zumeist begnügt man sich mit Ableitungen aus Organisationsmodellen - eine Gehörlosenveranstaltung.

Stein des Anstoßes war auch das Hamburger **„Korah" (Kommunales Radio Hamburg).** Im Lager der Dreyeckländler schlägt die Empörung hoch bei der Vorstellung mit „denen" über Inhalte und Nachrichtenkonzepte zu reden, „solange ihr euch überlegt, wie ihr eure Redakteure bezahlt." „Jungunternehmer!" schallt es quer durch den Raum. „Nenn mich meinetwegen 'Buntschuhheini',ich bin stolz darauf", echauffiert sich Karl-Heinz Grieger, einer der Hauptredakteure im Freundeskreis von Radio Dreyeckland.

Beinahe unbemerkt bleibt während der allgemeinen Ereiferung **Radio Z** aus Nürnberg, das ein Modell vorzustellen wußte, welches sich fast als der ausgereifte dritte Weg präsentiert. Radio Z ist nahezu werbefrei und nichtkommerziell - aus Überzeugung wie aus Verzweiflung (der Freistaatliche Werbemarkt gilt als unergiebig). Folglich wird auf Beiträge und Spenden gesetzt. Radio Z ist täglich eine Stunde offen für alle Initiativen und beschäftigt sich obendrein mit der Frage: Wie mache ich Informationen hörbar? - mit Seitenblick auf die Betroffenheitsfanatiker. Die Zukunft wird zeigen, ob sich aus solchen Ansätzen Zwischentöne und Mischformen entwickeln werden, eine der Utopie vom lebendigen und sinnvollen Radio gerecht werdende Praxis, oder ob die Ausschließlichkeiten mit lähmendem Einfluß weiterhin dem Lagerdenken Vorschub leisten.

Eine Überraschende Beobachtung am Rande der Veranstaltung: Die achtköpfige Delegation von Radio Dreyeckland ward tags drauf in einträchtigster Plauderstimmung in den Räumen von Radio 100 vorgefunden, angeregt den Betrieb besichtigend, - vielleicht doch Zeichen der Annäherung, jenseits von Rhetorik?

Dokumentation der Vielfalt

Rolf Tennstädt von der Projektgruppe Regionaler Rundfunk in Osnabrück plant einen Reader über die Situation der linken Radiosender und -Inis in der BRD, der im Frühsommer dieses Jahres erscheinen soll.
Wer also über sich und seine Funkschläge noch Material zurückbehält, sollte es schleunigst an:
Rolf Tennstädt
Regionaler Rundfunk Osnabrück
Kommenderiestr. 41
4500 Osnabrück
☎ (0541) 2 43 06

Querfunkpraxis ist für's dreckige Ohr, nicht für's reine Herz

Bei allen Radios, so sieht's aus, wechseln gelungene, wirklich querstehende Sendungen mit langen Stunden, in denen unklar bleibt, warum jemals ein aufmüpfiges Wort gegen unsere althergebrachten Rundfunkanstalten gefallen ist, und bisweilen wähnt mensch sich auf der Schüler-Version eines kommerziellen Happy-Radios. Leider, leider sind die Programme keineswegs einfach umso besser, je weniger die Werbung und je mehr die Basis beteiligt ist.

Klar ist soviel: Die Chancen der Querfunkerei liegen in der Live-Beteiligung, im Lokalen, und in der Avantgarde-Kultur. Klar ist auch, daß HörerInnenbeteiligung keine Zukunft hat, wenn sie nicht strukturiert ist und die Redaktion bloß abtaucht. Daß sich genießbare Querfunk-Programme herausbilden, ist für unsere politische Kultur dringend nötig - aber sicher ist's noch lange, lange nicht.

Sybille Bartscher & Richard Herding (Informationsdienst - Projekt Alltag)

Die ANDEREN Radios: Ein kleiner Reiseführer für die Fremdstadtverliebten der Republik

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind hier Beispiele des neuen Hörfunks beschrieben, der zwischen Beamten- und Kommerzradio einen dritten Weg ertrampeln will - zum Teil in der Tradition der Freien Radios der Siebziger Jahre.

Was passiert in diesen Radios neben der Schleppnetz-Musik? Werden sie den Ansprüchen kritischer HörerInnen gerecht - zum Beispiel: Kommen diejenigen zu Wort, von denen wir sonst in den Medien wenig hören? **Radio Korah** (Kommunales Radio Hamburg), Postfach 501264, Griegstr. 75, 2000 Hamburg 50, Tel. (040) 880-70 54 (siehe auch CONTRASTE März '88), belebt seit 31. Dezember 1987 den Äther bei 97,1 MHz - rund um die Uhr, 3 Minuten Werbung pro Stunde. Gegründet von Organisationen wie BUND, Robin Wood, Musikhochschule, bietet Korah zwei Stunden „Radiobühne" in der Woche an, wo sich alle austoben können, dazu eine halbe Stunde Hörergespräch, und einen Sendeplatz für AusländerInnen und Dritte Welt. Aber die Gruppen ohne PR-Millionen tummeln sich vor allem im „Bezirksradio", montags bis freitags viereinhalb Stunden lang. Korah ist darauf angewiesen, daß auch die kleinen Sorgen und Nöte des Hamburger Alltags durch Hörerkontakte zum Mikrophon durchdringen. Hörerlebnis des Bremer Pendlers Dr. Rumpelstilzchen: „Abiturientenradio. Im sterilsten Funkbeamtendeutsch wohlwollend um die Hafenstraße bemüht. Korrekt. Ein Leben nach dem Tode für den NDR." Und die Astrologin: „Melancholische Katze. Vielleicht die anspruchsvollste, ungeselligste."

OK Radio (wie „okay"), Spaldingstr. 218, 2000 Hamburg 1, Tel. (040) 23 32 11, hat am 1. März 1988 den Sprung in den Rund- um-die-Uhr- Sendetag auf 95.0 MHz gewagt. Gemeinnützig und aus einem weiten Gruppenrahmen mit gewerkschaftlichem Einschlag gebildet, kauft OK doch auch ein paar Minuten Werbung pro Stunde ein. Es laufen immer mal Beteiligungsaktionen - aber Frauen, Ausländer oder Knackis sollen nicht in „Gettosendungen", sondern ins allgemeine Programm. Aufruf an die HörerInnen: Hören und Kritisieren!

Hörererlebnis von Harald Lahr, Frankfurter Journalist: „Gymnasiastenfunk. Naseweis, links, lokalverliebt, aber noch nicht frech. Im Zauber des Radiomachens befangen." Wie das Horoskop schon wußte: „Superdrache. Hochintelligent, wohlinspiriert. Er kann und wird es weit bringen."

Radio 100, Potsdamer Str. 131, 1000 Berlin 30, Tel. (030) 216-40 81 bis -6, sendet seit 1. März 1987, jetzt auf 103.4 MHz von 17 bis 23 Uhr täglich. 5 Minuten Werbung pro Stunde schmeicheln dem Ohr. Während das „Bürgerradio" mit Jedermensch-Mikrophon auf 100,6 MHz sendet, bietet Radio 100 eine Forumsendung wöchentlich, wo man persönlich oder telefonisch mitmachen kann; ein Thema war: Linke Anwälte bei Vergewaltigern. Zudem haben die Frauen, die Schwulen, ausländische Flüchtlinge, TürkInnen und KurdInnen ihre Sendungen. Radio 100 bittet um Themenvorschläge, Abonnements (5 Mark im Monat) und steuergehätschelte Stille GesellschafterInnen. Hörerlebnis von Ulrich Roloff-Momin, Präsident der Hochschule der Künste: „Wenn man sich länger darauf einläßt, wird es faszinierend und sehr vielfältig. Was die 'Audionauten' machen, finde ich sehr gut. „So behielt das Horoskop recht: „Salonkatze. In jeder Gesellschaft gern gesehen."

Radio Dortmund, Lindemannstr. 79, 4600 Dortmund 1 Tel.(0231) 1 39 90, fühlt sich frei und bürgernah, nicht aber alternativ. Auf 87,8 MHz sendet es seit 1. Juni 1985 das einzige lokale, öffentlich-rechtliche und werbefreie Vollprogramm: Montag bis Freitag 5 - 21.45 Uhr, Samstag 6.35 bis 12 Uhr, ab Juni 1988 auch sonntags 15 - 21 Uhr. Täglich gibt's „Durchwahl" (Wer hilft meiner Oma beim Umzug?), einmal in der Woche „Redezeit" für alle; ab Juni soll eine Stunde Offenes Radio hinzukommen. (Einen Offenen Hörfunkkanal hat Dortmund auch schon.) Gruppensendungen haben nur die AusländerInnen, in acht Sprachen, darunter Kurdisch. Hörer Erwin Fischer, Student, lobt besonders „Durchwahl". „Da muß man nicht den Umweg über die Medien gehen. Da werden Bedürfnisse erfüllt, das ist Nachbarschaftshilfe". Bei soviel Mitmacherei gibt's auch keine Appelle an die HörerInnen. „Alles in allem: ein recht angenehmer Büffel", lobt das Horoskop.

Radio X, Berger Str. 194, 6000 Frankfurt 60, Tel. (069) 46 88 80 (Tonband), hat die angestrebte Frequenz nicht, wird sie vielleicht nie kriegen, hat aber zu Kulturolympiaden wie Documenta Kassel (Juni 1987) oder Buchmesse Frankfurt Radio-Experimente mit Sound-Collagen und -Persiflagen mitgestaltet und mitverwirrt. Kommt die Frequenz, wollen die AvantgardekünstlerInnen sich mit anderen zusammentun, um ein Vollprogramm mit 5 Minuten Werbung pro Stunde zu machen. Telefonisch sollen sich alle einmischen können, doch Programmen für benachteiligte Gruppen steht man skeptisch gegenüber: Benachteiligt seien wir doch immer selber. - Jean Trouillet, Frankfurter Weltmusiknarr, zum „X"-Hörerlebnis: „Ich hatte große Freude, daß sie mit dem Radio rausgekommen sind. Aber das Konglomerat aus Lärm, infantilstem Ins-Mikro-Gegröhle, Kinder-Statements hat mich aggressiv gemacht. Es ist ein spannender Umgang mit einer Radiosendung, ich hab'reingerufen und sie beschimpft, das hat Spaß gemacht." Für das Kulturradio Frankfurt im April/Mai 1988 sollen sich noch Leute melden (Postkarte). Aber Vorsicht, das Horoskop: „Streunende Katze. Die unruhigste aller Katzen. Wird sich sogar in Gefahr begeben."

Der Linksrheinische Rundfunk (LR), Postfach 2904, Walpodenstr. 10, 6500 Mainz, Tel.(06131) 23 29 94 sendet seit 1. Mai 1986, Redaktion für ganz Rheinland-Pfalz: Turmstr. 8, 6700 **Ludwigshafen**

Tel. (0621) 598-12 82; Regionalredaktionen mit Frequenzen: Turmstr. 8, 6700 **Ludwigshafen,** Tel. (0621) 598-12 83 (103,6 - 100,8 - demnächst auch 105,6 MHz); Firmungstr. 36, 5400 **Koblenz,** Tel. (0261) 1 21 66 u. -7 (101,5-100,3 - 102,9 MHz); dasselbe mit Tel.1 21 68 für die Eifel (103,5 MHz); Walpodenstr. 10, 6500 **Mainz,** Tel.(06131) 2 39 92 u. -3 (100,6 - 104.5 MHz); Saarstr. 47, 5500 **Trier,** Tel.(0651) 4 50 12 (102,9 - 102,6 - 102,1 - 100,1 MHz); Bismarckstr. 37, 6750 **Kaiserslautern,** Tel.(0631) 6 60 39 (103,1 MHz). Montag bis Freitag von 16 bis 16.45 Uhr läuft rheinlandpfalz-weit die „Rush hour" auf allen Frequenzen, von 16.45 bis 17.15 Uhr die Regionalprogramme; wochenends 75 Minuten nur Landesprogramm; jeweils mit 5 Minuten Werbung pro Stunde. Einschalten kann mensch sich bei den „phone-ins" einmal in der Woche; Gruppentermine gibt es nicht, aber die Redaktionen sind offen für Vorschläge. Überhaupt fordert der LR sein Publikum auf, sich als VolkskorrespondentInnen zu fühlen. Er braucht auch Spenden und Einlagen in die „Hörfunk-Union" (Kontakt über die Mainzer Anschrift), denn die Unterstützung nimmermüder SPD-Kreise reicht nicht aus. - Das Hörerlebnis: „Fleißig um BürgerInnen-Nähe bemüht, mitstrickend an Öko- und Friedensbewegungen, ein wenig ländlich-sittlich-bieder", lästert der Frankfurter Journalist Harald Lahr. Er sei gewarnt vor dem LR- Horoskop: „Empfindsamer Tiger. Ausgeglichen, feinfühlig - aber leicht beleidigt.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kehraus

oder eine mediale Polteske aus Bayern

Mathias Lahmann

Red. Heidelberg Da liegt er nun in der Hand: Der Bericht über drei Monate Sendezeit von *Radio Z* in Nürnberg; knapp 20 Seiten stark und mit Sätzen bespickt wie:

- „KULTURSCHOCK ist eine abwechslungsreiche und mit viel Engagement und Sachverstand gestaltete Kultursendung. Es wird auf jeden Bereich der Kultur eingegangen - in erfrischender Machart und auf anspruchsvollem Niveau..."
- „...auffallend an diesen Sendungen ist, daß der Versuch gemacht wird, sich auch in Wortbeiträgen mit der Musik auseinanderzusetzen, also diese nicht nur anzumoderieren..."
- „...positiv ist zu vermerken, daß in der Jugendsendung von *Radio Z* ernsthaft auf jugendspezifische Themen eingegangen wird..."
- „...dieses Forum für Ausländer ist durch die erwähnten Bestandteile ... ein wünschenswerter und gut konzipierter Beitrag des Nürnberger Hörfunkanbieters..."
- „...auffallend bei diesem Themenspektrum der redaktionellen Beiträge in den Magazinen KULTURSCHOCK und STOFFWECHSEL ist das Fehlen von Meldungen über Kriminalität, Unglücks-, Klatsch- und Tratschmeldungen..."

Irrtum, liebe/r LeserIn:
Diese Sätze stammen nicht aus der Feder eines Sympathisanten der freien *Radio*-Szene, der engagierten linken Radiomachern im Frankenland ein bißchen unter die Flügel greifen wollte ... ganz im Gegenteil: *Es handelt sich um die Abschlußbeurteilung der bayrischen Landesmedienzentrale über die dreimonatige Probephase von Radio Z.*
Aufgrund dieses erstaunlich positiven Berichtes sollte am 17.03.1988 endgültig über die Sendemöglichkeit von *Radio Z* in den nächsten Jahren entschieden werden.

Erster Rückblick

Entscheidungsbefugt ist in Bayern ein sogenannter Medienrat. Dieses Gremium hat seinen Ursprung in der bayrischen Verfassung: Nach der darf nämlich *kein* Privatfunk sein.

Da aber „wirtschaftlich einflußreiche Kräfte" diesen nur zu gern wollten, stülpte man per Gesetz der betreuenden Medienverwaltung einen „Medienrat" auf, der mit „gesellschaftlich relevanten Gruppen paritätisch besetzt" wurde.

Dieser sollte nun die privatrechtlichen Schritte des neuentstandenen bayrischen Kommerzfunkes öffentlich-rechtlich legitimieren.

Privatfunk geschieht in Bayern also in öffentlich-rechtlicher Hand. (POLT, die erste ...)

Zweiter Rückblick

Dem Beobachter der öffentlich zugänglichen Medienratssitzungen schien es bisher immer so, als ob die Medienverwaltung unter dem Vorsitz des auch außerhalb Bayerns hinlänglich bekannten *Mühlfenzl* dem eher etwas hilflosen Gremium Medienrat den Finger beim Unterschreiben von Sendeverträgen führte; so schien alles seine „rechten Wege" zu gehen (Insidern ist die Spiegel-Story um die Aktivitäten des Strauß-Sohnes und die dementsprechenden Unterstützungen des Herrn Papas sicher noch im Kopf).

Anbieter mit windigen Programmangeboten und noch so obskuren Hintermänner-Finanzierungen erhielten lokale und regionale Sendeerlaubnis; der *Medienrat* schien weder willens noch in der Lage, dem privaten Funkgeschehen in Bayern kritisch oder argumentativ zu folgen, vom gelegentlich verbalisierten Bauchgrimmen abgesehen.

So entwickelte sich im Bereich des Hörfunkes ein Dschungel aus eher dümmlichen Programmangeboten; deren Niveau orientierte sich am Boulevard-Zeitungs-Stil *(Mord in der Unterwelt)* oder an Hörerbeteiligung um Mitternacht *(Wer anruft, hat schon fast eine LP gewonnen)*. Potente Finanziers für dergleichen fanden sich zum Großteil bei regionalen Zeitungsverlagen.

Eine Menge der zur Verfügung stehenden über 90 lokalen Hörfunkfrequenzen wurde so vergeben. So hinterwäldlerisch weit, so gut: Werbestrategen räumten im lokalen Raum auf und ab.

Dritter Rückblick

Das bayrische Medienentwicklungs- und Erprobungsgesetz (MEG) bildet eine Gesetzesregelung für einen zeitlichen Übergang bis Anfang der 90er Jahre. Innerhalb dieser gesetzten Frist soll die Praxis zeigen, ob eine (auch durchaus inhaltliche) Alternative zum öffentlich-rechtlichen ProgrammAngebot gefunden werden kann.

Den Initiatoren und Formulierern des MEGs wurde im Lauf der Vergabepraxis mehr und mehr bewußt, daß die Verflachungsunterhaltung der requirierten Anbieter keineswegs ausreichte, um den Ansprüchen des MEGs zu genügen.

Denn nur durch die Realisierung von inhaltlich und formal anspruchsvolleren Programmen wäre der Ansatz legitim, neben den öffentlich-rechtlichen Programmen einen Platz für den Privatfunk zu reklamieren. *Dudel-* und *Hallo, Teenie*-Programme entzögen dem privatwirtschaftlichen Mediensektor seinen so oft beschworenen moralischen (!) Anspruch der Vielfalt: Anfang der neunziger Jahre stünde die Zementierung der privatrechtlichen Medienwirtschaft innerhalb der moralisierenden bayrischen Gesetzgebung unter einem schlechten Stern (bzw. unter schlechter Raute): Nur Werbemanager sagten „Ja!". So wurden die wenigen Ansätze zu Alternativen (z.B. die Neue Welle Ostallgäu NWO und das regionale Kulturnetz Regensburg) sowohl verbal hochgedödelt (O-Ton Mühlfenzl Frühjahr '87: „Hier wird gezeigt, was alles unter dem MEG möglich ist" zu NWO) als auch finanziell gefördert (Da existiert tatsächlich ein Fördertopf in Bayern für sozial und kulturell wertvolle Programm-Erstellung: Der Medienrat entscheidet; s. weiterer Verlauf...)
(POLT, die zweite ...)

Vierter Rückblick

Wie in Gallien, so auch in Bayern ... existieren einige mutige und durch *nichts* zu erschreckende EnthusiastInnen, die in diesem Landstrich Ansätze zu akzeptablen Lebens- und Info- und Unterhaltungsformen in die Realität umsetzen wollten.

Unter anderem waren das die Leute vom *R.A.D.I.O. e.V.* mit ihrem *Radio Z* in Nürnberg und die Münchner *Lokal-Radio*-Leute mit *LORA München*. Während sich die Münchner mit der Medienverwaltung auf rechtlicher Ebene ein aufgezwungenes Korrespondenz-Scharmützel liefern, das sein Ende nur auf Gerichtshof-Ebene finden wird (*LoRa* will dort die Inkompetenz der Vergabemechanismen aufzeigen), haben es die Nürnberger tatsächlich geschafft, die Klippen der „Lizenzvergabe auf Probe" tatsächlich zu meistern und auf (lokale) Sendung zu gehen.

Nach dem Vorbild von *LoRa Zürich*, einem Sender, der seit mehr als fünf Jahren in der Schweiz sendet, organisierte der *R.A.D.I.O. e.V.* seine Mitglieder zu einem demokratischen Redaktionsgremium, in dem HörerInnen aktiv ihre Sendungen mitgestalten (und über Mitgliedsbeiträge finanzieren) können. Eine Alternative zu dem öffentlich-rechtlichen Modell, (welches ja der Allgemeinheit dienen sollte, und zunehmend der eigenen Schere im Kopf verfällt).

Letzte Meldung

RADIO Z hat rechtliche Schritte unternommen. In zwei Eilverfahren bayrischer Verwaltungsgerichte wurde der Medienratsbeschluß aufgehoben: Mensch in Nürnberg hört erfreut wie gewohnt drei Stunden RADIO Z täglich!
Was sagt der Medienrat dazu?

Der Gang der Gerichtlichen Auseinandersetzung

Nachdem LORA München nun endlich nach einem Jahr einen rechtsfähigen Ablehnungsbescheid der bayrischen Landesmedienzentrale in Händen hält, ist der Weg für eine gerichtliche Auseinandersetzung offen. Das Beispiel RADIO Z hat einmal mehr deutlich gemacht, daß hierin wohl die einzige Möglichkeit besteht, anspruchsvolle Programminhalte im bayrischen Privatfunk durchzusetzen.
Nähere Information bei:
LORA-München, Weißenburgerstr. 33, 8000 München 80

Unter äußerst engen finanziellen Bedingungen erstellte ein 11-köpfiges Redaktionsteam drei Stunden täglich ein lokales Hörfunkprogramm. Ein engagierter HörerInnenkreis unterstützte dieses Unterfangen mit unbezahlter redaktioneller Mithilfe; das fand alles in mehr als beengten räumlichen Verhältnissen statt mit Hilfe eines ziemlich bescheidenen Studios (mancher HiFi-Fetischisten-Amateur würde beschämt die Augen schließen); dennoch: Redakteure des Bayrischen Rundfunks wurden ob der Professionalität in (banges?) Erstaunen versetzt. Innerhalb von drei Monaten Sendepraxis zeichnete sich in Nürnberg und Umgebung das Bedürfnis nach einer lokalen Berichterstattung ab:

Die HörerInnenbindung an *Radio Z* intensivierte sich; aus AnruferInnen wurden MitarbeiterInnen, der finanzierende Mitgliederverein wuchs auf über 700 Mitglieder. Alles schien eitel Sonnenschein - bis zum 17.03.88:
(POLT, die dritte ...)

Da schlug die bayrische Real-Zyneske zu:

Trotz:

- einer rundweg positiven Beurteilung der Redaktions- und Sendearbeit durch die Medienzentrale
- des einstimmigen Votums durch den Programmausschuß (eines Untergremiums des Medienrates) für *Radio Z* ...
- der eindeutigen Bestätigung des Geschäftsführers der Medienzentrale, daß sich keine rechtlichen und programmlichen Einsprüche gegen *Radio Z* durchsetzen ließen und daß niemand auf den Sendeplatz von *Radio Z* sonst scharf wäre ...

Trotz all dieser (in ihrer positiven Zeichnung eher verblüffenden) Aussagen liegt am Ende einer mehr als einstündigen Debatte ein für *Radio Z* negatives Abstimmungsergebnis vor: Kein Senderecht. Aus der Traum vom linken Radio in Bayern!

Der Beobachter reibt sich die Augen und blickt auf den bleichgewordenen Vorsitzenden, selbst CSU-Landtagsabgeordneter in Bayern: Trotz besserer Einsicht kann auch er nichts mehr retten; weder „Vertagen" noch andere „gute" Worte helfen. Alle Versuche, einer eingefleischten schwarzen Mehrheit im Medienrat deutlich zu machen, daß man zur Legitimation des Kommerzfunkes auch durchaus positive Beispiele braucht, (und daß diese positiven Beispiele nun leider Gottes nicht von Anbietern, in deren Hintergrund Bürgermeister und Landräte, Geschäftsführer und Landtagsabgeordnete, ja selbst Minister der CSU stehen, formuliert werden) fruchten nichts.

Täglich drei Stunden lokales Hörfunkangebot „vorzugsweise aus sozialer und ökologischer Sicht" (lt. erwähnter Beurteilung der Medienverwaltung) im Raum Nürnberg, das ist in Bayern für den *Medienrat* nicht denkbar. Natürlich senden in Nürnberg (eh SPDlerisch versaut) im ganzen 4 Frequenzen lokal à 24 Stunden privat.

Natürlich meinte ein CSU-Landtagsabgeordneter zu Beginn der Debatte: „... bemerkenswert, kaß wir CSU-Leute unsere Liberalität dadurch zeigen, daß wir einen 'solchen' Sender ermöglichen ...". Natürlich kann der anwesende Staatssekretär noch einmal mit seinem Wortbeitrag unterstreichen, daß *Radio Z* mit seinem Programm rechtlich nicht zu beanstanden ist ...

(Wieviel) Jahre CSU-Regierung sind genug? Ein solches Programm ist in Bayern, in „unserem Bayern" paritätisch-solidarisch in bestimmten Gremien nicht duldbar: Die Zusammensetzung des Medienrates scheint aufgrund der spezifisch bayrischen Verhältnisse dem der vierjährlichen wiederkehrenden Wahlergebnisse nicht nachzustehen. Wußte da eine Hand, was die andere tat? War Schönhuberischer Konservatismus schneller als der einfallsreiche Strauss'sche
(POLT, die vierte ...)

Fazit

Radio Z in Nürnberg wie *LoRA* in München war von Anfang an klar, daß sie mit ihrem ambitionierten Angebot allzuschnell in die Rolle eines liberalen Alibis schlüpfen konnten. Diese Angst war verfrüht: Das Votum des Medienrates, das Abschlagen

Fortsetzung auf Seite 14

Damit in Bayern nicht nur schwarzgefunkt werden kann ...

Radio Z

Werdet Mitglied!
Unterlagen anfordern bei:
Radio Z, Hintere Ledergasse 10, 8500 Nürnberg 1

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die ANDEREN Radios: Ein kleiner Reiseführer für die Fremdstadtverliebten der Republik

Fortsetzung

Radio Z, Hintere Ledergasse 10, 8500 Nürnberg 1, Tel. (0911) 22 28 45 u. 20 40 69

Z, wie Zorro oder Zahnarzt oder Zweifel...? - „Aus Verzweiflung gut" lautet das Motto des ersten nichtkommerziellen Privatsenders in Bayern. Anzeichen verzweifelter Stimmung sind bei den MacherInnen noch nicht zu erkennen. Seit 1. Dezember 1987 ist „Z", von 17 bis 20 Uhr täglich auf 95,8 MHz zu hören.

Unter der reichlich bayerischen Knebelklausel, von einem speziellen Schwulenprogramm Abstand zu nehmen, hatte die vorläufige Zulassung gestanden - die endgültige wurde Mitte März überraschend versagt (siehe auch die Beiträge: „Kehraus" - Zum letzten Sendetag von Radio Z - von Mathias Lahmann und Red. Nürnberg auf der nächsten Seite) hauptsächlich wegen teuflisch-heidnischer, leibhaftig antikirchlicher Senderei. Doch Radio Z ist zuversichtlich, daß das Lizenzierungsgremium das noch einmal begnadeter sehen wird.

Eigene Sendeplätze haben derzeit Frauen, AusländerInnen und Jugendliche. Indessen beginnt sich der Sendebetrieb mit 6 festen (nach alternativem Einheitstarif bezahlten) und 50 freien MitarbeiterInnen einzuspielen. „Z" legt nicht nur Wert auf Themen und Recherchen, sondern auch auf Hörbarkeit, und das Vergnügen der Region äußert sich in reger Beteiligung. Es gibt offene Diskussionsrunden zu ausgewählten Themen, Anrufe werden eingespielt. Auch diese Sendungen werden mittlerweile im Groben vorbereitet: Zehn Menschen im Studio einfach losreden zu lassen, hatte sich als katastrophal erwiesen.

Radio Z wird gehört- zum Beispiel von Thomas .Röbke, manischem Mitarbeiter des Jugendzentrums KOMM: „Ich hör'eigentlich erst intensiv Radio, seit es Radio Z gibt. Das Lokale und die Avantgardemusik schätz'ich sehr."

Kritisch ist die Finanzlage: 550 zahlende Mitglieder sind einige Tausend zu wenig; Lotto-Millionen haben sich nicht eingestellt, das Budget fällt reichlich bescheiden aus - mensch hat begonnen, Werbung ins Programm zu nehmen. Radio Z appelliert an die HörerInnen, Mitglied zu werden (ab 60 Mark im Jahr) und mitzuarbeiten. Für den Erfolg bürgt das Horoskop: „Auserlesene Katze. Die beste, glücklichste, ausgeglichenste aller Katzen;" der Zwilling als Aszendent garantiert zudem ein höchst anpassungsfähiges Medienleben.

Radio Neufunkland, Silberburgstr. 50, 7410 Reutlingen, Tel. (07121) 4 30 02, löst Kontroversen aus, ob's als ANDERES Radio gelten kann. Jedenfalls: kritisch und parteiunabhängig trotz SPD-Startgeld, wenn auch nicht „alternativ", tönt es seit 1. Dezember 1987 durch den südschwäbischen Äther. 14 bis 19 Uhr ist Sendezeit mit 3 Minuten Werbung pro Stunde, samstags aber wird durchgemacht bis 5 Uhr früh, und sonntags ist schon 18.15 Schluß auf 103,4 MHz. An der HörerInnenbeteiligung wird noch gebastelt, aber bisherige Reinrufaktionen machten Appetit (Beispiel: Atomunfall in der Sowjetunion - sollen wir gleich melden oder erst nachprüfen? Ruft uns an ...). Extra Sendeplätze für benachteiligte Gruppen gibt's nicht, aber AsylantInnen und Behinderte spielen eine große Rolle. Neufunkland ruft die HörerInnen auch auf, über Mißstände oder Interessantes aus der Region zu berichten.

Die Tübinger Thomas-Mann-Editorin Inge Jens über ihr Hör-Erlebnis: „Neufunkland ist zupakkender, pfiffiger, informativer als andere Privatsender. Ich würde mehr Wortbeiträge wünschen, weniger Berieselung." Geburtstag und glückliches Katzen-Horoskop teilt Neufunkland mit Radio Z in Nürnberg, doch weissagt ihm der Widder-Aszendent eine kräftige Portion ideologischen Fanatismus!

LoRa München (Lokalradio), Schwanthaler Str. 76 Rgb., 8000 München 2, Tel. (089) 538-0515, hofft, per gerichtlicher Hilfe auf Sendung zu gehen. Alle Versuche, mit anderen Anbietern à la Wecker und Jazzern und Classikern einen engagierten Kanal zu fluten, bissen auf Granit: Bayern von oben mag keine Kultur von unten (s. Radio Z)!

LoRa will drei Stunden täglich, dazu einmal in der Woche eine ganze (Rock?=)Nacht, möglichst ganz ohne Werbung à la LoRA Zürich. Engagierter Lokaljournalismus unter ZuhörerInnenbeteiligung steht auf dem Programm, Hintergrundberichte über Gruppen und Inis: Alles außer Schwabing Schicki-Micki. Programmstruktur wie Radio Z. LoRa - gemeinnützig - hofft, noch viele geizige SteuerzahlerInnen mit wenigstens einem losen Tausender und genügend radiowütige Freiwillige anzulocken. Kein Wunder bei dem Horoskop: „Erzdrache. Rast blind drauflos. Stets siegesbewußt."

Radio Dreyeckland, Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg 1, Tel. (0761) 55 24 55, durfte und wollte eigentlich ab 7. März 1988 senden, täglich sechs Stunden, gesplittet auf 102,3 und 100.7 MHz - wenn, ja wenn die Mitbenutzer der Frequenzen, sämtlich etablierte Medienunternehmen, ebenfalls begonnen hätten. Da sie blitzartig zurücktraten, hat auch Dreyeckland Zwangspause, und die wurde schleunigst zur Beantragung einer 24-Stunden-Frequenz genutzt! Es kann aber leicht Mai werden, bis es damit losgehen kann. Immerhin wissen wir aus langjähriger Probe-Sendepraxis, was von Dreyeckland zu erwarten ist:

Keinerlei Werbung ziert das Programm, das es ohne die legendären Radiopiraten gleichen Namens (seit Juni 1977) nicht gäbe. HörerInnen können jederzeit durchrufen, durch Mitarbeit auch (ehrenamtliche) Redaktionsmitglieder werden. Arbeitslose, Frauen, Schwule, SchülerInnen, Amateurmusikgruppen haben eigene Sendeplätze oder gute Chancen im selbstgestalteten „Gruppenradio" (90 Minuten täglich). Radio Dreyeckland braucht dringend Spenden („Freundeskreis Dreyeckland", Volksbank Freiburg Nr. 932/0202, BLZ 680 900 00). Es bietet das Buch „Zum Beispiel Radio Dreyeckland" an (Dreisam-Verlag Freiburg 1987, DM 19,80). Es appelliert an Radiofans allerorten, eine gemeinnützige Radiolobby zu bilden. Und der Ohrenschmaus? AKW- Gegnerin Ute Müller: „Das Hören erfordert viel Disziplin, nebenbei Kochen geht eigentlich gar net. 's ist ganz unterschiedlich, entweder so'n Seich, dann wieder toll. Extreme Musiksendungen, die regen mich auf." Liebe Ute, das stand schon im Horoskop: „Kriechende Schlange am Busen. Aalglatt, unstet - und treulos."

Für Berichtigungen und Ergänzungen sind die AutorInnen dankbar:
Informationsdienst
Projekt Alltag
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90
☎ (069) 70 99 35

Das Horoskop für jedes Radio verdanken wir Paula Delsol und Gabriele Lindemann.

Fortsetzung von Seite 13: „Kehraus"

eines derartigen Feigenblattes also, und die damit verbundene Inkarnation eines treutumben *Mir san mir* hat mehr als gezeigt, daß sich der Kampf vor Ort gelohnt hat. Ein Deckmäntelchen lupft sich: Die ach so demokratische Maske eines öffentlich-rechtlichen Überbaus (Medienrat) wird nur noch gerichtlich auf seine tatsächliche Substanz zu untersuchen sein ... Die bayrische Verfassung, immerhin auch aus den medienpolitischen Erfahrungen mit dem Dritten Reich heraus formuliert, duldet keinen Privatfunk. Kiel hat gezeigt, wo die Grenzen im Rechts-Verbiegen liegen. Kleine Reminiszenz an die Vertreter einer ach so vehement postulierten linken Gegenöffentlichkeit: Der Medienrat hat wesentlich mehr als 40 Mitglieder; die Entscheidung gegen *Radio Z* ist aber mit 18:14 Stimmen gefällt worden.

Bei der Abstimmung *nicht anwesend* waren:
- der Vertreter der Gewerkschaften
- die Vertreterin der GRÜNEN
- ein Vertreter der SPD
- der Vertreter der Jugendverbände...

Aus früheren Statements konnte man auf Unterstützung von *Radio Z* schließen:

Kann man in bayrischen 'Pinkel'kabinetten (auch rechte ältere Herren und Damen müssen mal aufs Klo bei entscheidenden Abstimmungen ... Linke Abgeordnete können ein Klagelied der Blasenbelastbarkeit singen...) auf Demokratie hoffen, wenn man den eigenen Wahlleuten stärker auf die Füße treten würde?

Radio Z wird rechtliche Schritte unternehmen:

Infos unter:
Radio Z
Hintere Ledergasse 10
8500 Nürnberg
Infos über LoRa München:
LoRa München
Schwanthaler Str. 76 Rgb.
8000 München 2

„aus" für Radio Z?

Kritischer bayerischer Lokalsender soll mit allen Mitteln verhindert werden

Renate Schorr

Red. Nürnberg Radio Z ist ein freier alternativer Rundfunk-Sender, vergleichbar etwa mit Radio 100 in Berlin oder Radio Dreyeckland in Freiburg. Nicht ganz vergleichbar allerdings, denn: Radio Z sendet in Nürnberg - und das gehört nicht nur zu Franken, sondern auch zum Freistaat Bayern.

In Bayern darf es laut Verfassung keinen privaten Rundfunk geben, deswegen wurde im Medienerprobungsgesetz festgelegt, daß private Hörfunksender unter öffentlich-rechtlicher Verantwortung möglich sind, eine Hilfskonstruktion. Diese Verantwortung wird von der Bayerischen Landeszentrale für Medien (BLM) bzw. dem Medienrat wahrgenommen. Dieser Medienrat ist, ähnlich wie der Rundfunkrat, von Vertretern der sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen besetzt. Er entscheidet über die Vergabe von Sendelizenzen.

Zur Geschichte:
Am 02.10.1987 stand die Lizenz für Radio Z erstmals zur Entscheidung an. Diese wurde vertagt. Die ganze Frequenz, auf der noch drei andere „normale" Anbieter senden, wurde vorerst nicht freigegeben. Für Radio Z seien noch diverse Fragen zu klären. Am 29.10.1987 fiel die nächste Entscheidung: Die Frequenz darf ohne Z - den Betrieb aufnehmen, probeweise. Die drei Stunden von Z (täglich 17-20 Uhr) werden vorläufig von einem anderen Anbieter mitübernommen. Die Probephase läuft bis 05.02.1988. Wenn Radio Z bestimmte Auflagen erfüllt, kann es in die Probephase aufgenommen werden.

Die Auflagen waren:
- Die geplante Schwulensendung muß - weil vom Medienrat als jugendgefährdend angesehen - aus dem Programm gestrichen werden. Dies ist geschehen.
- Aus der Finanzierung müssen Partei-Gelder eliminiert werden. Eine vom Landesverband der GRÜNEN geleistete Bürgschaft über einen Kredit wurde von einer garantiert nicht grünen Privat-Person übernommen. Ein Zuschuß des Öko-Fonds ist innerhalb von 6 Monaten zurückzuzahlen. Eine entsprechende Rückzahlungsvereinbarung liegt dem Medienrat vor.
- Es ist ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Im Februar 1988 wurde beschlossen, Werbung aufzunehmen. Andere Finanzierungsmöglichkeiten haben andere Sender auch nicht!

Am 17. März tagte der Medienrat erneut (die Probephase war verlängert worden), um über die Sendegenehmigung zu entscheiden.

Trotz Erfüllung aller Auflagen und trotz einer positiven Beurteilung durch die Geschäftsführung der BLM, die unser Programm gründlichst analysiert hat, wurde Radio Z die Sendegenehmigung verweigert.

Sogenannte Gründe:
- Radio Z gewährleiste nicht, daß es sich an die Bestimmungen des MEG halten werde.
- Radio Z diffamiere fortlaufend die Kirchen
- Radio Z werde durch den Öko- Fonds finanziert (s.o.)

Alle Vorwürfe sind unbewiesen, sie entbehren jeder Grundlage. Am 20.03.1988 wäre der letzte Sendetag gewesen. Am 21.03.1988 konnte per einstweiliger Anordnung weitergesendet werden. Dagegen hat die BLM Beschwerde eingelegt, über die am 24.03.1988 entschieden wurde.

Doch unmittelbar nach Ostern versammelt sich wieder der Medienrat und kann wieder verbieten...

Spendenkonto:
R.A.D.I.O. e.V./Prozesskostenhilfe für Radio Z, Schmidt Bank Nbg. (760 300 70) Kto.: 10 015 944

Frankfurt - Amsterdam

Über einen Umzug besonderer Art

Die Nachrichten kommen vom Volk
und kehren zum Volk zurück
20.Juni 1973
Sozialistische Presseagentur (SPA)

Vorgeschichte

So stand es vor gut 13 Jahren auf einem Flugblatt. Ein Jahr, in dem viel passierte. Am 17.1.1973 fand der erste, am 8.5.1973 der zweite Hungerstreik der RAF statt, der Putsch in Chile, in Frankfurt tobte der Häuserkampf, die Bundeswehr veranstaltete ihr Wintex-Manöver '73, wilde Streiks bei Mannesmann, Hoesch, Hella und anderen Firmen.

In diesem Jahr gründete sich der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten". Der ID, wie er auch kurz und bündig genannt wurde, erschien wöchentlich mit einer anfänglichen Auflage von 500 Exemplaren. Die alternative Presseagentur hatte den Anspruch, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, d.h. Leute, die in den Medien überhaupt nicht, oder nur als Objekte in Erscheinung traten. Später nannte man das „Betroffenenjournalismus". Der ID war der erste Versuch der Berichterstattung von unten. Der ID wurde immer schlechter, je perfekter er wurde, so sagt man. Er wurde langweilig, als er versuchte, die Langeweile gewaltsam zu vertreiben. Auf dem Weg zur Perfektion ist er im Wettlauf mit der taz gescheitert. Auf dem Weg dorthin war er noch Initiator einiger Alternativzeitungstreffen und Protagonist des Russell-Tribunals ... Sein Ende war weniger spektakuläres Ereignis denn normaler Alltag, medienunwürdig. 1981 stellte der ID sein Erscheinen ein.

Übriggeblieben waren ein paar tausend Zeitungen und ein Rest von Leuten. Schon war eine neue Idee geboren.

Der „Informationsdienst: Zentrum für alternative Medien" ID/„Projekt Gedächtnis"

1981 als gemeinnütziger Verein gegründet, betrieb der ID das heute wohl größte Alternativzeitungsarchiv der Bundesrepublik. Getragen von der Erfahrung des Zeitungssterbens und der Fluktuation der vielen Alternativzeitungen drängte sich das Vorhaben eines Archives der Alternativzeitungen geradezu auf.

Das Archiv organisierte am 21./22.6.1985 das erste Archivtreffen der nicht-offiziellen und grauen Archive in Frankfurt. Der ID hatte dazu aufgerufen, weil sich in den letzten Jahren eine Anzahl von Bewegungsarchiven, Infoläden und vieles mehr gebildet hatten. Der ID war Schaltstelle zwischen diesen Archiven und über 100 Alternativzeitungen, die bei ihm Mitglied waren. Der ID belieferte diese Zeitungen mit Dossiers, Informationsmaterial und vielen Tips.

Für die taz erstellte der ID seit 1982 ein Register. Seit 1987 wird dieses Register von einem ehemaligen ID-Mitarbeiter in der taz/Berlin erstellt.

Der ID ist ein öffentlich zugängliches Archiv der alternativen Printmedien.

Inhaltlicher Beweggrund unserer Arbeit ist, Informationen zu „demokratisieren". Zugang zu Materialien und Kontakte für jenen Teil der bundesrepublikanischen Medienlandschaft zu schaffen, der sich im Gegensatz zu Springer, Spiegel, Gruner & Jahr ... kein Archiv oder eine Datenbank leisten kann.

Ansteigen der Besucherzahl und der Zunahme der Archivalien die Kosten nicht mehr gedeckt werden konnten. Neben Spendenaufrufen in Richtung „Szene", verstärkter Mitgliederwerbung bei Alternativzeitungen, versuchten wir dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Der gewünschte Erfolg blieb jedoch aus. Daneben versuchten wir über fünf Jahre, die Übernahme der Mietskosten durch die Stadt Frankfurt zu erreichen. Auch während der hessischen rot-grünen Koalition fanden Gespräche statt. Das Ansprechen von bekannten Stiftungen, und das Antichambrieren auf allen Ebenen der Grünen führten zu keinem Ergebnis. Für uns entstand die prekäre Situation, einerseits ein Archiv beachtlicher Größe zu führen, andererseits den Gerichtsvollzieher als Dauerbesucher in unseren Räumen zu empfangen. Tatsache ist, daß zur Zeit und wohl auch in absehbarer Zukunft keine Institution, die sich der linken Vergangenheit und Gegenwart verpflichtet fühlt, außeruniversitäre Einrichtungen wie den ID unterstützt.

Im Januar 1988 standen wir vor dem Konkurs. Nach all unseren Bemühungen war klar, daß es hier in der Bundesrepublik keine Perspektive gab. Mit über 30.000 DM Schulden im Rücken und laufenden monatlichen Kosten von mindestens 4.000 DM (ohne Personalkosten) suchten wir die nächste Kneipe auf. Im Zeichen des Wassermanns fiel das Stichwort Amsterdam. Ohne große Hoffnung riefen wir am nächsten Tag in Amsterdam an. Wider Erwarten war die Reaktion äußerst positiv. Sodann machten wir uns auf den Weg zum Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

Chronologie

1984: Versuch über die GRÜNEN/Europa Gelder zu erlangen.
Kontaktieren der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN.
Gespräche mit der Fraktion der GRÜNEN, Bonn
Ministerium Wissenschaft und Kunst: Ersuchen um Mietkostenübernahme.
Stadt Frankfurt (Hilmar Hoffmann) ebenfalls Mietkosten. Pressekampagne.

1985: Hessisches Kultusministerium: Mietkostenzuschuß.
Hessisches Ministerium Wissenschaft und Kunst: Gewährung einer wissenschaftlichen Hilfskraft für ein halbes Jahr für die Überarbeitung des „Sacharchives".
Gespräch mit dem Stadtarchiv Frankfurt.

1986: Hessisches Ministerium Wissenschaft und Kunst:
Fortführung des Projektes „Sacharchiv" – abgelehnt.
Die GRÜNEN im Landtag werden angesprochen.
Hessisches Umweltministerium.
Hessisches Landwirtschaftsministerium
Hessisches Wirtschaftsministerium.
Gespräch mit Staatssekretär Burckhardt
Jan Philipp Reemtsma
Hamburger Institut für Sozialforschung.

1987: Ministerium für Wissenschaft und Kunst.
GRÜNE: Landesverband Hessen.
Friedrich Ebert Stiftung.
Stadt Frankfurt.
Deutsche Bibliothek und DFG.
Pressekampagne.

Die oben aufgeführten Bemühungen unsererseits stellen nur einen kleinen Ausschnitt unserer Anstrengungen dar.

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG)

Die Aufrechterhaltung eines Archives unserer Größenordnung erfordert neben Idealismus viel Geld (über 3.000 Titel/über 100.000 Zeitschriften und ein umfangreiches Textarchiv). Konnten wir in der Vergangenheit unseren Finanzbedarf von cirka 150.000 DM pro Jahr noch selbst erwirtschaften, so wurde uns in den letzten Jahren jedoch klar, daß mit dem

Was ist das IISG?

Mitte der 30iger Jahre wurde das Institut gegründet, um die Geschichte der Sozialen Bewegungen zu archivieren. Finanziert wurde das Institut aus den Gewinnen einer niederländischen Arbeiterversicherung. Während der Zeit des Faschismus konnte das Institut sehr viel Material retten. Aufgrund dieser fünfzigjährigen Geschichte befinden sich heute unter anderem Nachlässe von Karl Marx, Friedrich Engels, Michail Bakunin, Karl Korsch, Max Nettlau, Otto Rühle, Rudolf Rokker, Augustin Souchy usw. im Institut. Hinzu kommt ein großer Bestand von Büchern, Zeitschriften und Flugblättern im IISG, die bis in die Zeit der Pariser Kommune 1870/71 zurückreichen. Das IISG ist das einzige europäische Institut dieser Größenordnung, welches unabhängig von den politischen Konjunkturen, die linke Geschichte dokumentiert. Besonders zu betonen ist, daß die Bestände das gesamte Spektrum der linken Bewegung umfassen (von der christlichen Arbeiterbewegung bis zum Anarchismus). Die Bestände sind im übrigen Eigentum dieser Stiftung und nicht des niederländischen Staates. Aufgrund dieser Geschichte schien uns das Internationale Institut für Sozialgeschichte der geeignete Ort zu sein, wo wir unsere Arbeit in Zukunft fortführen können. In der derzeitigen politischen Großwetterlage in der BRD scheint uns dieser Umzug sinnvoll zu sein (man beachte die Paragraphen 129a, 130 und diverse Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmeaktionen von Zeitungen und Archiven).

Unter welchen Bedingungen arbeiten wir im IISG?
Grundlage der Weiterarbeit ist ein Schenkungsvertrag (!) zwischen dem ID und dem IISG.

Dieser Schenkungsvertrag beinhaltet unter anderem:

a) die Bestände sind öffentlich zugänglich
b) die Bestände dürfen weder verkauft oder sonstwie weiterveräußert werden
c) das ID-Archiv ist eine selbständige Abteilung im IISG, die nicht auseinandergerissen werden darf
d) die zwei verbliebenen ID-Archiv-Mitarbeiter werden angestellt
e) die Arbeit des Sammelns und Dokumentierens für die Alternativzeitungen wird fortgeführt
f) wenn diese Bedingungen vom ISSG nicht eingehalten werden, dann kommt das ID- Archiv wieder zurück nach Frankfurt

Was haben nun die Alternativzeitungen davon?

Zunächst finden wir es natürlich schade, die bisherige Arbeit nicht mehr in der BRD fortsetzen zu können. Uns ist klar, daß Amsterdam eben nicht so zentral liegt wie Frankfurt. Der Standortvorteil von Frankfurt war aber auch in der Vergangenheit nur für die Rhein- Main-Region von Vorteil. Leute aus Berlin oder Hamburg mußten bisher auch lange Wege in Kauf nehmen.

Aufgrund der wesentlich besseren Arbeitsbedingungen in Amsterdam können wir den Alternativzeitungen erstmalig Material zur Verfügung stellen, was bisher nur unter schwersten Bedingungen zu realisieren war. Unsere Zusammenarbeit mit den Alternativzeitungen stellen wir uns in Zukunft folgendermaßen vor: Alle Alternativzeitungen, die uns wie bisher ihre Zeitungen ins IISG nach Amsterdam zuschicken, erhalten von uns jährlich zwei Dokumentationen. Unsere Dokumentation zum 2.11.87 (Startbahn-West; siehe Anzeige auf dieser Seite) ist der erste Ausdruck unserer Möglichkeiten im IISG. Zusätzlich bekommen die Alternativzeitungen kostenlos jedes zweite Jahr das Verzeichnis der Alternativzeitungen, das wir nach wie vor herausbringen möchten. Für das Jahr 1989 bringen wir ein Verzeichnis der „alternativen Archive" heraus. Desweiteren bringen wir 1989 eine Bibliographie der „grauen Literatur" (Broschüren und Dokumentationen) heraus. All diese Produkte versuchen wir möglichst billig zu produzieren, um einen möglichst breiten Kreis von Interessierten zu erreichen. Nach Wunsch können wir uns vorstellen, im Herbst 1989 nach langer Zeit mal wieder ein Treffen der Alternativzeitungen in Amsterdam zu organisieren. Nach wie vor stehen wir natürlich den Alternativzeitungen für Rechercheanfragen zur Verfügung.

Unsere neue Adresse ab Mai 1988:

ID-Archiv im IISG
Kabelweg 51
NL-1040BA Amsterdam
☎ 00 31 - 20 - 843 36 95

PS: Alle Alternativzeitungen erhalten eine ausführliche Begründung unseres Umzuges und auf Wunsch eine Kopie des Schenkungsvertrages!

2.11.87...

Dokumentation
zu den Schüssen an der Startbahn
Berichte - Stellungnahmen - Diskussionen
aus ca. 60 Zeitungen der Gegenöffentlichkeit

Inhalt u.a.
- der 2.11.87...
- Positionen von autonomen, antiimperialistischen, anarchistischen Gruppen
- Einschätzungen sonstiger Gruppen und Parteien
- Gewaltdebatte
- Repression gegen Startbahnbewegung
- über die Autonomen
- Startbahn Widerstand/Geschichte

320 S. A4 **25.– DM**
Bestellungen nur an
AurorA, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19
Einzelbestellung gegen Voreinzahlung (+ 3.– DM Porto)
auf das Konto: J. Knoblauch, Postgiroamt Bln/W, Konto-Nr. 465157-104 (BLZ 100 100 10)

Stellenmarkt

Jobs

Grafische Werkstatt sucht 4. Kollektivistin (Frau), möglichst ab sofort. Wir machen Grafik, Satz, Repro und Montage und suchen eine Frau, die in mindestens einem dieser Bereiche ausgebildet ist und über entsprechende Praxiserfahrung verfügt und zudem Lust hat, sich in die anderen Schwerpunkte einzuarbeiten.
Genauso wichtig ist es uns auch, daß Du in einem Kollektiv arbeiten willst und daß wir zusammenpassen.
Schreibt an: Grafische Werkstatt
Johannesstr. 58
7000 Stuttgart 1

Wir Hutzel's suchen für unsere Selbstverwaltete Vollkornbäckerei in Bochum zwei Menschen, die **langfristig** mit uns arbeiten wollen.
Unsere Wünsche:
Ihr solltet bereit sein, in allen bei uns vorkommenden Arbeitsgebieten wie Backstube, Verkauf, Organisation (Büro, Einkauf, Technik, Finanzplanung...) und gemeinsame Betriebsführung mitzuarbeiten.
Erwünscht, aber nicht Bedingung sind Vorkenntnisse als:
KollektivistIn, (Vollkorn)BäckerIn, KauffrauKaufmann, OecotrophologIn, LebensmitteltechnologIn.
Wir bieten:
Gutes finanzielles Auskommen und üblichen Kollektivstreß. Die leeren Stellen bei uns sollen zum 1.5.1988 besetzt werden. Nur schriftliche Unterlagen innerhalb von zwei Wochen an:
Hutzel GmbH
Hattinger Str. 88
4630 Bochum 1
z. Hd. AG Neue Leute

Für unser Vereinsbüro suchen wir ab Mai '88 **eine/n Angestellte/n.** Der Verein Kommunales Kino e.V. betreibt in 7300 Esslingen ein Kino mit täglichem Programm. Gesucht wird eine Person, die mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern im Team die Büro- und Programmorganisation sowie teilweise inhaltliche Programmplanung übernimmt.
Wir setzen folgende Qualifikationen voraus:
- mehrjährige Arbeitserfahrung in einer vergleichbaren Organisation und im Umgang mit Gruppen
- Kenntnisse und Erfahrung in der Buchführung, Büroorganisation und Verwaltung
- Fähigkeit zur selbständigen Arbeit: Kontakte zu Filmverleihern und kooperierenden Institutionen, Öffentlichkeitsarbeit, Erstellen von Arbeitspapieren
- Kenntnisse im Bereich Kino und Filmgeschichte

Wir erwarten eine Persönlichkeit, die sich in unserem Verein engagiert und in der Arbeitszeit flexibel ist.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an:
Peter Klenk
Danneckerstr. 21
7000 Stuttgart 1

Wir suchen **SchreinermeisterIn** für den Betriebszweig Schreinerei zum Frühsommer '88.
Schreinerei - Zimmerei Dobslaw
Im Brühl 10
7811 Sulzburg
☎ (07634) 82 84

WELTFRIEDENSDIENST E.V./BERLIN

Für ein Projekt auf der Insel Maio/Republik Kap Verde suchen wir

einen

Genossenschaftsberater

Aufgabe: Organisatorische/kaufmännische Beratung beim Aufbau eines Genossenschaftsverbandes zur Unterstützung kleiner Primärgenossenschaften. Fortbildung nationaler Mitarbeiter in Management und Buchhaltung.

Qualifikation: Betriebswirt oder Agrarökonom mit Berufserfahrung in Genossenschaften bzw. Kleinbetrieben möglichst in Afrika oder Lateinamerika.

WFD bietet: Leistungen nach dem Entwicklungshilfegesetz, 3-Jahre-Vertrag, angemessene Vorbereitung, soziale Absicherung.

Bewerbungen bis zum 25.4.1988 an:
Weltfriedensdienst e.V.
Hedemannstr. 14 o 1000 Berlin 61
☎ (030) 251 05 16

Suchen SchreinerIn zum Aufbau einer Kollektivschreinerei innerhalb unserer Großkommune (z. Zt. 29 E., 9 K., gemeinsame Kasse, Konsensentscheidung); zusätzlich Frau mit Interesse an Holzarbeiten zum Anlernen.
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
☎ (05605) 27 88

Wir sind Teil des internationalen Netzwerks des **Instituts für kulturelle Angelegenheiten,** eine autonome Entwicklungshilfegesellschaft. Wir leben in einer Wohngemeinschaft in Frankfurt.
Wer hat Lust, in unserem Büro mitzuarbeiten? Wir brauchen jemand, der was von Buchhaltung versteht und auch keine Angst vor Computern und Englisch hat. Für Deine/Ihre Mitarbeit können wir Dich/Sie nicht mit viel Geld entlohnen, aber wir bieten gute hausgemachte vegetarische kost und Fahrtkostenerstattung.
Institut für kulturelle Angelegenheiten
Darmstädter Landstr. 109
6000 Frankfurt/Main 70
☎ (069) 61 87 53 (9 - 13 Uhr)

Aus/Einsteiger gesucht

Welche/r erfahrene/r **SetzerIn** möchte dazulernen?
Wir setzen mit dem PC-Satzsystem TEXTLINE und belichten auf der Lasercomp von Monotype.
Wir suchen eine/n erfahrene/n MitarbeiterIn für den Auf= und Ausbau unseres Satzbetriebes.
Selbstverantwortliches Arbeiten wird vorausgesetzt, Erfahrungen in der Auftragskalkulation wären von Vorteil.
TEXTLINE GmbH
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
☎ (06171) 7 34 96

Umweltschutz

Wir suchen MitarbeiterInnen. **GEOTEAM** Büro für Umweltschutz- und Technologieberatung.
Nordring 82 b
6050 Offenbach/Main
☎ (069) 800 46 17 - 18

A + W Für unser Projekt EntwicklungsCentrum Osnabrück **E C O S**

suchen wir für die Übernahme des kaufmännischen Bereichs zum 1. Juni

WIRTSCHAFTSINGENIEUR/IN oder
DIPL.-BETRIEBSWIRT/IN
oder vergleichbare Qualifikation.

Die Aufgabe setzt mehrjährige Berufspraxis voraus. Erfahrungen in den Bereichen Unternehmensberatung, Produkt- u. Produktionsmanagement, Kalkulation, Umgang mit priv. u. öffentl. Einrichtungen sind von Vorteil.
Aufgabenbereiche werden u.a. sein: Produktbewertung (Bedarfs- u. Marktgesichtspunkte); Beratung von Arbeitnehmern/Betriebsräten; Entwicklung alter. Unternehmenskonzepte; projekteigene Verwaltung.
Geboten werden: Arbeiten im Team; Vergütung angelehnt an BAT III/II (nach Eingangsqualifikation). Die Stelle ist zunächst befristet.
Nähere Informationen unter Telefon 05 41-5 25 88
Bewerbungsunterlagen bis zum 18.4.1988 an:

ARBEIT + WISSENSCHAFT e.V., ECOS
Iburger Straße 159, 4500 Osnabrück

Das **ECOS** ist eine Einrichtung reg. Beschäftigungs- u. Wirtschaftsförderung. Ziel ist die Verknüpfung unbefriedigter gesell. Bedarfe (Bsp. Umweltschutz) mit der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Stellensuche

Suche **Ausbildung**(splatz) in (alternativen) Betrieb, am liebsten zum Vollkornbäcker, zwecks Umstieg nach geisteswissenschaftlichem Studium und dreijähriger Berufstätigkeit. Mögliche Räume: Hamburg, Braunschweig, Ruhrgebiet. Bin m., 29 Jahre, aber motiviert.
Chiffre: Kleine Brötchen

Suche Stelle für's Berufspraktikum für soz. Päd. Möglichst in Gemeinwesensarbeit und Ökologie ab September 1988. Ich bin 25 Jahre und studiere noch bis Juli 1988 an der evang. Fachhochschule in Darmstadt, Schwerpunkt: Gemeinwesensarbeit und Ökologie - Erwachsenenbildung - Medien der Sozialarb./Soz. Päd.
Jutta Schecker
Carl-Mierendorf-Str. 1
6105 Ober-Ramstadt
☎ (06154) 5 13 02

Suche dringend ab Oktober einen **Ausbildungsplatz** im graphischen Gewerbe/Druck, Repro, Graphik, etc. in einem kleinen SV-Betrieb. Ich (20) ortsungebunden (Vogelfrei?!) und besitze einige leichte Vorkenntnisse im Kaffeekochen (sprich Praktikas). Auch an Engagement soll es mir nicht fehlen. Zuschriften an: Erich Bichler, Brennesstr. 23, 8371 Bayer. Eisenstein.

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch NRW
Selbstdarstellungen, Aufsätze, Literaturliste, Tips etc. c/o Frauen, Arbeit u. Zukunft e.V., Postfach 278, 4600 Dortmund 1 (320 S. für 16,80 DM)

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon .....Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Sonstiges

Ich suche Interessierte für eine **kollektiv-ökologische Metzgerei** in München mit einem möglichen Schwerpunkt in der Vermarktung von Schaf/Lamm- und Ziegenfleisch. Ich selber habe in einem Naturland-Mitgliedsbetrieb Metzger gelernt, arbeite jedoch als Geselle derzeit ganz konventionell und brauche zum Meister noch 2 1/2 Jahre.
Herbert Schön, Leopoldstr. 191, 8000 München 40
☎ (089) 36 21 14

Lehmbauprojekt sucht Geld zu banküblichen Konditionen für die Fertigstellung eines Wohnhauses bei Kappeln/Schlei.
Info: ☎ (040) 61 45 40

Verkaufe kleines Haus, Nähe Stuttgart, Bj. 48, 2 x 3 Zi, Küche, Dusche, Remise, ausbaufähige Einliegerwohnung, gesamt 230 qm Gewölbekeller, kleiner Garten.
☎ (07952) 62 72 oder abends (07954) 88 22

IBM-Composer 82, mit 40 Schriftköpfen (deutsch), 9 Schriftköpfen (französisch) und Wartungsvertrag für 4.500,- DM zu verkaufen.
☎ (06221) 1 34 02

Hexenküche

das rollende Restaurant zwischen Kassel, Münster und Hamburg.
In unserem Zirkuswagen mit Vorzelt bieten wir eine vegetarische Küche für 20-200 Personen. Eine Erweiterung durch ein Zirkuszelt und Bar, sowie eine räumliche Gestaltung von Open-Air-Veranstaltungen ist möglich.
3074 Steyerberg Nr. 14
☎(05764) 23 49 od. (05021) 6 22 58

Leserbriefe

Antwort auf den Leserbrief von Psychiater Dr. Madert in CONTRASTE Nr. 42 (März)

Werter Herr Psychiater,
Wer auf dem Selbstbestimmungsrecht von Psychiatreie Betroffenen besteht, wie wir mit unserem Projekt Weglaufhaus, der ist - so Ihr Leserbrief - verlogen und unverantwortlich. Wieso bloß kann es in ihren Psychiaterkopf nicht hineingehen, daß für viele rechtschaffene Menschen Elektroschocks und Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka (denselben, wie sie andernorts - z.B. in Südafrika oder Chile - zu Folterzwecken verwendet werden) nicht hinnehmbare Menschenrechtsverletzungen sind. Aus eigener Erfahrung - als Betroffene - wissen wir, wie wichtig es ist, Menschen die wohlüberlegt aus Selbsterhaltungstrieb und zur Wahrung ihrer Menschenrürde aus der Psychiatrischen Anstalt entfliehen und auf der Straße stehen, Hilfe, Unterkunft sowie Beistand beim Entzug von psychiatrischen Chemikalien anzubieten.
Hätten Sie, werter Herr Psychiater Dr. Madert, sich vor dem Verfassen Ihres Leserbriefes bei uns Betroffenen sachkundig gemacht - akademisches Uniwissen ist nun mal leider nicht die Welt! -, so hätten Sie möglicherweise u.a. folgenden Leserbrief entdeckt, wie er in unserer Zeitschrift „Irren-Offensive" Nr.3 (1987) abgedruckt ist und die Notwendigkeit eines Weglaufhauses beeindruckend begründet.
Alles, was wir der Psychiatrie ankreiden und was mit unseren eigenen Erfahrungen bruchlos übereinstimmt, findet sich hier mustergültig wieder:1. der Verstoß gegen die Menschenwürde, 2. die Behandlung mit schädlichen Chemikalien und 3. die Verweigerung einer echten menschlichen Hilfeleistung.
Auch Sie, werter Herr Psychiater, sind wie alle anderen CONTRASTE-Leser/innen herzlich zu unseren regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltungen eingeladen. Ein gemeinsames Gespräch ist immer noch besser als das sattsam bekannte Angepflaume.
Mit freundlichen Grüßen
Projekt Weglaufhaus Psychiatrie
Peter Lehmann

An die Redaktion der Irren-Offensive

Habe leider auch eine Nervenklinik kennengelernt - und zwar die in Berlin Spandau. Man hat mich dort unter dem Vorwand hingeschickt - weil im Krankenhaus kein Bett frei sei. Ich hatte das Ende einer Ehe hinter mir, und ich bat das Gesundheitsamt Spandau, mich ein paar Tage ausruhen zu dürfen in einem Krankenhaus. Ich wollte nur ein paar Tage ausruhen und nachdenken - weil ich kein Bett zum Schlafen hatte.
Ganz allein bin ich dort ahnungslos in diese Nervenklinik reingegangen. Nach ein paar Minuten merkte ich, was los war, und bat, daß man mich nach Hause gehen lassen möchte. Ich wollte lieber zurück zu einem Ehemann, der mir mit Prügel gedroht hat, als in eine Nervenklinik. Da ich Schwester und Arzt angeschrieen habe und mit dem Gericht gedroht habe, hat mich dieser Dr.G. mundtod gemacht. Ich mußte mich nackt ausziehen - dieser Dr.G. hat mir irgendeinen Paragraphen vorgelesen - und wörtlich zu mir gesagt, daß er innerhalb von 24 Stunden mit mir machen kann, was er will. Danach bekam ich eine herrliche K.O.-Spritze, von der ich über 15 Stunden schlief. Darauf bekam ich Magenkrämpfe und Ohnmachtsanfälle. Unter Zwang mußte jeder Tabletten nehmen (ansonsten vom Arzt Spritze). Ich durfte erst nach Hause, als ich sagte, daß ich zum Ehemann zurückkehre. Es gab eine Gerichtsverhandlung auf der Station - ich spielte eine glückliche Ehefrau - war ja alles wieder o.k.
Bin inzwischen geschieden, habe meine erste Reise nach Ibiza hinter mir.
Wenn man die Norm unserer Gesellschaft durchbricht, ist man verrückt.
Leider konnte ich diesen Dr.G nie vor Gericht bringen, da unsere Gesetze ihm Recht geben.
Ich hoffe da drinnen (Nervenklinik Spandau) jagt mal jemand dem Arzt seine eigene Spritze in den Arsch, dann möchte ich ihm seine blöde Visage in einem Spiegel zeigen - Kinder, können wir den nicht mal fragen, ob er sich zur Verfügung stellt.
Mit allerbesten Grüßen
Hannah Trieper

NEU JETZT ZWEI RÖSTUNGEN
„Sandino Suave*"
DIE MILDE DRÖHNUNG
Probepaket 3 Pfund (2x Suave, 1x normal) für 30 DM gegen Vorauskasse (Bargeld oder V-Scheck) anfordern
* suave - nicaraguanisch fur. mild, sanft, weich

SANDINO DRÖHNUNG
KAFFEE *
AUS NICARAGUA
OHNE ZWISCHENHANDELSPROFITE
INCL. 10 % SPENDE
ZUM SELBSTKOSTENPREIS
90 DM FÜR 10 x 1 PFUND
Vorfinanziert durch ABO statt Banken bei:
Bärliner Kaffee – Genossenschaft e.G.
Crellestraße 22
1000 Berlin 62
☎ 030 / 781 40 18
DI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr
INFOBLATT ANFORDERN!
*Rückstandsfrei laut Analyse

Wohnen

Suche im Raum **Hildesheim** WG (ggf. mit Kindern) m. Garten Nähe Wald i. Laufe d. Jahres (Kennenlernen mögl.) z. längeren gem. Wohnen. 30/m./Götz
☎ (0511) 31 39 98

Solar- und Windkraft ist mehr geworden, als nur mein Hobby. Ich suche für Sommer '88 Land-WG, die sich mit der Energieproblematik auseinandersetzt, und die bereit ist, Ideen und Vorstellungen gemeinsam umzusetzen mit Richtung zur Selbstversorgung. Eine Solaranlage (Strom) und kleine Windräder sind bereits vorhanden. Ihr solltet im Raum Münster (ca. 20 km) leben und Euch bald bei mir melden. Uwe Hallenga, Am Sloot 2, 4460 Nordhorn.
☎ (05921) 7 57 95

DER NEUE KATALOG NR. 7

326 SEITEN
mit feinstem und hochwertigstem Fahrradzubehör aus USA – England – Japan – Frankreich u.v. anderen Ländern. Fahrräder, Reiseräder, Mountain-Bikes, Tandems, Werkzeuge, Literatur, Regenbekleidung, Packtaschen, Zelte, Schlafsäcke etc. jede Menge Ersatzteile und Spezialzubehör.

Katalog Nr. 7 direkt bei uns abholen oder anfordern durch Überweisung einer Schutzgebühr, die bei Kauf oder Bestellung voll vergütet wird, auf Postgiro HAMBURG 434316-201 oder den Coupon ausfüllen und ab geht die Post!

DIESMAL NEU:
- Schneeketten für Fahrräder
- Freizeitbekleidung
- Liegeräder
- Mountain-Bikes
- Naturschuhe u.v.m.

Bicycle Import & Versandhandel AG
Fasanenstr. 30 Postf. 1240 4800 Bielefeld 1
Tel. 0521/29 50 57-59 Telex 175 218 103

Ich bestelle hiermit Katalog Nr. 7 Die Schutzgebühr von 5,- DM habe ich per Scheck bzw. Briefmarken beigefügt.
201
Name
Straße
PLZ/Ort

Tagungen...Seminare...Treffen

IWF

Bundeskonfrenz entwicklungspolitischer Gruppen
vom 2. bis 5. Juni in Frankfurt. Thema: Schuldenkrise in der 3. Welt und IWF-Kampagne

Zwickmühle

Theater der Unterdrückten
Workshop nach Augusto Boal vom 15. - 17.4.88
Wege der Befreiung - Lernen von der 3. Welt:
Gegen Ursachen in diesem unseren Land anfangen. Lockern-spielen-Szenen bauen-auftreten...
Tagungshausprogramm & Anmeldung:
Zwickmühle
7117 Bretzfeld-Rappach

Veranstaltungen im Gewerbehof Karlsruhe, Steinstr. 23:

Galerie „Café Palaver", Kantine im Gewerbehof, täglich von 10 bis 19 Uhr.
Fotoausstellung: Peter Sonnabend
Veranstaltung: Sonntag, 17.4., 20.30 Uhr, „Schall und Rauch", 20er Jahre Revue, Tucholsky-Brecht-Weinert-Kästner

Bildungswerk Umwelt, Technologie & Gesellschaft e.V.

Einführung in die Expertensystemtechnologie
Das Seminar gibt einen Überblick über die Entwicklung und Forschung der künstlichen Intelligenz und der Expertensystemtechnologien. Es werden praktische Anwendungsbeispiele (wie für den Bereich Umweltpolitik und Umweltberatung) vorgestellt.
Praktische Übungen am PC sind vorgesehen. Dehalb werden Kenntnisse in MS-DOS/PC-DOS sowie im Umgang mit einem IBM-PC vorausgesetzt.
Termin: Samstag, 7. Mai von 14 bis 19 Uhr
Anmeldungen bis **22. April** an:
Bildungswerk
Hauptstr. 21
6719 Ebertsheim
☎ (06359) 8 25 77

Verein für ökologische Bildung e.V.

In seinem Jahresprogramm 1988 bietet der VÖB 12 verschiedene Exkursionen und Seminare (von 1 - 14 Tagen) zu verschiedenen Themenbereichen der Ökologie an.
Anzufordern bei:
Verein für ökolog. Bildung e.V.
Austr. 14
8500 Nürnberg 80
☎ (0911) 28 44 08

Tagungshaus Palaver

Selbstverwaltetes Tagungshaus in ehemaliger Bahnhofsgaststätte in Bad Abbach-Lengfeld bei Regensburg hat noch einige Termine frei für Kurse, Seminare, Freizeiten etc. Unser Haus bietet 24 Plätze zum Übernachten in Zwei- und Mehrbett-Zimmern, außerdem 3 Gruppenräume, eine große Küche für Selbstversorger oder gute Bewirtung und nicht zuletzt ein Wirtshaus mit Biergarten für danach.
Info & Anmeldung:
Para-Sol e.V.
Adolf-Schmetzer-Str. 27-29
8400 Regensburg
☎ (0941) 79 15 93

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare

Waldökologie
vom 13. bis 15. Mai 1988
Heilfasten
vom 27. bis 29. Mai 1988
Kochen mit Kräutern und Körnern
vom 3. bis 5. Juni 1988

Bildungsurlaube

Auf den Spuren eines Gewässers
vom 1. bis 6. Mai 1988
Anders leben - Anders arbeiten
vom 9. bis 13. Mai 1988
Lust auf Lehm
vom 16. bis 20. Mai 1988
Energie - Alternativen in der Praxis
vom 30. Mai bis 3. Juni 1988
Naturgarten
vom 6. bis 10. Juni 1988

No hau für die Sau

Projekte im Paragraphendschungel
11. April 1988
Marketing für Selbstverwaltete Betriebe
2. Mai 1988
Alle Veranstaltungen um 20 Uhr in Heidelberg, Alte Eppelheimer Str. 38 (HH)

umdenken Politisches Bildungswerk e.V.

Startsprung in die Abseitsfalle
Projektarbeit mit ABM
In diesem Seminar sollen Erfahrungen von ABM-Projekten zusammengetragen, Informationen weitergegeben und Perspektiven diskutiert werden. Welche Vor- und Nachteile bringt die Finanzierung durch ABM mit sich? Welche Alternativen zu ABM sind denkbar? Welche arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Forderungen sind zu stellen, um zu langfristig gesicherten Arbeitsplätzen zu kommen?
Vom 15. bis 16. April 1988

Der heimliche Herrscher - EDV in alternativen Betrieben und Projekten
Wenn die Buchhaltung oder andere komplexe Verwaltungsvorgänge auf EDV umgestellt werden, wird es oft kritisch: das angeblich „idiotensichere" Programm läuft nicht, Dateien werden versehentlich gelöscht, Zugangssperren „müssen" eingebaut werden und wer am Geschehen dranbleiben will, muß sich die erforderlichen Kenntnisse aneignen. in diesem Seminar wollen wir herausfinden, ob es Einführungsstrategien und Anwendungskonzeptionen für EDV in alternativen Projekten gibt, die verhindern, daß die Maschine die Herrschaft über das Projekt übernimmt.
Vom 3. bis 5. Juni 1988

Anmeldung & Information:
umdenken
Max-Brauer-Allee 116
2000 Hamburg 50
☎ (040) 389 52 70

Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.

Selbstverwaltung - mehr als eine Utopie
Eine Veranstaltungsreihe in Nürnberg, Caritas-Pirckheimer-Haus. Wir werden uns an diesen Tagen mit den Möglichkeiten, Problemen und Ideen Selbstverwalteter Betriebe auseinandersetzen, sie uns anschauen und ihre Konzepte diskutieren. Folgende Unternehmen sind angefragt: Rumpeldruck, Peter Rabien - zukunftswerkstatt für eine andere Technologie im Ökozentrum Gostenhof, Fränkisches Bildungswerk, Ifanos - Institut für angewandte Ökologie.
Termine: 11.4., 18.4., 25.4., 2.5., jeweils von 15 bis 17 Uhr
Anmeldung & Information:
Fränkisches Bildungswerk
Kaulbachstr. 22 HH
8500 Nürnberg 10
☎ (0911) 36 26 33

AG SPAK

Psychiatrie und Gesellschaft

Berliner antipsychiatrisches Palaver, vom 29.4. bis 1.5. in Berlin.
Anmeldung und Information:
KUB, Pallastr. 8
1000 Berlin 30

Seminar zu Therapeutischen Wohngemeinschaften für psychisch Kranke, vom 2. bis 5. Juni 1988 in Bremen.
Anmeldung & Information:
Karl-Ernst Brill
Kaiserwall 16
4350 Recklinghausen

Übergreifende Tagungen

AIDS und soziale Kontrolle
vom 6. bis 8. Mai, Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90

Treffen der Wissenschaftsläden mit ökologischen Forschungsgruppen, vom 6. bis 8. Mai 1988, Ort N.N.
Anmeldung & Information:
WiLa München
Holzstr. 2
8000 München 5

Rechtslage und politische Arbeit mit dem Medium Radio, vom 10. bis 12. Juni 1988, Nürnberg oder München
Anmeldung & Information:
LoRa München
Schwanthaler Str. 76, Rgb.
8000 München 2
Sicherheitsgesetze / Bessere Erfassung durch neue Medien im Bereich der sozialen Kontrolle, vom 10. bis 12. Juni 1988 in Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90

Tagungshaus im Westerwald hat im Juli und August 88 noch Plätze für Gruppen bis zu 26 Personen frei.
Das rote Haus e.V. ☎(02685) 76 94

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

„IM APRIL WIRD'S BILLIG..."

ATHEN ab/bis München 3./10./17./24.4	**470,— DM**
ATHEN ab/bis Ffm 10./24.4.	**530,— DM**
CATANIA ab/bis Ffm 9./16./23.4.	**500,— DM**
CATANIA ab/bis D'dorf 9./16./23.4.	**500,— DM**
KRETA ab/bis D'dorf 1./8./15./22.4.	**630,— DM**
KRETA ab/bis Hamburg 1./8.4.	**680,— DM**
RHODOS ab/bis München 14./21.4.	**550,— DM**
LISSABON ab/bis Ffm 9./16./23.4.	**530,— DM**
LISSABON ab/bis D'dorf 3./10./17.4.	**530,— DM**
MALLORCA ab/bis Ffm 3./10./17./24.4.	**399,— DM**
MALLORCA ab/bis D'dorf 3./10./17./24.4.	**395,— DM**
MALLORCA ab/bis Hambg 3./10./17./24.4.	**450,— DM**
MALLORCA ab/bis Stuttg 3./10./17./24.4.	**385,— DM**

srid – reiseladen
Bockenheimer Landstraße 133. Tel. 069 - 70 30 35
Waldschmidstraße 11. Tel. 069 - 49 03 60
6000 Frankfurt 1

Zukunft durch Gemeinschaftlichkeit

Zweite bundesweite Tagung der Gemeinschaftsbewegung

Red. Kassel Vom 13. bis 15. Mai 88 findet in Kassel die zweite bundesweite Tagung der Gemeinschaftsbewegung statt. Nach der ersten Tagung 1984 auf Burg Stettenfels soll diese Tagung Perspektiven für eine lebendige Zukunft entwickeln. Fragen von Politik und Spiritualität, von Ganzheitlichkeit und neuer Gesellschaft stehen im Vordergrund.

Das Motto gemeinschaftlich leben und arbeiten gewinnt allmählich wieder an Bedeutung. In den letzten Jahren sind eine Reihe von neuen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften (Kommunen) entstanden. Auf Seminaren zur Kommunethematik finden sich mittlerweile wieder sehr viele Menschen, die in Gemeinschaftsprojekte einsteigen wollen, die **ihr** Projekt suchen.

Diese Entwicklung ist deshalb umso interessanter, als die rein ökonomisch ausgerichteten selbstverwalteten Betriebe ihren politischen Impuls mehr und mehr verlieren und zu ganz normalen Betrieben "verkommen".

Diese Tagung soll Anregungen vermitteln, wie eine Neubelebung des Selbstverwaltungsgedankens über die Realisierung von Lebens- und Arbeitsgemeinschaften erreicht werden könnte. Der Begriff von Selbstverwaltung und Gemeinschaftlichkeit soll hier sehr weit aufgefaßt werden. So wird auf dieser Tagung ebenso das Thema Gemeinschaftlichkeit und Gesundheit wie das Thema Gemeinschaftlichkeit und Sexualität oder das Thema Gemeinschaftlichkeit und Zukunft behandelt.

Diese Tagung soll auch einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Gemeinschaftsbewegung geben. Sie soll aufzeigen, was von Gemeinschaften erreicht wurde und was sie gegenwärtig anstreben. Mehrere Gemeinschaftsprojekte wie etwa der Lebensgarten Steyerberg, die Gruppe Riedmühle oder die Kommune Niederkaufungen stellen ihren Stand und ihre Ziele eines gemeinsamen Zusammenlebens vor.

Dabei soll insbesondere der Aspekt zukünftiger ökologisch-orientierter Lebensformen diskutiert werden. So werden der Tübinger Zukunftsforscher Rüdiger Lutz und Gunar Seitz von der Riedmühle Modelle und Szenarien für eine nachindustrielle Gesellschaft diskutieren. Jörg Sommer vom Informationsdienst Ökodorf wird die Idee des Zusammenlebens in einem Ökodorf darstellen und derzeitige Ökodorfprojekte vorstellen. Rudolf Bahro, bekannter Wirtschafts- und Gesellschaftskritiker, wird in einem Abendvortrag über die Utopie einer Rettungsbewegung referieren. Welche spirituellen, welche politischen Inhalte könnte eine Neue Ordnung (ORDINE NUOVO) haben, ist Thema seines Beitrages.

Keine Zukunft ohne das weibliche Element. Unter diesem Motto werden gleich drei ReferentInnen ihre Thesen zu einer lebendigen Gemeinschaftlichkeit vortragen. Denn ein neues Zeitalter, das wieder an frauenrechtliche und matriarchale Gesellschaften anknüpfen will, muß sich intensiv mit Fragen wie Sinnlichkeit, Sexualität, Ritualen und Festen befassen.

Die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Spiritualtität und Politik zieht sich durch all die verschiedenen Diskussionen wie ein roter Faden. Welche politische Dimension hat Spiritualität? Wo wird Spiritualität unkritisch und zum Zementieren bestehender Zerstörungstendenzen benützt? Wie könnte eine neue Form, jenseits von bloßer individueller Heilssucherei und blindem politischen Aktionismus, aussehen?

Neben den Diskussionsveranstaltungen sollen aber auch andere Ebenen eröffnet werden. Besonders sei hier auf den Einstieg in die Tagung durch Lieder von Rolf Schwendter hingewiesen, der aktuelle Songs zur Kindertrommel anbieten wird. Daneben gibt es meditative Körpererfahrungsgelegenheiten: Samstag und Sonntag am Morgen sowie am Samstagabend. Die Oasen am Samstagmittag sowie das gemütliche Zusammensein in der "Werkstatt Kassel" am Abend bilden weitere Eckpunkte der Tagung.

Im Rahmen dieser Tagung soll - besonders über die Projektvorstellung am Sonntagnachmittag, aber auch über die ständigen Infostände der Gemeinschaftsprojekte - eine Kontaktmöglichkeit zu verschiedenen Gemeinschaftsprojekten in der BRD geschaffen werden. Voneinander Lernen, Sich-Besuchen, aber auch die Möglichkeit zum Einstieg in eine Gemeinschaft könnten hierdurch eröffnet werden.

Die Tagung wird in den Räumlichkeiten der Gesamtvolkshochschule Kassel durchgeführt. Die Tagungsgebühr beträgt 90 DM. Wer sich für diese Tagung anmelden will, wende sich an folgende Adresse:
Kasseler Institut für Gesundheit und Körpererfahrung
Wilhelmstr. 11
3500 Kassel
☎ (0561) 10 42 58

Das Tagungshaus

17 Betten, Volle Verpflegung.
Wir verschicken Infomaterial

Gut Kragenhof
Betrieb für org.-biol. Landbau
3513 Staufenberg bei Kassel
☎ (05543) 7 82

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.